

# Info-Blatt 75

Zeitung für internationalistische und emanzipatorische Perspektiven und so

Dezember 2009

## Macht[t]raum EU



## Schwerpunkt: Macht[t]raum EU

Liebe Leserinnen und Leser,

die EU als wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht-Raum und als hegemonialer Macht-Traum, unter diesen Aspekten schauen wir uns in diesem Schwerpunkt die Außenpolitik der EU an. Wir betrachten vor allem das Zusammenspiel der Politikbereiche Außenhandel, Entwicklungszusammenarbeit, Sicherheitspolitik und Migration.

In dem Artikel „Im Zweifel für die Interessen der EU-Konzerne“ wird gezeigt, wie angebliche entwicklungspolitische Ziele der EU den handelspolitischen untergeordnet werden. Das Interview mit William Rodríguez zeigt, wie die Außenhandelspolitik der EU in den betroffenen Ländern wahrgenommen wird.

Die beiden nächsten Texte sind Beiträge von dem im November 2009 von uns ausgerichteten Seminar, das auch unter dem Thema Macht[t]raum EU stand. Ismail Kúpeli betont in seiner Betrachtung zu Entwicklungspolitik und Militarisierung die wachsende Bedeutung der Sicherheit im Entwicklungsdiskurs. Zara Pfeiffer stellt aktuelle Tendenzen der EU-Politik bei der Verknüpfung der Themen Entwicklung und Migration vor. Das geht von Entwicklungspolitik als Mittel zur Steuerung von Migrationsströmen bis zur Nutzung der Überweisungen von Migrant\_innen für entwicklungspolitische Ziele. Der Artikel „Jenseits von Staat und Nation - Warum Frontex abzuschaffen ist“ von Fabian Georgi / Bernd Kasperek illustriert einen weiteren Aspekt der Absicherung des Machtraums Europa.

Der Militärputsch am 28. Juni 2009 in Honduras hat dieses Land auch bei uns stärker in den Vordergrund gerückt. Mit den beiden Artikeln, die wir zur dortigen Lage veröffentlichten, „Putsch als Katalysator für die honduranische Frauenbewegung“ von Laura Carlsen und „Und das Ziel ist, gegen den Putsch zu kämpfen

und danach die verfassungsgebende Versammlung auf den Weg zu bringen“ von Andrés Schmidt machen wir deutlich, dass unser Interesse vor allem den sozialen Bewegungen und deren Widerstand gilt.

Mit der ambivalenten Situation in El Salvador unter Präsident Funes beschäftigt sich der Artikel „Die Hoffnung im Keim erstickt?“ Gabi Fischer berichtet von einer Veranstaltung in München mit Raúl Moreno und Reina Portillo. Vera Suschko führte mit Reina Portillo von der Organisation Pro-Búsqueda ein Interview. Damit versuchen wir einen Einblick in die mühsame Praxis der Menschenrechtsarbeit nach dem Friedensabkommen in El Salvador zu geben.

Die beiden Artikel zu Nicaragua beschäftigen sich damit, wie die FSLN ihre Macht ausbaut. Sabine Schnabel stellt die Frage „Bürgermacht oder Parteikontrolle?“ und untersucht die sehr umstrittene Institution der Räte der Bürgermacht (CPC). Der Kommentar von Mónica Baldano „Fehlerhafte Demokratie und das (Fehl)Urteil des Gerichts“ reflektiert den überraschenden Urteilsspruch des Obersten Gerichtshofs, der es Daniel Ortega erlaubt, wieder für die Präsidentschaft zu kandidieren.

Zu Mexiko haben wir diesmal drei Beiträge. Ein Interview mit der Feministin Norma Cacho von CIEPAC, „Der Kapitalismus ist patriarchalisch, aber nicht nur der Kapitalismus“, das Eva Bahl geführt hat. Peter Clausing berichtet in dem Artikel „Campeche, Mexiko: Teilerfolge nach Protesten“ von den Alltagskämpfen an der Basis. Das Leben des Umweltaktivisten Felipe Arreaga, aus Guerrero, der vor kurzem bei einem Unfall ums Leben gekommen ist, würdigt Susana Nistal.

Das Redaktionskollektiv hofft auf Ihr/euer Interesse.

## Inhaltsverzeichnis

### Macht[t]raum EU

Die Grenzen des Menschenrechtsdiskurses	3
Im Zweifel für die Interessen der europäischen Konzerne	5
Die EU von Zentralamerika aus gesehen	8
Die Brücke zwischen Entwicklungspolitik und Militarisierung/Sicherheit	10
Migration und Entwicklung	11
Jenseits von Staat und Nation	12

### Honduras

Ziel ist, gegen den Putsch zu kämpfen	16
Putsch als Katalysator für die honduranische Frauenbewegung	18

### El Salvador

Die Hoffnung im Keim erstickt?	21
Interview mit Reina Dionila Portillo von Pro-Búsqueda	22

### Nicaragua

Fehlerhafte Demokratie und das (Fehl)Urteil des Gerichts	26
Bürgermacht oder Parteikontrolle?	28

### Mexiko

Der Kapitalismus ist patriarchal, aber nicht nur der Kapitalismus	31
Campeche, Mexiko: Teilerfolge nach Protesten	34
Zum Leben des mexikanischen Umweltschützers Felipe Arreaga	36

### Rezensionen

Sehen und verstehen, was die Welt bewegt?	38
¿El Pueblo unido?	39

### Impressum:

Das Info-Blatt wird herausgegeben vom Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pariser Str. 13, 81667 München.

Telefon: 089 - 448 59 45  
Telefax: 089 - 48 76 73  
E-mail: info@oeku-buero.de  
Homepage: www.oeku-buero.de

Konto: 561 76 258, SSK München, BLZ 701 500 00

Flugdienst: 089 - 89 22 49 61 / Fax -62

E-mail: flug@oeku-buero.de

**Redaktion und Layout:** Andrea Bertele, Eva-Maria Bach, Andrés Schmidt (as), Angelika Haas, Marianne Walther, Babs Kwapkowski, Dettel von Bismarck, Gabi Fischer (gf), Eberhard Albrecht (ea), Eva Bahl, Zara Pfeiffer (zp), Yesenia Vasquez, Ruth Weizel, Vera Suschko

**Fotos:** Ökumenisches Büro

**Druck:** ulenspiegel druck gmbh, Andechs

Auflage: 1.000

Onlineausgabe unter www.oeku-buero.de

V.i.S.d.P.: Klaus Pinzek (Ökumenisches Büro)

Das Infoblatt des Ökumenischen Büros wird gefördert durch die



Landeshauptstadt  
München  
Kulturreferat

# Macht[t]raum EU

Die Grenzen des Menschenrechtsdiskurses und das Gesetz des Dschungels

[zp] *Was eigentlich ist die Europäische Union? Ein Staatenbund? Eine Wirtschaftsmacht? Ein Wohlstandsbringer? Eine Festung? Ein Friedensgarant? Ein bürokratisches Monster? Ein imperiales Projekt? ... In jedem Fall ist die EU kein einheitlicher Akteur, sondern besteht aus einer Vielzahl an Institutionen wie dem Europäischen Rat und der Europäischen Kommission, einem Parlament, Gerichtshof und Rechnungshof, einer Zentralbank und einer Investitionsbank, sowie den Europäischen Agenturen wie beispielsweise Frontex oder der European Defence Agency. Es gibt die 27 Mitgliedsstaaten, den Ratspräsidenten, den Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik, eine Unmenge an Vertrags- und Gesetzeswerken, Vorschriften, Verwaltungsakten, Gebäuden, Prozeduren etc. Mit Foucault könnte man die Europäische Union als Dispositiv beschreiben, als strategische Formation, die sich aus unterschiedlichen Mechanismen wie z.B. Diskursen, Architekturen, Gesetzen, Leitsprüchen, Normen und Regeln zusammensetzt. Als Kräfteverhältnis, das sich in Hinblick auf ein bestimmtes Ziel formiert, wobei aber nicht irgendeine Strategie das Ziel vorgibt, sondern das Spiel der Kräfteverhältnisse.<sup>1</sup>*

## Die EU als Macht-Traum

Versucht man die EU durch diese Folie zu betrachten, stellt sich die Frage nach dem strategischen Ziel der Europäischen Union. Sich selbst beschreibt die EU auf ihrer Website als „einzigartige wirtschaftliche und politische Partnerschaft zwischen 27 demokratischen europäischen Ländern“ mit dem Ziel „Frieden, Wohlstand und Freiheit für ihre 498 Millionen Bürgerinnen und Bürger – in einer gerechteren und sichereren Welt“<sup>2</sup>. Schön wär’s, könnte man sagen – ist es aber nicht. In der vom Europäischen Rat formulierten Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000 klingt das dann auch nicht ganz so freundlich. Dort heißt es:

„Die Union hat sich heute ein neues strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen [...] und die Stärkung der Rolle Europas in der Welt voranzutreiben.“<sup>3,4</sup> Dieser Macht-Traum wird meist mit einem Haufen schöner Worte wie Menschenrechte, Transparenz, Fairness, Demokratie, Verantwortung, Frieden, Sicherheit, Freiheit und Wohlstand garniert und damit legitimiert. So heißt es in einer der vielen Hochglanzbroschüren der EU beispielsweise: „Nachdem sie [die EU] ihren eigenen Bürgern Stabilität und Wohlstand gebracht hat, strebt sie nun nach Zusammenarbeit mit Anderen in einer interdependenten Welt, um überall deutlich zu machen, welche Vorteile offene Märkte, Wirtschaftswachstum und ein politisches System, das auf sozialer Verantwortung und Demokratie beruht, mit sich bringen.“<sup>5</sup> Und selbstverständlich ist die „[...] EU bemüht, Frieden zu bewahren und Frieden zu stiften, und sie führt eine ganze Reihe konkreter Projekte durch, um Menschenrechte und Demokratie zu fördern.“<sup>6</sup> Es gäbe noch eine ganze Reihe von schönen Texten und Zitaten, welche die EU als Wohlstandsbringerin, als Friedensprojekt, Menschenrechtsverteidigerin und selbstverständlich als Vorbild an Transparenz und Fairness auswei-

sen. Interessanter als ein bloßes Zitieren ist allerdings die Frage, warum, für was und für wen die EU diesen Diskurs fördert und bedient, wenn an anderer Stelle – sehr treffend – festgestellt wird, dass „[...] bereits heute [...] die Europäische Union nicht bloß Spielball internationaler Entwicklungen, sondern in vielerlei Hinsicht ein globaler Spielmacher“<sup>7</sup> ist. Tatsächlich geht es wohl darum, mit diesem Diskurs von der „guten EU“ diese als hegemoniales Projekt abzusichern und zu legitimieren und damit den Macht-Traum EU zu flankieren.

## Der Macht-Raum EU

Die EU ist aber mehr als nur globaler Macht-Traum. Die EU ist ein Macht-Raum, der sich inzwischen nicht mehr nur nach Innen, sondern



*Frau Merkel, dahinter Herr Sarkozy, etwas sich selbst aufplustern, in Pose setzend und alle anderen folgen, nicht im Gleichschritt, aber sie folgen.*

*Die Texte zu den Bildern des Schwerpunktes sind Kommentare der Teilnehmer\_innen des Seminars „Macht[t]raum EU“*

zunehmend auch nach Außen formiert. Dies zeigt sich auf wirtschaftlicher und militärischer Ebene ebenso wie in der Europäischen Nachbarschaftspolitik und dem europäischen Grenz- und Migrationsmanagement.

Auf wirtschaftlicher Ebene versucht die EU derzeit vor allem über bilaterale Freihandelsverträge, ihre neoliberalen Vorstellungen insbesondere zu den Themen Investitionen, öffentliche Aufträge, Wettbewerbsregelung, Dienstleistungen und geistiges Eigentum durchzusetzen.

Auf militärischer Ebene gab es inzwischen schon zahlreiche Einsätze unter Europäischer Flagge, so zum Beispiel in Bosnien Herzegowina (Operation Althea), im Kongo (EUFOR RD Kongo), im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik (EUFOR Tschad/RCA) und am Horn von Afrika (Operation Atalanta). Der Einsatzradius der EUFOR-Missionen (European Union Force) hat dabei ihren zunächst vorgegebenen Aktionsradius von 4000! Kilometern rund um Brüssel schon mit dem Einsatz im Kongo im Jahr 2003 weit überschritten und damit ad acta gelegt.<sup>8</sup>

Besonders interessant gestaltet sich der Bereich der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), die das Ziel verfolgt, einen „Ring von Freun-

den“ um das Gebiet der EU zu ziehen. Mark Leonhard, Chef des European Council on Foreign Relations äußerte in diesem Kontext: „Die Europäische Union beginnt damit, eine enorme Einflussphäre zu entwickeln, die sich weit über ihre Grenzen hinaus erstreckt und die ‚Eurosphäre‘ genannt werden könnte. Dieser Ring aus achtzig Staaten umfasst die ehemalige Sowjetunion, den westlichen Balkan, den Mittleren Osten, Nordafrika und Sub-Sahara Afrika und beinhaltet 20% der Weltbevölkerung.“<sup>9</sup> Neben der Ausweitung der eigenen Einflussphäre auf Wirtschaft und Politik in ihren Anrainerstaaten verfolgt die EU über die ENP auch das Ziel, eine „verbesserte Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Bereich Migration“ zu erreichen. Dabei liegt die politische Herausforderung, wie die damalige EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner betont, darin, „das richtige Gleichgewicht zwischen der Bekämpfung der illegalen Migration und der Unterstützung derjenigen MigrantInnen zu finden, die wir für unser ökonomisches und soziales Wohlergehen brauchen“<sup>10</sup>. Konkret bedeutet dies eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Grenzsicherung einerseits, welche die Wege unerwünschter Migrant\_innen und Flüchtlinge, noch bevor

diese überhaupt die EU-Außengrenzen erreichen, behindern soll. Andererseits sollen die Menschenrechte in den Anrainerstaaten gestärkt werden, um die Rückschiebung von Migrant\_innen und Flüchtlingen in diese Transitländer zu erleichtern.<sup>11</sup>

## Die Grenzen des Menschenrechtsdiskurses

Nicht nur in dem oben angeführten Beispiel wird deutlich, dass die Funktion der Menschenrechtsdiskurse – auch wenn es durchaus gutgläubige Akteur\_innen geben mag, denen die Menschenrechte tatsächlich am Herzen liegen – nicht in erster Linie die Stärkung von Menschenrechten ist. Robert Cooper, Büroleiter von Javier Solana und Hauptautor der Europäischen Sicherheitsstrategie, bekennt sich offen zu doppelten Standards und zum Gesetz des Dschungels:

„Die Herausforderung der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen – Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist, um mit denen klarzukommen, die immer noch im 19. Jahrhundert leben, in dem jeder Staat für sich selber stand. Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden.“<sup>12</sup>

Wenn es also um die Verteidigung ihrer Interessen geht, ist die Europäische Union durchaus bereit, zu harten Bandagen zu greifen, wie auch Tomas Ries, Direktor des *Swedish Institute of International Affairs*, in einer Studie des *European Institute for Security Studies* betont: „Der Schutz der Handelsströme erfordert die Fähigkeit zu globalen zivil-militärischen Einsätzen (Schutz der Seestraßen und kritischer Knotenpunkte etc.) und ein gewisses Maß an Machtdemonstration (präventiven Operationen, Regulierung regionaler Instabilität).“<sup>13</sup> Die Operation Atalanta, die erste maritime Mission der EU, an der auch die Bun-



Agrarsubventionen der EU stehen scheinbar im Widerspruch zur Freihandelspolitik der EU und damit zu den Freihandelsverträgen mit den Ländern der Peripherie. Scheinbar, denn sie dienen der Zementierung von Abhängigkeitsverhältnissen.

deswehr beteiligt ist, dient dann auch genau diesem Ziel, die internationalen Handelswege vor der Küste Somalias gegen Piraten zu sichern.

Dass ein globaler Macht[+]raum EU sich nicht mehr nur durch freundliche Worte legitimiert, sondern die „europäischen Interessen“ zunehmend auch sehr deutlich formuliert werden, kann als Zeichen gewertet werden, dass die „harte Machtpolitik“ der Europäischen Union, die Tomas Ries für nötig hält, längst Realität ist. Es geht um die Durchsetzung „europäischer Interessen“, egal mit welchen Mitteln. Es geht darum, wie Tomas Ries schreibt, „[...] den globalen Reichtum von den Spannungen und Problemen der Armut abschotten. Da der Anteil der Weltbevölkerung, der in Elend und Ohnmacht lebt, sehr groß bleibt, werden die Spannungen und Übergriffe zwischen ihrer Welt und der Welt der Reichen weiterhin zunehmen. Da es unwahrscheinlich ist, dieses Problem bis 2020 grundlegend zu lösen, d.h. dysfunktionelle Gesellschaften zu heilen, werden wir unsere Grenzen stärken müssen.“<sup>14</sup>

Was also ist die Europäische Union? Eine Wohlstandsbringerin? Ein Friedensprojekt? Ein Garant für Freiheit? Nun ja.

- 1 Vgl. Michel Foucault: *Foucault, Michel: Ein Spiel um die Psychoanalyse. Gespräch mit Angehörigen des Département de Psychanalyse der Universität Paris VIII in Vincennes*, in: *Foucault, Michel: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*, Berlin: Merve, 1978. S. 119f.
- 2 [http://europa.eu/abc/panorama/index\\_de.htm](http://europa.eu/abc/panorama/index_de.htm) [3.12.2009]
- 3 *Lissabon-Strategie: Europäischer Rat 23. und 24. März 2000.*
- 4 *Derzeit wird die Lissabon-Strategie überarbeitet und an einer „EU 2020 Strategie“ gefeilt.* [http://ec.europa.eu/growthandjobs/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/growthandjobs/index_de.htm) [3.12.2009]
- 5 *Europäische Kommission: Die EU in der Welt. Die Außenpolitik der Europäischen Union, Europäische Gemeinschaften 2007, S.4.* <http://ec.europa.eu/publications/booklets/move/67/de.pdf> [5.12.2009]
- 6 *Europäische Kommission: EU – Den Frieden sichern, Europäische Gemeinschaften 2003,* [http://www.medienwerkstatt-online.de/lws\\_wissen/vorlagen/showcard.php?id=1607&edit=0](http://www.medienwerkstatt-online.de/lws_wissen/vorlagen/showcard.php?id=1607&edit=0) [5.12.2009]
- 7 *Benita Ferrero-Waldner, Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik, in einer Rede vom 20. Oktober 2008 in Wien.* <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/08/552&format=PDF&aged=0&language=DE&gui Language=en> [5.12.2009]

- 8 Vgl. Tobias Pflüger: *Empire Europa. Das militärische Fundament der Wirtschaftsmacht EU*, in: *Militärmacht Europa: Eine Zwischenbilanz. Materialien gegen Krieg, Repression und andere Verhältnisse*, Nr. 6, im Auftrag von Tobias Pflüger, MdEP, April 2009.
- 9 Zitiert nach: Jürgen Wagner: *Brüssel, das neue Rom? Ostexpansion, Nachbarschaftspolitik und das Empire Europa*, *Studien zur Militarisierung Europas* 36/2008, Informationsstelle Militarisierung Tübingen, S. 21. <http://www.imi-online.de/download/EU-Studien-36-2008.pdf> [5.12.2009]
- 10 Zitiert nach: Christian Banse, Doreen Müller und Holk Stobbe: *Ungleiche Partner. Migrationsmanagement in der Europäischen Nachbarschaftspolitik.* <http://pawschino.antira.info/2007/09/05/european-neighborhood-policy/> [5.12.2009]
- 11 Vgl. ebd.
- 12 Zitiert nach: Pflüger: *Empire Europa*, April 2009.
- 13 Tomas Ries: *The globalising security environment and the EU*, in: *What ambitions for European defence in 2020?* Edited by Álvaro de Vasconcelos, Preface by Javier Solana, *EU Institute for Security Studies Paris*, 2009. [http://www.iss.europa.eu/uploads/media/What\\_ambitions\\_for\\_European\\_defence\\_in\\_2020.pdf](http://www.iss.europa.eu/uploads/media/What_ambitions_for_European_defence_in_2020.pdf) [5.12.2009]
- 14 Ebd.

# Im Zweifel für die Interessen der europäischen Konzerne

Entwicklungszusammenarbeit und Außenhandelspolitik der EU am Beispiel der Beziehungen zu Lateinamerika<sup>1</sup>

(ea) Im Artikel 177 des EG-Vertrages wird behauptet, die Politik der Entwicklungszusammenarbeit der EU „fördert die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer“<sup>2</sup>. Wenn man die aktuellen Beziehungen der EU zu den verschiedenen Regionen Lateinamerikas untersucht, stimmt dies eindeutig nicht. Im Rahmen der Verhandlungen zu den verschiedenen Assoziierungsabkommen fördert die Politik der EU ausschließlich die Interessen der europäischen Konzerne.

Ein Hauptthema in der Entwicklungszusammenarbeit der EU mit Lateinamerika ist im Augenblick die „regionale Integration“. Auf der Gipfelkonferenz zwischen der EU und den Staaten Lateinamerikas 2004 in Guadalajara war dieses Thema in die Prioritätenliste aufgenommen worden. In den regionalen Strategiepapieren für den Zeitraum 2007 bis 2013<sup>3</sup> nimmt es folglich einen breiten Raum ein. Ein beachtlicher Teil der Mittel, die die EU an lateinamerikanische Staaten vergibt, dienen der Förderung der re-

gionalen Integrationsprozesse. Am deutlichsten ist die Priorisierung im Falle Zentralamerikas. Dort konzentriert sich die EU auf „ein Hauptziel, nämlich die Unterstützung des Prozesses der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Integration“ und die gesamten Mittel von 75 Mio. Euro werden dafür verwendet. Dabei teilen sich die Mittel wie folgt auf: 27 % für die „Festigung des institutionellen Systems für den Prozess der Integration in Zentralamerika“, 62 % für die „Stärkung des regionalen wirtschaftli-

chen Integrationsprozesses“ und 11 % für die „Stärkung der regionalen Sicherheit“.

Bei der Entwicklungszusammenarbeit der EU mit den anderen beiden Regionalbündnissen, der Andengemeinschaft (CAN) und dem MERCOSUR, sieht es ähnlich aus. Die Priorisierung der regionalen Integration ist zwar nicht so deutlich wie im Fall Zentralamerikas, aber dennoch sehr bemerkenswert. Von den 50 Mio. Euro, die die EU an die Andengemeinschaft vergibt, sind 80 % zur Stärkung der Integration vorgesehen und im Fall des MERCOSUR 70 % von 40 Mio. Euro.

Diese Zahlen legen es mehr als nahe anzunehmen, dass der EU die Integration der lateinamerikanischen Partnerstaaten sehr am Herzen liegt. Natürlich stellt sich sofort die Frage: Warum? Wieso engagiert sich die EU derart bei diesem Thema?

Wenn man versucht, darauf eine Antwort zu geben, lohnt es sich, zuvor die jüngste Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und der Andengemeinschaft etwas genauer anzuschauen.

### „Förderung des regionalen Integrationsprozesses“ durch die EU in der Andengemeinschaft

Besonders hier kann der Integrationsprozess eine Förderung sehr gut gebrauchen. Hier kriselt es seit Jahren zwischen den Mitgliedsländern. Anlass zum Streit ist vor allem das Thema Freihandelsverträge. Im Jahr



*Der Stier erinnert mich an die Suche der EU nach einer gemeinsamen Identität, die sie gerne mal in christlich-römisch-humanistischen Idealen sucht und sich darüber als Quelle der Zivilisation o.ä. generiert. Schaut man sich z.B. die EU-Migrationspolitik genauer an, ist vor Humanismus allerdings nicht mehr viel zu spüren / zu sehen.*

2006 wurden die Auseinandersetzungen um dieses Thema so brisant, dass Venezuela die Andengemeinschaft verließ. Anlass waren die bilateralen Freihandelsvereinbarungen, die Peru und Kolumbien mit den USA begonnen hatten, ohne sich dabei um die Bedenken ihrer Partner Venezuela, Bolivien und Ecuador zu kümmern.

Das war die Ausgangssituation, als im Jahr 2007 die Umsetzung der oben erwähnten regionalen Entwicklungsstrategie begann. Es war aber auch der politische Hintergrund für die Verhandlungen zum Abschluss eines Assoziierungsabkommens zwischen den beiden Partnerregionen.

Auf dem IV. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU), der Staaten Lateinamerikas und der Karibik (11. bis 13. Mai 2006 in Wien) war beschlossen worden, Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den Andenstaaten aufzunehmen.

Bolivien legte daraufhin auf dem Präsidentengipfel der CAN-Staaten in Quito im Juni 2006 ein Grundsatzpapier für eine gemeinsame Verhandlungsposition vor, welches seine skeptische Einstellung hinsichtlich eines Freihandelsvertrages sehr deutlich machte. Der Vorschlag enthielt 17 Punkte, die u. a. den Schutz von Dienstleistungen der Basisversorgung, des Grundbesitzes, der Ernährung und der natürlichen Ressourcen umfassten<sup>4</sup>. Die EU begegnete diesen Bedenken, die von Ecuador und den Basisorganisationen geteilt wurden, mit der Feststellung, dass ein Assoziierungsabkommen kein Freihandelsvertrag sei. Außerdem wurde diesen Bedenken auch in einer Übereinkunft zwischen den Parteien über die Modalitäten der Verhandlungsführung Rechnung getragen. Dort steht zu lesen, dass „die bestehenden Asymmetrien anerkannt und bedacht werden sollen“ und den „Mitgliedsländern der CAN, besonders Bolivien und Ecuador“, wird eine „besondere und differenzierte Behandlung“ zugesichert<sup>5</sup>.

Zwischen September 2007 und April 2008 fanden dann drei Verhandlungsrunden zum angestrebten Assoziierungsabkommen statt. Dabei zeigten sich weiterhin große Differenzen in den Verhandlungspositionen der

südamerikanischen Staaten. Bolivien und Ecuador auf der einen Seite waren weit entfernt vom Marktradikalismus Kolumbiens und Perus auf der anderen Seite. Die vierte Runde der Verhandlungen, die Mitte Juli 2008 in Brüssel stattfinden sollte, wurde kurz vorher von der EU abgesagt. Begründet wurde dieser Schritt mit den inneren Zerwürfnissen des südamerikanischen Blocks, die zuerst intern gelöst werden sollten, bevor weiter verhandelt werden könne. Am 9. September reagierten die Präsidenten Kolumbiens und Perus und richteten identische Briefe an die EU Kommissionspräsidentenschaft, in denen sie die biregionalen Verhandlungen auf Grund von unterschiedlichen Ansichten der CAN-Mitglieder für gescheitert erklärten und der EU bilaterale Handelsabkommen vorschlugen. Die EU nahm an. Im Augenblick laufen diese Verhandlungen noch.

Es kann nicht bestritten werden, dass es große Probleme innerhalb der CAN gab. Hier interessiert aber vor allem die Rolle der EU während der Verhandlungen. Weder hat sie dazu beigetragen, die Abstimmung innerhalb der CAN zu erleichtern, noch ist sie auf die Bitten nach mehr Zeit und größerer Flexibilität eingegangen. Im Gegenteil, sie hat Druck ausgeübt, um so schnell wie möglich ein Abkommen mit maximaler Liberalisierung zu erreichen.

Vorsichtig ausgedrückt muss man also sagen: Der EU ist es im Rahmen der Verhandlungen zu einem Assoziierungsabkommen mit den Staaten der Andengemeinschaft nicht gelungen, deren Integration zu fördern. Im Gegenteil muss man feststellen, dass die Verhandlungen der Integration eindeutig geschadet haben.

### Was für eine Integration meint die EU?

Die Rolle, die die EU bei diesen Verhandlungen gespielt hat, eine Rolle zu Lasten der Andengemeinschaft, schürt den Verdacht, dass die EU vielleicht etwas ganz anderes unter regionaler Integration versteht. Ein zweiter Blick in die regionalen Strategie-papiere zeigt, dass dort dieses Thema ausnahmslos mit dem von der EU gewünschten Abschluss eines Assoziierungsabkommens liiert ist. Am

unmissverständlichsten wird dies im Strategiepapier zur Andengemeinschaft ausgedrückt<sup>6</sup>: Unter 6.1.1. wird dort als allgemeines Ziel genannt: „Verstärkung des Grads der regionalen Wirtschaftsintegration, d. h. Schaffung eines voll funktionsfähigen gemeinsamen Andenmarktes und Förderung der Verhandlungen zwischen EU und Andengemeinschaft über ein Assoziierungsabkommen, einschließlich eines Freihandelsabkommens.“

Bei der Förderung der regionalen Integration geht es der EU vor allem um die Bildung einer Zollunion und langfristig eines gemeinsamen Marktes. Und diesen Markt gilt es den europäischen transnationalen Konzernen mit einem Freihandelsabkommen zu öffnen. Darum geht es im Kern. Regionale Integration ist also nichts weiter als ein Mittel zu diesem Zweck.

Damit verfolgt die EU konsequent ihre hegemoniale *Global Europe Strategie* in der Außenhandelspolitik, die sie als „ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“ beschwört. Die dort skizzierte Strategie erkennt man bei den aktuellen Verhandlungen zu den Assoziierungsab-

kommen mit Lateinamerika leicht wieder.

„Freihandelsabkommen können, sofern umsichtig davon Gebrauch gemacht wird, ausgehend von den WTO-Bestimmungen und anderen internationalen Regeln eine schnellere und weitergehende Marktöffnung und Integration fördern, wenn sie auf Fragen abstellen, die noch nicht reif sind für multilaterale Gespräche; sie können also den Weg für die nächste Stufe der multilateralen Liberalisierung ebnen. Viele Kernfragen wie Investitionen, öffentliche Aufträge, Wettbewerbsregelung, Schutz geistigen Eigentums und andere Regelungsfragen, die gegenwärtig nicht innerhalb der WTO behandelt werden, lassen sich in Freihandelsabkommen klären.“<sup>7</sup>

Wenn man sich daran erinnert, dass Assoziierungsabkommen der EU nichts anderes sind als Freihandelsabkommen, dann erkennt man, dass die *Global Europe Strategie* das Drehbuch für die aktuellen Verhandlungen in Lateinamerika enthält: Es geht um die Themen Schutz geistigen Eigentums, Investitionen, öffentliche Aufträge usw. Zu wessen Nutzen? Auch dies beantwortet die *Global Europe Strategie* eindeutig: „Unser wichtigstes Ziel im Bereich der Außenbeziehungen war in den letzten Jahren der Abschluss eines ehrgeizigen, ausgewogenen und gerechten multilateralen Übereinkommens zur weiteren Liberalisierung des internationalen Handels, um Märkte zu öffnen, auf denen europäische Unternehmen im Wettbewerb bestehen können,...“<sup>8</sup>. Es geht um die günstigen Bedingungen auf internationalen Märkten für die europäischen transnationalen Konzerne. Dabei kann unter Um-

ständen die Entwicklungszusammenarbeit mit ihrem Thema „regionale Integration“ gute Dienste leisten. Unter Umständen, wie bei den Verhandlungen mit der Andengemeinschaft, gelingt es aber auch nicht. Dann schließt die EU eben Freihandelsverträge mit einzelnen Ländern ab.

Im Zweifelsfall ist ihr Interesse, „europäische Unternehmen im internationalen Wettbewerb“ zu unterstützen, größer, als angebliche entwicklungspolitische Ziele zu erreichen.

- <sup>1</sup> Dieser Text lebt von der sehr guten mexikanischen Studie: *La Unión Europea: ¿promotora de la integración regional en América Latina? Retórica y Realidad*, von Alberto Arroyo Picard, Graciela Rodríguez, Norma Castañeda Bustamante, <http://www.tni.org/reports/altreg/ueal-integracion.pdf>
- <sup>2</sup> KONSOLIDIERTE FASSUNG DES VERTRAGS ZUR GRÜNDUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT [http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/hm/C\\_2002325DE.003301.html](http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/hm/C_2002325DE.003301.html)
- <sup>3</sup> Regionales Strategiepapier Zentralamerika 2007 – 2013 [http://ec.europa.eu/external\\_relations/ca/rsp/07\\_13\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/external_relations/ca/rsp/07_13_de.pdf)  
Regionales Strategiepapier Andengemeinschaft 2007 – 2013 [http://ec.europa.eu/external\\_relations/andean/rsp/07\\_13\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/external_relations/andean/rsp/07_13_de.pdf)  
Regionales Strategiepapier MERCOSUR 2007 – 2013 [http://ec.europa.eu/external\\_relations/mercosur/rsp/07\\_13\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/external_relations/mercosur/rsp/07_13_de.pdf)
- <sup>4</sup> Bases para un Acuerdo de Asociación CAN – UE en beneficio de los pueblos [http://www.boliviasoberana.org/blog/CAN/\\_archives/2006/6/14/2032355.html](http://www.boliviasoberana.org/blog/CAN/_archives/2006/6/14/2032355.html)
- <sup>5</sup> Modalidades del las Negociaciones del Acuerdo de Asociación Comunidad Andina – Unión Europea [http://www.comunidadandina.org/documentos/actas/Modalidades\\_CAN\\_UE17-%2007.pdf](http://www.comunidadandina.org/documentos/actas/Modalidades_CAN_UE17-%2007.pdf)
- <sup>6</sup> Regionales Strategiepapier Andengemeinschaft 2007 – 2013, S. 33. [http://ec.europa.eu/external\\_relations/andean/rsp/07\\_13\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/external_relations/andean/rsp/07_13_de.pdf)
- <sup>7</sup> *Global Europe Strategie*, Brüssel, den 4.10.2006, Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt, S. 10. [http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga\\_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=de&type\\_doc=COMfinal&andoc=2006&nu\\_doc=567](http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=de&type_doc=COMfinal&andoc=2006&nu_doc=567)
- <sup>8</sup> *Global Europe Strategie*, S. 2



# Die EU von Zentralamerika aus gesehen

Ausschnitte aus einem Interview mit William Rodríguez vom nicaraguanischen Netzwerk „Otro Mundo es Posible“ (1. Juni 2009)

(ea) Mit diesem Beitrag wollen wir zeigen, wie die Außenhandelspolitik der EU in den betroffenen Ländern wahrgenommen wird. Wir bringen diesen Beitrag, auch wenn wir nicht mit jeder Aussage, die William Rodríguez zur EU gemacht hat, einverstanden sind.

*[...] Wie beurteilst du die Strategie und die Motive der EU, die sich hinter diesen Handelsverträgen verbergen? Warum macht sie all das?*

Meiner Meinung nach hat sich die EU entschieden, eine neue Rolle im Rahmen der Globalisierung zu spielen. Die EU will sich stärker von den USA und China abschirmen. Sie hat praktisch gesagt, sie will das Zentrum der gesamten Globalisierung sein. Mit dieser Entscheidung hat sie ihre Politik neu definiert und sich hin zum Kolonialismus und zum regionalen und internationalen Expansionismus gewendet. Zum Beispiel hat sie mit ihrer Gründung 1957 einen Wachstumsprozess eingeleitet, im Rahmen dessen viele weitere Staaten der Region geschluckt wurden. Makroökonomisch bedeutet das, das Brutto-sozialprodukt Europas hat sich vergrößert. Denn das klassische Europa, ursprünglich bestehend aus sechs Staaten, hätte in der Konkurrenz mit den Wirtschaftsblöcken USA und China keine Chance gehabt. Es war reine Notwendigkeit, sich auszudehnen, sich die anderen Staaten einzuverleiben, die Wirtschaftskraft zu steigern und den Binnenmarkt zu vergrößern, wenn Europa sich mit diesen anderen globalen Wirtschaftsblöcken messen wollte. Damit ist das Europa von heute total verschieden von dem der Dekaden 1970 und 1980. In den 1980er Jahren war Europa in Zentralamerika sehr kooperativ, es leistete wichtige

Beiträge in den Friedensprozessen und bei der Abrüstung. Damit entstand der Eindruck, der europäische Kapitalismus sei ein gutherzigerer Kapitalismus als derjenige der Vereinigten Staaten. Denn deren Rolle war es immer gewesen, Aggressionen auszuüben, zu intervenieren und sich einzumischen. Heute ist es Europa, das interveniert, sich einmischt und sich wieder als Kolonialmacht aufführt. Heute sehen wir, dass Europa an den Kriegen in Afghanistan und Irak teilnimmt und damit zu einem Teil der imperialistischen Herrschaft geworden ist. Wir müssen also feststellen, dass das Europa von heute seine Rolle in der globalen Strategie geändert hat. Dazu möchte ich einige wichtige Bemerkungen machen. Mir geht es darum zu vermeiden, dass man mir vorwirft, ich würde manipulieren. Es gibt ein Dokument der EU aus dem Jahr 2000, das öffentlich zugänglich ist, das die so genannte Lissabon-Strategie beschreibt. Es gibt ein anderes Dokument, in dem geht es um das so genannte Rom-Statut, das im Jahr 2002 in Kraft getreten ist. Schließ-

lich gibt es ein weiteres Dokument der EU, das erst vor kurzem veröffentlicht worden ist, es ist bekannt unter dem Namen Global-Europe-Strategie, aus dem Jahr 2006. Diese drei Dokumente aus der Zeit seit dem Jahr 2000 zeigen deutlich, welches die Strategie der EU von heute ist. Die EU will wieder Kontrolle ausüben über die Länder in Afrika und selbstverständlich auch in Asien und Amerika, die einst Kolonien waren. Es will Märkte beherrschen, die heute in Händen der Konkurrenz aus den USA und China sind. Folglich müssen die Märkte in Lateinamerika geöffnet werden und den USA muss dort der Einfluss beschnitten werden. Das gleiche gilt für den Einfluss Chinas in Afrika und Asien. Wir müssen also feststellen, dass Europa offensichtlich dabei ist, sich als zentrale Kraft der Weltwirtschaft zu positionieren. Damit ist Europa wesentlich aggressiver, imperialistischer und bereit zur Einmischung geworden. Das Ganze geschieht im Rahmen eines neoliberalen Modells. Dabei gelingt es ihnen, den Anschein eines menschlichen Ge-



Foto: Ökumenisches Büro

sichtes zu wahren. Das machen sie sehr geschickt. Sie präsentieren Konzepte, die nichts mit ihrer tatsächlichen Praxis zu tun haben. In diesen Konzepten wird von Demokratie, von Entwicklung und von Menschenrechten geredet. Tatsächlich verletzen aber alle europäischen Unternehmen, die in Lateinamerika tätig sind, die Menschenrechte. Mögen sie nun REPSOL, ENDESA oder Unión Fenosa oder anders heißen, alle verstoßen sie gegen die Menschenrechte und erlauben sich hier in Lateinamerika Dinge, die sie sich zuhause nie erlauben würden.

*Was hast du für Erwartungen zur weiteren Entwicklung des Assoziierungs-Abkommen EU CA? Glaubst du z. B., dass der Regierungswechsel in El Salvador einen Einfluss auf die Verhandlungen haben wird? Glaubst du, dass Nicaragua in den Verhandlungen noch besondere Akteure setzen wird?*

[...]

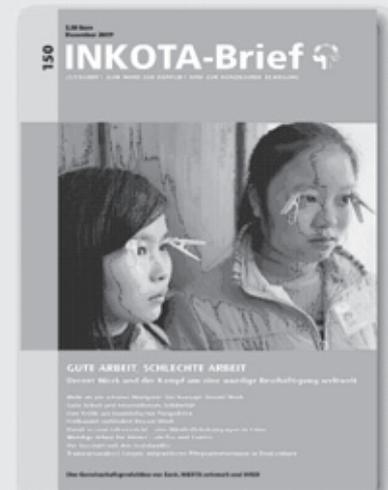
Eine Hoffnung, die ich habe, ist, dass sich die Organisation der Volksbewegung, die sich im Widerstand befindet, vertieft. Für mich ist es unabdingbar, dass die Völker das Recht haben zur Aufsässigkeit und wenn sie ein Handelsabkommen verhindern, dann wird es wegen dieser Widerspenstigkeit sein. Wenn den Völkern die Rechte genommen werden, dann ändert die Widerspenstigkeit das System, Aufsässigkeit führt zu mehr Bewusstsein über die Rechte, die wir als Menschen haben. Ich glaube, die Hoffnung ist im Volk selbst, wenn es sich im sozialen Widerstand befindet. Ich glaube auch, dass es uns gelingen kann, die europäischen Regierungen und Parlamente mit Informationen zu erreichen. Denn ich glaube, dort fehlt es an ausreichender realistischer Information, um verstehen zu können, warum wir Zentralamerikaner\_innen nein zum Assoziierungsabkommen sagen. Denn wenn man es nur makroökonomisch sieht, dann berührt dieses Abkommen die europäischen Bürger\_innen überhaupt nicht. Denn die Probleme betreffen nur die eine Seite, unsere Seite. Dies gilt aber nur

für die nahe Zukunft. Wenn man die Probleme in einem längeren und größeren Rahmen sieht, wird es auch Auswirkungen auf die europäischen Bürger\_innen haben. Es ist ein Teufelskreis. Auch in Europa kann man schon sehen, dass sich die Arbeitslosenquote auf 10 bis 20 Prozent zu bewegt. Das wird irgendwann dazu führen, dass sich die Leute mobilisieren. Die Umweltzerstörungen sind schon derart, dass sie das Klima verändern. Weltweit erleben wir gerade eine Nahrungsmittelknappheit, ganz zu schweigen von der Finanzkrise. Das sind globale Probleme, die langfristig auch die EuropäerInnen betreffen werden. Daher glaube ich, man muss zeigen, dass dieses Problem, das nur eins der Zentralamerikaner\_innen zu sein scheint, auch ein Problem der Europäer\_innen ist. Man muss es so sehen, dass bei Problemen der Menschen wir alle verantwortlich sind. Es geht nicht, dass etwas, weil es weit weg ist und im Augenblick keine direkten Auswirkungen hat, uns nichts angeht. Ganz im Gegenteil: Ich glaube, die EU und die europäische Gesellschaft sollten sich engagieren, um zu vermeiden, dass das Assoziierungsabkommen zustande kommt. Wir ZentralamerikanerInnen haben um dieses Handelsabkommen nicht gebeten. Die EU hat es uns aufgedrängt. So wie sie Handelsverträge in Asien vortreibt und die EPAs in Afrika. In Amerika hat sie die Handelsverträge mit der Karibik, dem CARIFORUM, forciert. Sie bemüht sich um einen Handelsvertrag mit dem MERCOSUR, wo die Verhandlungen im Augenblick blockiert sind. Sie verhandelt mit den Andenstaaten und eben mit Zentralamerika, einer sehr armen, rückständigen und unbedeutenden Region. Die Logik der EU ist es, andere Nationen mit Handelsverträgen zu beherrschen. Dort haben sie Wettbewerbsvorteile und mit ihrer größeren Wirtschaftskraft können sie ihre Landwirtschaft subventionieren und schützen, während wir nichts von all dem haben. Wir befinden uns wirklich in einer Situation, die voller Risiken für die Region ist.

[...]

Übersetzung: E. Albrecht.

**INKOTA-BRIEF • 150**  
DIE NORD-SÜD-ZEITSCHRIFT AUS BERLIN  
Dezember 2009 • 48 Seiten • 3,50 € (zzgl. VK)



**GUTE ARBEIT,  
SCHLECHTE ARBEIT:**  
Decent Work und der  
Kampf um eine würdige  
Beschäftigung weltweit

Gute Arbeit und internationale Solidarität • Decent Work: Eine Kritik aus feministischer Perspektive • Freihandel verhindert Decent Work • Damit es zum Leben reicht – eine Mindestlohnkampagne in Asien • Würdige Arbeit für Kinder – ein Pro und Contra • Das Geschäft mit den Sozialaudits • Transnationale(s) Sorgen: migrantische Pflegerbeiterinnen in Deutschland • und vieles mehr

Es schreiben u.a. Eva Senghaas-Knobloch, Anja Franck, Hans-Jürgen Urban, Peter Waterman, Anannya Bhattacharjee, Volkmar Lübke, Christina Deckwirth und Juliane Karakayali



Den Schwerpunkt dieses INKOTA-Briefs gibt es als INKOTA-Dossier 6 (28 Seiten, 2,50 € zzgl. VK)

INKOTA-netzwerk · Greifswalder Str. 33a  
10405 Berlin · Telefon: 030 - 4289111  
inkota-brief@inkota.de · www.inkota.de

# Die Brücke zwischen Entwicklungspolitik und Militarisierung/Sicherheit

(Ismail Küpeli) Hier gibt es zwei Ebenen. Das eine wäre die diskursive Ebene. Es geht darum, dass man grundsätzlich Sicherheit als Prämisse, als Grundlage für Entwicklung definiert. Das ist das, was in der Europäischen Sicherheitsstrategie formuliert wird und auch in anderen Papieren, dass ganz klar ist: ohne Sicherheit keine Entwicklung. Das ist der eine Verknüpfungspunkt. Man sagt, Militär ist eine Grundlage dafür, dass menschliche Entwicklung stattfinden kann. Das nächste ist, was unter dem Label „Menschliche Sicherheit“ auftaucht, dass man Menschenrechte oder Grundbedürfnisse umdefiniert zu Sicherheitsfragen. Man spricht zum Beispiel nicht mehr von einem Recht auf Ernährung, sondern von Ernährungssicherheit. Das kommt zum Teil auch daher, dass auch die NGOs in wichtigen Politikfeldern mitspielen wollen und Sicherheit ist ein relevanter Politikbereich. Die NGOs sagen, wir versuchen unsere Ziele mit den

Zielen zu verknüpfen, die die westlichen Staaten auch gerne durchsetzen wollen. Wenn also Ernährungssicherheit ein Sicherheitsproblem ist, dann werden sie vielleicht auch eher etwas dafür tun, Ernährung auch bereitzustellen. Das Problem hier ist aber, dass in dem Bereich ein sehr wichtiger Akteur schon da ist, und zwar das Militär. Das heißt, man gibt diese Initiative in die Hände des Militärs, das damit dann legitimiert wird, Sicherheit zu schaffen, Ernährungssicherheit zu schaffen usw. Das ist das eine Problem.

Auf der praktischen Ebene, wenn es um einzelne Militärinterventionen oder um die praktische Umsetzung von Sicherheitspolitik geht, dann geht es darum, was Jürgen Wagner in dem Interview beschreibt<sup>1</sup>, um die Nutzung von Entwicklungshilfegeldern für militärische Zwecke. Sei es, dass man ganze EUFOR-Missionen als Entwicklungshilfe ausgibt, oder dass

man Polizei und Armee im Trikot aufbaut und das als Entwicklungshilfe ausgibt, was tatsächlich schon passiert. Also die ganzen Sicherheitssektorreformen, wo es um Armee und Polizei geht, werden als Entwicklungshilfe deklariert. Bei den EUFOR-Missionen ist es noch offen, ob das in Zukunft passieren wird.

Zum Thema Afghanistan: Die Kopplung von Entwicklungshilfe und Militär dient – kurz gefasst – dazu, Kriege zu legitimieren. Auch da werden Menschenrechtsnormen oder Entwicklungshilfegedanken eingebunden in einen Konflikt. Das sind die beiden Ebenen, wo Sicherheit oder Krieg/Militarisierung zusammenkommt mit der Entwicklungspolitik.

<sup>1</sup> Vgl. Infoblatt 74: Morgens Nahrungsmittel verteilen, mittags bombardieren und abends eine Schule aufbauen. Interview mit Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung (IMI)



Polizetraining in Afghanistan

# Migration und Entwicklung

[zp] Das Video der International Organisation of Migration (IOM), das ich euch zeigen möchte, handelt von einem jungen Mann, der seinen Vater in Kamerun anruft, um ihm von seinen Erfahrungen in Europa zu erzählen. Während der junge Mann bei Regen nachts in einer Telefonzelle steht, sitzt der Vater in einem gemütlich eingerichteten Wohnzimmer. Auf die Fragen des Vaters, wie die Reise war, ob er eine Wohnung gefunden hat und sich an der Universität eingeschrieben hat, antwortet er positiv. Gleichzeitig werden Bilder eingeblendet, die zeigen, wie er auf der Straße schläft, bettelt und von der Polizei verfolgt wird. Das Video, das mit den Worten „Prevention Campaign of the dangers of illegal Migration“ übertitelt ist, endet mit der Warnung „Don't believe everything you hear. Leaving is not always living.“ Finanziert wurde dieses Video, das in Kamerun und in Nigeria ausgestrahlt wurde, von der Schweiz und vom AENEAS Programm der Europäischen Union.<sup>1</sup>

Auch wenn die Finanzierung dieses Videos nicht über Entwicklungshilfegelder lief, habe ich es trotzdem als Einstieg in den Nexus Migration und Entwicklung ausgewählt, weil ich glaube, dass das, was mit diesem Video versucht wird, symptomatisch ist für eine bestimmte Form von Regierungshandeln. Regierung meint in diesem Kontext ein Handlungsfeld zu strukturieren und würde jetzt konkret in Bezug auf Entwicklung und Migration heißen, Entwicklungspolitik zu betreiben, um Migration zu steuern, zu managen, zu regulieren auf der einen Seite, und auf der anderen Seite Migration oder Folgen von Migration für entwicklungspolitische Zwecke zu nutzen.

Kurz dazu, wie der Nexus Migration und Entwicklung in den letzten Jahren relevant geworden ist: In den 1990er Jahren, wurde der Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung in Organisationen wie der IOM, der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und auch in den United Nations diskutiert.

In Rahmen der EU ist die Verbindung zwischen Migration und Entwicklung erst seit 2002 relevant. Damals wurde Entwicklungspolitik in erster Linie als Mittel zur Steuerung von Migrationsströmen diskutiert.



*Unsere Schiffe überall im Einsatz*

Dieser Fokus hat sich 2005 mit dem Papier „Leitlinien zur Entwicklung und Migration“, das von der EU Kommission herausgegeben wurde, geändert, hin zur Förderung von Entwicklungszielen über die Verbindung von Migration und Entwicklung. Die Themenfelder, die hier genannt werden, sind zum einen die Überweisungen von Migrant\_innen in ihre Herkunftsländer, die vom Umfang her die Entwicklungshilfeszahungen bei weitem überschreiten. Ein zweiter Punkt ist die Stärkung der Rolle der Diaspora in den Mitgliedsstaaten, mit dem Ziel die Aktivitäten von Migrant\_innen hier einzubinden in Entwicklungsprojekte dort, um sogenannte win-win Situationen herzustellen. Als drittes wird die Stärkung der zirkulären Migration genannt und die Erleichterung der Rückkehr von Migrant\_innen in ihre Herkunftsländer. Und viertens schließlich die Minderung des Brain drain (Abwanderung hoch qualifizierter Kräfte) durch Migration.

Zusätzlich relevant wurde das Themenfeld Migration und Entwicklung im Jahr 2005 nach dem so genannten Sturm von Migrant\_innen auf die beiden spanischen Exklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika, bei dem es

zu insgesamt 14 Todesfällen unter den Migrant\_innen kam. Als Sofortmaßnahme gab es im Oktober 2005 einen kurzfristig einberufenen Gipfel in Hampton Court, wo Maßnahmen zur Steuerung von Migrationsströmen diskutiert wurden und ein Aktionsprogramm verabschiedet wurde mit dem Titel „Vorrangige Maßnahmen zur Lösung von Migrationsproblemen. Erste Folgemaßnahmen nach Hampton Court“, in dem die Verbindung zwischen Migration und Entwicklung als ein Kernbereich zukünftiger Politik dargestellt wurde. Die anderen Kernbereiche, die in diesem Papier hervorgehoben wurden, waren zum einen die Steuerung der legalen Migration und zum anderen die Bekämpfung von irregulärer Migration.

Aus diesem Aktionsprogramm ist unter anderem ein Pilotprojekt der EU hervorgegangen und zwar das „Zentrum für Informations- und Migrationsmanagement“ (CIGEM) in Bamako in Mali, das mit 10 Millionen

Euro aus dem 9. Europäischen Entwicklungsfonds finanziert wird. Der damalige EU-Entwicklungskommissar Louis Michel, der die Einrichtung dieses Zentrums nachdrücklich unterstützt hat, erklärte auf der Einweihungsfeier: „Statt die Migration zu verteufeln, sollten wir sie durch flankierende Maßnahmen strukturieren und steuern, um daraus das Beste für die Menschen in Afrika und Europa zu machen. Dieses Zentrum ebnet den Weg für eine bessere Steuerung der Migration und eine effizientere Nutzung ihres entwicklungspolitischen Potenzials.“ Das ist der Gestus, in dem die Koppelung von Migration und Entwicklung propagiert wird.

Das CIGEM wurde zuerst als Jobcenter bezeichnet, mit dem Ziel, die Leute dort vor Ort über legale Migrationsmöglichkeiten in die EU aufzuklären. Das hat aber nicht wirklich geklappt, weil sich – wie die EU-Kommission betont – die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten geweigert haben, ihre Kompetenzen im Bereich legaler Einwanderungsmöglichkeiten abzugeben. Statt also die Leute zu informieren und zu beraten, wie sie in die EU einwandern können, konzentriert sich dieses Zentrum jetzt vor allem darauf, aus der EU abgeschobene Migrant\_innen in Mali wieder einzugliedern und auf eine Informationspolitik, die die Leute von dem Ver-

such abhalten soll, in die EU zu migrieren. Das, was in diesem Zentrum also tatsächlich passiert, ist in erster Linie das, was schon 2002 formuliert wurde, nämlich über entwicklungspolitische Maßnahmen Migration zu managen und zwar nicht, indem versucht wird, verbesserte Lebensbedingungen für die Menschen in ihren Ländern zu erreichen, sondern indem auf einer individuellen Ebene den Leuten die Gefahren und Risiken von Migration vor Augen geführt werden, wobei wir wieder bei dem Video vom Anfang sind.

<sup>1</sup> <http://www.youtube.com/watch?v=SnUgwDaXPsw>

# Jenseits von Staat und Nation

Warum Frontex abzuschaffen ist

(Fabian Georgi / Bernd Kasperek)  
„Hart an der Grenze“, diesen Titel gab der Fernsehsender Phoenix einer Talkshow im Juni 2009, in der Frontex im Mittelpunkt der Kontroverse stand.<sup>1</sup> Die Kritik an der Agentur blieb erschreckend lahm. Die eingeladenen NGO-Vertreter waren sichtlich bemüht, ihre Kritik in juristische Begriffe zu verpacken. Sie sprachen von „Grauzonen“, berichteten von einzelnen, besonders brutalen Vorfällen und beharrten auf der Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention. Innenstaatssekretär Peter Altmaier (CDU) und der Frontex-Vertreter Klaus Rösler wehrten sich: Die Agentur halte sich an die Gesetze. Und wenn die Grenzpolizei doch mal welche übertrete, dann seien dies Ausnahmen und rechtsstaatlich zu ahnden. Günter Burkhardt, Pro Asyl Geschäftsführer, und Elias Bierdel, ehemals Chef von Cap Anamur, war anzusehen, für wie zynisch und verlogen sie diese Zusicherungen hielten. Dennoch verharrte die Diskussion auf der juristischen Ebene, unterbrochen nur vom humanitären Beklagen der vielen Ertrunkenen an Europas Grenzen. Auch Staatssekretär Altmaier fand diese Situation „nicht akzeptabel“, zerdrückte ein paar Krokodilstränen und pries Frontex als Lebensretter. Seit Anfang 2008 haben NGOs und antirassistische

Gruppen Frontex immer wieder heftig kritisiert.<sup>2</sup> Als Reaktion feilte die Agentur an der eigenen Außendarstellung. Der Auftritt von Altmaier und Rösler bei Phoenix war Teil einer PR-Offensive und es gelang ihnen meistens, die Kritik von Burkhardt und Bierdel abzutun. Wie kam es dazu? Warum ist eine so zynische Institution wie Frontex derart schwer zu fassen? Dieser Artikel wird die bislang an Frontex geäußerte Kritik zusammenfassen und die Grenzen juristisch-humanitärer Argumente diskutieren. Der zweite Teil versucht, eine grundlegende Kritik an der EU-Grenzagentur zu entwickeln.

*Menschenrechtswidrig,  
intransparent,  
verselbstständigt*

Die liberale Kritik an Frontex, wie sie etwa von verschiedenen NGOs und den Grünen vorgebracht wird, konzentriert sich auf drei Argumente: Erstens verletze Frontex Menschenrechte und internationale Konventionen, zweitens sei die Agentur parlamentarisch kaum kontrolliert und arbeite intransparent und drittens untergrabe sie deshalb als verselbstständigte Exekutive die Demokratie. Der erste Kritikpunkt ist am weite-

sten verbreitet und dreht sich um die Frage, ob Frontex die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) achtet. „Die Praktiken von Frontex, aber auch von Grenzschutz der Mitgliedstaaten, die in Frontex-Operationen kooperieren, sind nicht gesetzeskonform“, so die zentrale Botschaft etwa von Pro Asyl.<sup>3</sup> Konkret wird Frontex die Verletzung des so genannten *Non-Refoulement*-Gebots in der Genfer Flüchtlingskonvention vorgeworfen, also des Verbots, Asylsuchende direkt in ein Land zurückzuschicken, in dem sie nicht vor Verfolgung geschützt sind. Flüchtende müssen die Möglichkeit haben, die EU-Grenze zu überqueren, um einen Asylantrag zu stellen. Ein solcher Antrag muss in einem regulären Verfahren geprüft werden, Ablehnungen müssen individuell und schriftlich erfolgen, juristischer Widerspruch dagegen muss möglich sein. Dieses völkerrechtliche Gebot wird an der EU-Außengrenze systematisch missachtet und Frontex ist daran beteiligt. An den östlichen Ländergrenzen der EU ist es anscheinend gängige Praxis der Grenzschutz, Menschen sofort über die Grenze zurückzuschicken – trotz ihres explizit geäußerten Verlangens, einen Asylantrag zu stellen.<sup>4</sup> Auch die

Frontex-Operationen im Mittelmeer und vor Westafrika untergraben die Genfer Flüchtlingskonvention (siehe Beitrag „Von Grauzonen und Legalisierungen anderer Art“ in dieser Broschüre). So sind insbesondere die menschenverachtenden Einsatzmethoden der griechischen Küstenwache vielfach dokumentiert.<sup>5</sup> Anstatt diese illegale Praxis zu beenden, zielen Frontex und die EU-Regierungen darauf, sie nachholend zu legalisieren und weiter auszubauen. Frontex ist am gezielten Bruch völkerrechtlich verbindlicher Menschenrechte beteiligt. Eine offensive Kritik dieses Umstandes könnte der EU tatsächlich „wehtun“, stellt sie sich doch gern als Wahrerin der Menschenrechte dar, um so ihren internationalen Machtanspruch zu begründen. Doch diese Kritikstrategie hat es nicht leicht: Im komplizierten Herrschaftsnetzwerk EU lassen sich direkt Verantwortliche für die Rechtsbrüche nur schwer finden. In der Phoenix-Talkshow verwies Klaus Rösler, bei Frontex verantwortlich für die „operativen Einsätze“, auf die nur koordinierende Rolle der Agentur. Die Verantwortung schob er an die Mitgliedstaaten weiter, die leider unterschiedliche Rechtsinterpretationen hätten. Für Frontex habe der Respekt der Menschenrechte höchste Priorität und sowieso sei die Agentur eine neutrale, dienstleistungsorientierte Institution ohne politisches Mandat und ohne politische

oder juristische Verantwortung.<sup>6</sup> Die Schwierigkeit, klare Verantwortliche für die belegten und vermuteten Rechtsbrüche bei Frontex-Operationen zu benennen, führt zum zweiten Kritikpunkt: Frontex sei nicht ausreichend demokratisch legitimiert. Tatsächlich weist die im Oktober 2004 vom Rat der EU beschlossene Frontex-Verordnung der Agentur nur unterstützende Aufgaben im Hintergrund zu. Eine solche technische Behörde brauche keine aufwändige parlamentarische Kontrolle, so das Argument der EU-Regierungen. Juristisch ist diese Verteidigungslinie schwer anzugreifen, Glauben schenken muss man den Zusicherungen deshalb nicht. Es wäre absurd anzunehmen, dass sich die EU-Grenzagentur in die Planung der von ihr koordinierten Operationen nicht mit konkreten politischen und operativen Vorstellungen einbringt, zumal diese maßgeblich aus ihrem Budget finanziert werden. Belegen lässt sich dies nur schwer, denn rechenschaftspflichtig ist die Agentur allein ihrem Verwaltungsrat, also RegierungsvertreterInnen der EU- und Schengen-Staaten. Weder das Europäische Parlament noch nationale Parlamente verfügen über konkrete Einblicke in ihr Wirken. Dies führt zum dritten zentralen Kritikpunkt: Als Folge von Intransparenz und mangelnder parlamentarischer Kontrolle entwickle sich Frontex zu einem verselbstständigten Exekutivorgan und unterminierte damit Gewaltenteilung und demokratische Prinzipien. So demonstriert Timo Tohidipur (siehe seinen Beitrag in dieser Broschüre), dass „Agenturen“ wie Frontex eine Konsequenz der exekutiven Ausrichtung der EU sind. Obwohl ihre zunehmende Rolle europarechtlich nicht wirklich legitimiert ist, werden sie kaum in Frage gestellt, denn sie sind es, die viele EU-Politiken in die Praxis umsetzen. Die „demokratietheoretische“ Kritik an Frontex als verselbst-

ständigter Exekutive ist wichtig. Wirksam kann sie jedoch nur sein, wenn der selbst nach liberalen Maßstäben nur begrenzt demokratische „Konstitutionsprozess“ der EU insgesamt in Frage gestellt wird.

### Umweltfreundlicher Panzer

Festzuhalten bleibt: Die liberale Kritik ist korrekt. Frontex ist am systematischen Bruch der Genfer Konvention beteiligt. Trotz ihrer hochpolitischen Einsätze und ihres Einflusses hinter den Kulissen ist die Agentur parlamentarisch kaum kontrolliert und arbeitet extrem intransparent. Und es besteht die Gefahr, dass Frontex sich zum Element einer verselbstständigten Exekutive entwickelt, allen Prinzipien liberaler Demokratie Hohn spottend. Das Ziel dieser liberalen Kritik scheint es zu sein, Frontex an die parlamentarisch-völkerrechtliche Kandare zu legen. Ohne Zweifel, dies wäre ein Fortschritt. Am eigentlichen Problem würde es nichts ändern. Spontanes Unbehagen gegenüber Frontex entsteht ja nicht wegen juristischer Feinheiten: Die Agentur provoziert intuitive Ablehnung, weil sie die militärische Abschirmung der Grenzen perfektioniert und so noch mehr Menschen in den Tod treibt; weil sie sich anschickt, ins Geschäft mit gewaltsamen Abschiebungen einzusteigen, die sie noch effizienter machen möchte; und weil sie mitbaut am neuen Überwachungsstaat – biometrisch, digital, satellitengestützt. Selbst wenn Frontex die GFK achten würde, transparent und parlamentarisch kontrolliert wäre – solange die Agentur noch immer ihre Aufgaben erfüllt, wäre sie wie ein umweltfreundlicher Panzer: Schön, dass er weniger Abgase ausstößt, aber immer noch - vielleicht sogar besser - für Krieg und fürs Morden zu gebrauchen. Abschotten, abschieben, überwachen, das ist Frontex' Existenzberechtigung. Werden diese politischen Zwecke nicht grundlegend und unmissverständlich in Frage gestellt, schneidet das Messer der Kritik am faulen Kern der Frontex-Frucht vorbei. Zudem: Die Agentur ist in rechtsstaatlichen Verfahren ordnungsgemäß beschlossen worden. Ihre brutalen Aufgaben sind völkerrechtlich legi-



Das EU-Rad: es leuchtet, es glitzert, es verspricht schöne Ausblicke... Wer kriegst den Platz an der Sonne ganz oben? Wo sind die Hamster, die das Rad antreiben? Und vor allem: Wer hat dem Rad den prophetischen Namen „Kipp!“ angeschraubt?



tim. Souveräne Nationalstaaten dürfen entscheiden, wer auf ihr Territorium einreisen, wer dort bleiben darf – und wer nicht. Sie dürfen ihre Grenzen kontrollieren, auch gewaltsam. Sie dürfen „unerwünschte Ausländer“ abweisen und abschieben.<sup>7</sup> Kriegsschiffe gegen Flüchtlingsboote, Massenabschiebungen im Schutz der Nacht, diese Aspekte von Frontex sind den meisten Leuten ein Gräuelfeld. Doch wie es keine Atomkraftwerke ohne Atommüll, keinen Kapitalismus ohne Krisen geben kann, so kann es souveräne Nationalstaaten nicht ohne permanente gewaltsame Ausgrenzung von Menschen anderer Staatsbürgerschaften geben. Eine „rechtspositivistische“ Kritik, also eine, die sich vor allem an den Buchstaben von staatlich-nationalen Gesetzen orientiert, kann diese Fundamente des tödlichen EU-Grenzregimes nicht sehen. Sie verweilt notwendigerweise an der Oberfläche. Menschenrechtsverletzungen durch die EU-Grenzagentur müssen aufgedeckt und ihre mangelnde parlamentarische Kontrolle muss immer wieder skandalisiert werden, um die schlimmsten Auswirkungen der Frontex-Einsätze abzuwenden. Doch darf sich Kritik nicht allein auf die Folgen des EU-Grenzregimes richten. Akzeptiert sie den nationalstaatlichen Rahmen von Grenz- und Migrationspolitik unhinterfragt, läuft sie Gefahr, das Muster, welches die gewaltsame Ausgrenzung auf Basis von Staatsbürgerschaft notwendig hervorbringt, zu stärken und zu legitimieren. Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Kritik und die Aktivierung von NGOs ist eine bewusste Regierungspraxis, beschrieben etwa 2001 im Weißbuch „Europäisches Regieren“ der EU-Kommission. Vor allem NGOs bereiteten durch das Anprangern mangelnden Flüchtlingsschutzes in den Anrainerstaaten der EU den Weg für Asylsysteme in diesen Ländern. Aus der

Perspektive des Flüchtlingsschutzes ist dies durchaus zu begrüßen. Gleichzeitig wird so die Vorverlagerung der EU-Außengrenze beschleunigt.<sup>8</sup> Die Kritik an einer Agentur wie Frontex sollte diese Ambivalenz nicht vergessen.

### Konsequente Ethik und radikale Kontextualisierung

Es ist daher notwendig, eine Kritik an Frontex zu entwickeln, die sich direkt gegen ihre politischen Zwecke und deren strukturelle Ursachen richtet. Eine solche grundlegende Kritik hat zwei Ausgangspunkte. Erstens die normative Einsicht, dass es nicht sein darf, dass jedes Jahr zehntausende Flüchtlinge und ArbeiterInnen an den Grenzen der Industriestaaten umkommen. Es darf nicht sein, dass Frontex-Offiziere Menschen wegen ihrer zufälligen Staatsangehörigkeit gewaltsam am Grenzübergang hindern, dass PolizistInnen sie in Lagern und Abschiebeknästen gefangen halten, dass RichterInnen sie in bürokratischen Verfahren demütigen und sie, unterstützt durch Warschauer Frontex-Bürokraten, gewaltsam abschieben lassen. Diese ethischen Einsichten können sich schon aus der vermeintlich wenig radikalen *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* ergeben: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen“, so beginnt Artikel 1. Doch nimmt man dies als normative Richtschnur ernst, gelangt man zu politischen Positionen, die zu häufig als utopisch oder extremistisch diffamiert werden: die Ablehnung aller Migrationskontrollen, die Ablehnung von Lagern, Abschiebeknästen und Abschiebungen. Die fundamentale Zurückweisung einer Realität, in der Menschen unterschiedliche Rechte zustehen, allein wegen ihres zufälligen Geburtsortes bzw. ihres Passes. Es führt zum Eintreten für ein universelles Recht auf globale Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für alle Menschen – überall. Die auch bereits ziemlich alte Parole *No Border! No Nation! Stop Deportation!* drückt dies aus. Rückwärts gelesen sagt sie, dass die „Kulturpraxis“ gewaltsamer

Abschiebungen – die viele Menschen intuitiv schrecklich finden – nur überwunden werden kann, wenn es keine Grenzen mehr gibt, wenn die Aufteilung der Welt in Nationen und ihre Staaten ein Ende hat.<sup>9</sup> Doch auch hier darf eine grundlegende Kritik an Frontex noch nicht stehen bleiben. Sie muss über konsequente Moral hinausgehen und Kritik betreiben, wie schon Karl Marx oder die „Frankfurter Schule“ sie verstanden: als radikale Kontextualisierung, in der die historischen, politischen und ökonomischen Strukturen und Prozesse untersucht werden, unter denen Staatsapparate wie Frontex überhaupt entstehen konnten.<sup>10</sup> Auf diese Weise muss Kritik die alte *cui bono*-Frage beantworten: Wem nutzt es? Sie muss zeigen, mit welchen politischen und ökonomischen Interessen, mit welchen Macht- und Herrschaftsverhältnissen der massive Ausbau von Frontex verbunden ist. Eine solche, hier nur ange deutete Analyse macht klar, dass die EU-Grenzagentur wichtiger Teil eines „Staatsprojektes“ ist, welches die EU als regionale Hegemonialmacht und globale Großmacht etablieren will. Dazu gehört auch, staatliche Souveränität über die Mobilität von ArbeiterInnen und ihren Familien (mit oder ohne EU-Pass) zu intensivieren. Die freie Mobilität der „Nutzlosen“ soll vermindert und die Bewegungen der „Nützlichen“ flexibel „gemanagt“ werden, um den Prozess der Kapitalverwertung stabil und profitabel zu erhalten. Frontex ist einerseits Ausdruck grundlegender „Vergesellschaftungsformen“ (also national-souveräner Staaten, kapitalistischer Weltökonomie, des Rassismus) und andererseits Teil eines politischen Projektes, mit dem konkrete AkteureInnen im Interesse von ökonomisch und national privilegierten Klassenfraktionen der Industrieländer transkontinentale Bevölkerungspolitik betreiben, um die für sie vorteilhafte Weltordnung zu schützen.

### Frontex als Mauerstein des EU-Staatsprojektes

Die ethisch begründete Ablehnung aller Migrationskontrollen und die Interpretation ihres rasanten Ausbaus als Element eines interessengelei-

teten Herrschaftsprojektes richten sich nicht nur gegen Frontex. Es gibt jedoch deutliche Hinweise, dass Frontex eine besonders perfide Rolle spielt. Die Grenzagentur beteuert, Menschenleben zu retten, indem sie gefährliche Überfahrten auf kleinen Booten im Vorfeld zu verhindern suche. Doch die Frontex-Operationen haben einen anderen Effekt. Indem einfache und kurze Routen durch Frontex Stück für Stück blockiert wurden, bleiben den Leuten heute nur lange und tödlich gefährliche Wege nach Europa. So führen die Frontex-Patrouillen vor Westafrika dazu, dass immer mehr Menschen auf dem Weg zu den Kanaren auf den offenen Atlantik hinaus fahren und sich in noch größere Gefahr begeben. Durch die Frontex-koordinierte Abschottung der Grenzen hat sich in den Anrainerstaaten der EU eine aus mehreren Millionen bestehende rechtlose und prekarierte Bevölkerung gebildet, die entschleunigt und quasi eingefroren jahrelang auf die Chance zu einer Einreise in die EU wartet.<sup>11</sup>

Frontex treibt qua Auftrag, aber auch qua Selbstverständnis eine Politik voran, welche die Existenz dieser Menschen als Menschen negiert. Millionen ArbeiterInnen und Flüchtlinge gelten Frontex als technisches Problem, das einer technischen Lösung bedarf. Wie diese Lösungen aussehen und welche grausamen Effekte sie haben, ist in dieser Broschüre dargestellt. Sie versucht Argumente für eine grundlegende Kritik an Frontex

zu liefern. Eine Kritik, die Frontex als den heutigen Ausdruck der gegenwärtigen kapitalistisch-nationalen Weltordnung begreift und eine entschiedene Parteinahme für die Migration als soziales Projekt und konkreten Gegenentwurf beinhaltet. Erst eine solche Perspektive kann gegen die Verhältnisse vorgehen, die Elend, Massensterben, Flucht und seine militärische Regulation durch Frontex hervorbringen. Durch die Einnahme einer Perspektive der Migration überwindet sie den eigenen „methodologischen Nationalismus“ und es eröffnen sich Freiräume für gleichberechtigte politische Zusammenarbeit jenseits von Staat und Nation. Erst eine derart geschärfte Kritik ermöglicht es, Handlungsperspektiven für eine Politik zu entwickeln, die Migrations- und Bevölkerungskontrolle als grundsätzlich illegitim betrachtet und überwinden will. „Frontex abschaffen!“; diese Forderung muss Teil einer solchen Politik sein.

[aus: Frontex – Widersprüche im erweiterten Grenzraum. Materialien gegen den Krieg, Repression und für andere Verhältnisse, herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation im August 2009]

1 „Hart an der Grenze – Die EU-Flüchtlingspolitik“ (18.6.2009), Gaby Dietzen diskutiert mit Peter Altmaier (Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium), Klaus Rösler (Europäische Grenzschutzagentur Frontex), Günter Burkhardt (Pro Asyl) und Elias

Bierdel (ehem. Cap Anamur Chef).  
Online: <http://www.phoenix.de/251309.htm>.

2 Siehe die Einträge unter: <http://frontex.antira.info>.

3 Pro Asyl: Frontex, Bootsflüchtlinge und die Menschenrechte. 12.5.2009.  
Online: [http://www.proasyl.de/de/themen/eu-politik/detail/news/frontex\\_bootsfluechtlinge\\_und\\_die\\_menschenrechte](http://www.proasyl.de/de/themen/eu-politik/detail/news/frontex_bootsfluechtlinge_und_die_menschenrechte).

4 Vgl. etwa Düvell, Franck: Evidence from Central and Eastern Europe and CIS countries. In: Asylum Protection vs. Border Control: An unattainable Balance?, EPC Workshop Brussels, 3.6.2009. Online: <http://www.compas.ox.ac.uk/fileadmin/>

[files/pdfs/Franck\\_Duvell/Asylum%20Protection%20vs%20Border%20Control\\_Duvell.pdf](files/pdfs/Franck_Duvell/Asylum%20Protection%20vs%20Border%20Control_Duvell.pdf).

5 Pro Asyl (2007): „The truth may be bitter, but it must be told.“ Über die Situation von Flüchtlingen in der Ägäis und die Praktiken der griechischen Küstenwache. Siehe <http://www.proasyl.de>. Vgl. auch: Human Rights Watch, 7.5.2009: Italy/Libya: Forced Return of Migrants Violates Rights.

6 Vgl. auch: „frontex in a nutshell - das Hauptquartier packt aus“ und „Von Grauzonen und Legalisierungen der andere Art. Frontex im Mittelmeer“ in dieser Broschüre.

7 „[T]o ask whether states have the right to behave in this way is like asking whether capitalists have a right to make a profit“. Brown, Chris (1992): Marxism and the transnational migration of people: Ethical issues. In: Barry/ Goodin (Hg.): Free Movement. Ethical issues in the transnational migration of people and of money. (Pennsylvania State University Press), S. 127–144.

8 Vgl. „Von Grauzonen und Legalisierungen anderer Art“ in dieser Broschüre. Weiterführend sind die Beiträge von Joachim Hirsch und Alex Demirovič in: Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Westfälisches Dampfboot, 2001, zu empfehlen.

9 Mittlerweile gibt es Dutzende Bücher und Aufsätze, die – aus unterschiedlichen Perspektiven – für offene Grenzen und Bewegungsfreiheit argumentieren. Vgl.: Hayter, Teresa (2004): Open Borders: The Case Against Immigration Controls (Pluto Press). Moses, Jonathan W. (2006): International Migration: Globalization's Last Frontier (Zed Books). Pécoud, Antoine/ de Guchteneire, Paul (Hg.) (2007): Migration Without Borders. Essays on the Free Movement of People. (UNESCO). Casey, John P. (2009): Open Borders: Absurd Chimera or Inevitable Future Policy? In: International Migration, Journal compilation 2009.

10 Vgl. Georgi, Fabian/ Wagner, Fabian (2009): Macht Wissen Kontrolle. Bedingungen kritischer Migrationsforschung. In: Kulturrisse, 1/09. <http://igkultur.at/igkultur/kulturrisse/1240414253/1242744283>.

11 Panagiotidis, Efthimia / Tsianos, Vassilis (2007): Denaturalizing „Camps“: Überwachen und Entschleunigen in der Schengener Ägäis-Zone, in: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas, Bielefeld: transcript Verlag, 2007.



## „Und das Ziel ist, gegen den Putsch zu kämpfen und danach die verfassungsgebende Versammlung auf den Weg zu bringen“

(as) Das Bündnis von sozialen Bewegungen und der Gruppe um Zelaya hat die Machtverhältnisse in Honduras in Frage gestellt.

Dezember 2009. Nach den umstrittenen Wahlen in Honduras sieht es so aus, als habe die honduranische und internationale Rechte einen wichtigen Sieg errungen: Die Opposition boykottierte die Wahl, es gewann ein Vertreter der ökonomischen Elite, bei geringer Wahlbeteiligung und unter Einsatz militärischer Repression. Die neue Regierung wird voraussichtlich von den USA und anderen Ländern anerkannt werden. Sie wird wieder aus dem linken Staatenbündnis ALBA austreten und die unter Präsident Zelaya begonnenen Reformen zurücknehmen.

Zelaya (im wesentlichen sein ehemaliges Kabinett, bestehend aus Mitgliedern der liberalen Partei), unter Inkaufnahme erheblicher Mühen und Gefahren, an ihrem Kurs festzuhalten, und weiterhin auf der legitimen Präsidentschaft Zelayas zu bestehen.

- Die Tatsache, dass der Putsch (der dritte in Honduras seit 1960) erstmals von sämtlichen Regierungen der Welt verurteilt wird, auch von denen, deren Interessen er eindeutig dienlich ist (USA, Kolumbien, Mexiko, EU).
- Die Tatsache, dass sich die Frakti-

her für Honduras einmalige Allianz eines Präsidenten mit einer breiten Front sozialer Bewegungen. Welche Kräfte Zelaya und die Seinen dazu bewegt haben, im Verlauf seiner Amtszeit seinen Kurs fundamental zu ändern und eben dieses Bündnis zu suchen, darüber ist auf allen Seiten reichlich spekuliert worden. Zelaya führte eine Reihe von Reformen zugunsten marginalisierter Teile der Bevölkerung durch: War der Beitritt zu ALBA noch von einer Parlamentsmehrheit bestätigt worden, kosteten ihn Maßnahmen wie Schulspeisungen, Erhöhung des Mindestlohns, Ansätze zu einer Landreform und Annahme einer Petition der feministischen Bewegung bezüglich der Pille danach (s. Artikel von Laura Carlsen) mehr und mehr die Unterstützung seiner eigenen Partei.

Klar war hingegen allen Beteiligten, dass seine Reformen mit der Wahl vom 29. November 2009 hinfällig werden würden, denn die Wahl eines Vertreters der Oligarchie zum neuen Präsidenten war zu keiner Zeit gefährdet.

Das Anliegen, den eingeschlagenen Weg über seine Amtszeit hinaus zu retten, führte zu dem Prozess, eine Verfassungsänderung einzuleiten. Während es Zelaya und seiner Gruppe wahrscheinlich auch darum ging, dessen Wiederwahl zu ermöglichen, knüpften sich für die sozialen Bewegungen die verschiedensten Hoffnungen an dieses Projekt, was bereits lange vor dem Putsch zur breiten Einigung der verschiedensten Organisationen und Bevölkerungsgruppen führte:

Als Dachorganisation fungiert bis heute die *Coordinadora Nacional de Resistencia Popular* (CNRP), deren wöchentliche Meetings Vorgehensweise und Richtung der Widerstandsbewegung festlegen. Innerhalb der Bewegung waren und sind u. a. beteiligt: Der honduranische Zweig der internationalen Kleinbauernorgani-



Foto: Erika Harzer [www.aha-media.de](http://www.aha-media.de)

Einige Erscheinungen im bisherigen Verlauf des Konfliktes sind außergewöhnlich:

- Die Einsatzbereitschaft der in der *Frente de Resistencia contra el Golpe de Estado* (Widerstandsbewegung gegen den Putsch) zusammengeschlossenen Gruppen, deren Mobilisierung in Breite, Einigkeit und Ausdauer in Honduras bisher beispiellos ist.
- Der Zusammenhalt des strategischen Bündnisses zwischen linken sozialen Bewegungen und dem abgesetzten Präsidenten Zelaya, der, aus einer Viehzüchterfamilie stammend, Angehöriger der Oligarchie des Landes ist.
- Die Beharrlichkeit der Gruppe um

on der Putschist\_innen trotz einhelliger Verurteilung durch sämtliche Regierungen der Welt mit einem waghalsigen politischen Projekt unter Zuhilfenahme skandalöser Menschenrechtsverbrechen durchsetzt.

Gemäß dem Grundsatz des Ökumenischen Büros, Solidaritätsarbeit mit Sozialen Bewegungen zu leisten, konzentriert sich dieser Artikel auf Wesen und Interessen der Widerstandsbewegung gegen den Putsch. Aus dieser Sicht erscheint der Putsch als gewaltsame Notlösung einer Oligarchie, deren Machterhalt nach Jahrzehnten unangefochtener Herrschaft spürbar ins Wanken geraten war.

Möglich wurde dies durch die bis-



Patricia Rodas, Kanzlerin unter Zelaya, und Angehörige der honduranischen Bourgeoisie schließt die nicaraguanische Frauenbewegung in die Arme. Foto: Falk Diederich

sation *Via Campesina*, der Zivile Rat von Basisorganisationen, Indigenen und Schwarzen (COPINH), der *Bloque Popular*, ein aus radikalen Gewerkschafter\_innen und Aktivist\_innen aus Basiskomitees, weitere Gewerkschaften, vor allem der Getränkeindustrie und der Lehrer\_innen, verschiedene Organisationen der Frauenbewegung, eine Vielzahl lokaler Bauernorganisationen, Studierende öffentlicher Universitäten, Homosexuellen-Organisationen, verschiedene Menschenrechtsorganisationen, einige (wenige) katholische Priester.

Entsprechend divers waren die Forderungen, die an eine neue Verfassung gestellt wurden: Dem seit Jahrzehnten in Honduras bestimmenden Zweiparteiensystem sollte ein alle Bevölkerungsteile einschließender neuer Gesellschaftsvertrag entgegengesetzt werden, der in einer verfassungsgebenden Versammlung ausgehandelt werden sollte. Die beteiligten Organisationen führten unter anderem als zu behandelnde Themen an: Landreform, Privatisierung öffentlicher Dienste, Abbau natürlicher Rohstoffe, Frauenrechte, Arbeitsbedingungen, Rassismus, Umweltschutz, US-Militärbasen auf honduranischem Territorium.

Daher unterstützte ein breites Bündnis sozialer Organisationen den Prozess einer Verfassungsänderung,

der mit einer landesweiten Umfrage am 28. Juni 2009, dem Tag des Putsches, beginnen sollte. Für die Vertreter\_innen der sozialen Bewegungen war es eine für Honduras völlig neue Erfahrung, von einem Präsidenten ernst genommen zu werden. Dieser wiederum konnte nur noch auf sehr wenig Rückhalt in seiner Partei zählen und war existenziell auf die Bewegungen angewiesen.

Umstritten bleibt, ob Zelayas Interesse hauptsächlich in der Ermöglichung seiner Wiederwahl lag, wie die honduranische Rechte behauptet. Er selbst äußerte sich dazu wenige Tage vor dem Putsch folgendermaßen: „Ich habe heute keinerlei Interesse an der Möglichkeit einer Wiederwahl. Ich glaube, es ist ein Diskussionsthema für die Zukunft, nicht für meine Regierungszeit.“<sup>1</sup>

Parallel zum Verfassungsprozess verfolgte die Bewegung ein weiteres Projekt: Mit dem erklärten Ziel, die Zweiparteienherrschaft der Oligarchie zu brechen, bündelte sie ihre Kräfte in einer gemeinsamen unabhängigen Präsidentschaftskandidatur für die Wahlen Ende November. Kandidat wurde der Gewerkschaftsführer und Vertreter des *Bloque Popular*, Carlos Reyes.

Beide Projekte stellten für die Oligarchie ernst zu nehmende Gefahren dar, war sie es doch gewohnt, auf-

grund der nahezu 100%igen Kontrolle aller staatlichen Institutionen wie Kongress, Oberster Gerichtshof, Oberstes Wahltribunal, der Industrie, der landwirtschaftlichen Flächen und fast aller Medien, das Land praktisch als ihr Eigentum zu behandeln<sup>2</sup>.

Dementsprechend wurde der Putsch von den Bewegungen nicht nur als Angriff auf den Präsidenten bzw. auf die Demokratie, sondern auch auf ihre eigenen Interessen verstanden und bedeutete zunächst einen enormen Dynamisierungsschub politischer Mobilisierung. Der führte in wenigen Tagen zur Gründung der Nationalen Widerstandsfront gegen den Putsch (*Frente Nacional contra el Golpe de Estado*), der alle oben genannten Organisationen und Bewegungen angehören. Die „Frente“ hat seit dem Putsch unzählige Demonstrationen und Aktivitäten unter zum Teil höchst gefährlichen Bedingungen durchgeführt und hat laut der Menschenrechtsorganisation COFADEH mindestens 17 Tote und Hunderte an Verletzten und Inhaftierten zu beklagen.

Ein anschauliches Beispiel für die Einsatzbereitschaft der Organisationen im Widerstand gegen den Putsch ist die Besetzung der staatlichen Landbehörde INA. Angehörige verschiedener Bauernorganisationen begannen mit dieser Aktion direkt am Tag des Putsches, um hunderte anhängige Landvergabe-Verfahren zu schützen, die die Behörde infolge eines Kongressbeschlusses vom April 2008 durchführte. Nachdem die Besetzer\_innen am 30. September gewaltsam geräumt und inhaftiert wurden, traten sie in den Hungerstreik. Die betreffenden Akten verschwanden.

Während der Zeit des Putsches verfolgte die Bewegung zwei zentrale Ziele:

1. Die Wiedereinsetzung des Präsidenten Zelaya. An diese Bedingung knüpfte sie ihre Beteiligung an den Wahlen im November mit der unabhängigen Kandidatur von Carlos Reyes.
2. Die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung („*constituyente*“; d. Red.), in der in einem „nationalen Dialog“ ein neuer Gesellschaftsvertrag jenseits des „*bipartidismo*“ (System

eines Zweiparteienstaats; d. Red.) ausgehandelt werden sollte.

Im Verlauf der Auseinandersetzung wurde deutlich, dass der Bewegung der zweite Punkt wichtiger war als der erste. Als im September Delegationen der Putschist\_innen und der Fraktion um Zelaya über das sog. San José-Abkommen verhandelten (was sich später als Farce erwies), trat der Vertreter der Widerstandsfront, Juan Barahona, von den Verhandlungen zurück, als sich herausstellte, dass Zelaya auf den Verfassungsprozess verzichten wollte. Barahona betonte dabei, dass dies nicht als Bruch zwischen der Bewegung und Zelaya zu verstehen sei.

Als Carlos Reyes Anfang November mit dem Verweis auf die Illegalität der geplanten Wahlen seine Präsidentschaftskandidatur zurückzog, rief er dazu auf, weiter um die „constituyente“ zu kämpfen.

Diese Forderung wurde übrigens bereits im Mai 2009 vom Präsidentschaftskandidaten der konservativen Nationalen Partei, Pepe Lobo, aufgegriffen, der damit wohl der Bewegung und Zelaya den Wind aus den Segeln nehmen wollte.

Diese zentrale Forderung wird auch über die Wahlen hinaus der Fokus der sozialen Bewegungen bleiben. Margarita Murillo von der Führung der Widerstandsfront gegen den Putsch: „Früher kämpften wir alle getrennt, die Bauern, Lehrer, Gesundheitsangestellte, aber die Putschisten haben uns gezwungen, uns alle für ein großes Ziel zu vereinigen. Und dieses Ziel ist, gegen den Putsch zu kämpfen und danach die verfassunggebende Versammlung auf den Weg zu bringen.“<sup>3</sup>

<sup>1</sup>Manuel Zelaya, zitiert nach der Website des peruanischen Medienunternehmens rpp: [http://www.rpp.com.pe/2009-07-19-manuel-zelaya-instara-asamblea-constituyente-al-retomar-el-poder-en-honduras-noticia\\_195603.html](http://www.rpp.com.pe/2009-07-19-manuel-zelaya-instara-asamblea-constituyente-al-retomar-el-poder-en-honduras-noticia_195603.html)

<sup>2</sup>Ricardo Arturo Salgado, honduranischer Soziologe in *kaosenlared.net*: <http://www.kaosenlared.net/noticia/honduras-verdadera-intencion-oligarquia-todo-contra-participacion-pueb>

<sup>3</sup>Interview mit Murillo auf der nicaraguanischen Website *Tortilla con Sal*: <http://www.tortillaconsal.com/margarita21-9-09.html>

# Putsch als Katalysator für die honduranische Frauenbewegung

**Am Morgen des 28. Juni 2009 machten sich Frauenorganisationen überall in Honduras daran, für ein Ja zu einer landesweiten Umfrage über die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung zu werben. Da begannen die Telefonleitungen zu summen.**

Seit Jahren organisieren sich Feministinnen in diesem armen zentral-amerikanischen Land für die Verteidigung von Frauenrechten, für Gleichheit und gegen Gewalt. Als der demokratisch gewählte Präsident Manuel Zelaya von der Armee gewaltsam ins Exil gebracht wurde, organisierten sich Frauen spontan im ganzen Land, um sich selbst und ihre Familien zu schützen und forderten eine Rückkehr zur Demokratie. Die neue Dachorganisation nannten sie *Feministinnen im Widerstand*.

Am 18. August trafen sich *Feministinnen im Widerstand* mit einer internationalen Frauendelegation zur Menschenrechtswoche der Frauen, die sie organisiert hatten, um Menschenrechtsverletzungen und die Anforderungen an die Organisation zu überprüfen und zu analysieren. In einer langen Sitzung, einer Mischung aus Gruppentherapie und politischer Analyse – eine Mischung, die sich an diesem kritischen Punkt in der honduranischen Geschichte und der Geschichte ihrer Bewegung von selbst ergab –, erzählte eine nach der anderen ihre Geschichte.

Miriam Suazo erzählt von den Ereignissen am Tag des Putsches: „Am 28. [Juni] begannen die Frauen einander anzurufen und zu fragen, ‘was passiert da?’“ Zunächst verstand niemand wirklich die volle Tragweite des Putsches, sagt sie, aber die Mobilisierung durch die Netzwerke lief schnell an und die Frauen begannen, Informationen auszutauschen und Aktionen zu planen. Unabhängige und organisierte Feministinnen identifizierten sich sofort miteinander und mit dem wachsenden Widerstand gegen den Staatsstreich. Sie begannen mit der Bergung derjenigen, die zusammengeschlagen worden waren, und mit der Suche nach von den Sicherheitskräften verhafteten Personen.

Für einige war der Schock zu realisieren, dass es einen Putsch gegeben hatte, nichts Neues. „Das ist mein dritter Putsch“, erzählt Marielena. „Ich war noch ein Mädchen, als der Staatsstreich von 1963 stattfand. Dann erlebte ich den Putsch von 1972. Wir wohnten gegenüber einer Schule und ich sah, wie meine Mutter den Gewehrläufen ins Auge sah. Wir dachten, sie würden sie umbringen ... Später an der Universität in den 1980ern erlebte ich die Unterdrückung zusammen mit vielen der anwesenden Frauen ... Das hier hat also meine Lebensgeschichte wieder lebendig werden lassen.“

In Honduras gibt es ein Sprichwort über den dreckigen Krieg in Zentral-

## Die sozialen Bewegungen in Honduras brauchen internationale Unterstützung.

Spendenkonto der Widerstandsfront gegen den Putsch für Europa:  
François Houtart - FMA (Forum mondial des Alternatives)  
Avenue Ste Gertrude 5 B- 1348 Louvain la Neuve  
Kto.Nr.: 063-4193287-12, Stichwort: Honduras  
Banque DEXIA-Bruxelles - boulevard Pacheco, 1000 Bruxelles



amerika, dass „die Vereinigten Staaten, während sie mit ihren Augen in Nicaragua und ihrer Hand in El Salvador waren, ihren Stiefel in Honduras hatten“. Bei den älteren Frauen, die sich an den Terror in der Zeit erinnern, als über 200 Menschen verschwunden und Hunderte gefoltert und ermordet wurden, ruft der gegenwärtige Putsch tiefe Ängste wach. Gilda Rivera, Direktorin des Zentrums für Frauenrechte in Tegucigalpa, sagt: „Ich hatte ein völlig durcheinander gebrachtes Leben. Ich kannte die Opfer von Billy Joya [ehemaliges Mitglied des Geheimdienstbataillons und Todesschwadron 3-16, heute Sicherheitsberater von Michelletti; A. d. Ü.] in den 1980ern ... Jetzt bin ich zweimal an der [Landes]Grenze gewesen, ich habe unter einer Ausgangssperre gelebt. Ich wache auf, alleine, voller Angst.“

Die älteren Frauen sind sich einig, dass sie selbst und ihre Bewegung seit den 1980ern gewachsen sind.

Marielena bemerkt: „Heute ist nicht mit den 1980ern zu vergleichen, da es eine Volksbewegung gibt, was sich die Anführer des Putsches nie vorgestellt hatten ... Zelaya symbolisiert die Unzufriedenheit, die sich in der Bevölkerung über die Jahre hinweg angesammelt hat.“ Sie erzählt vom Kampf am 5. August um die Universität, wo sie arbeitet, und von der überraschenden Teilnahme der Studenten. Ihre Geschichte wird in Variationen von vielen der anwesenden Frauen wiedergespiegelt.

Obwohl diese Frauen mit Alpträumen und lange begrabenen Traumata kämpfen, sehen sie dieses Mal auch eine neue Hoffnung für den Widerstand und ihren eigenen Kampf für Frauenrechte. Unterdrückung und Angst haben ihre Entschlossenheit gestärkt. „Klar habe ich Angst davor zu sterben, aber ich verliere die Hoffnung nicht“, sagt Gilda. „Ich sehe Hoffnung in den Gesichtern der Menschen auf den Protestmärschen. Und die Solidarität von Frauen, von euch allen, lässt mich weitermachen.“

Für Jessica haben die Ereignisse des Jahres den Contrakrieg der 1980er Jahre wieder ins Gedächtnis gerufen. „Ich hätte nie im Leben gedacht, dass meine Töchter in so einer Situation sein würden“, sagt sie. Als Mutter, die die Zeit erlebt hat, bevor Honduras seinen unvollständigen Übergang zur Demokratie begann, und die Zeit, als Demokratie nur ein Wort war, das die viel harschere Realität im Land verdeckte, ist sie besorgt. „Ich habe meiner Tochter verboten, an dem Marsch teilzunehmen. Sie sagte, ‘Mama, was ist mit meiner Autonomie?’“

„Am Ende ging mein kleines Mädchen – sie ist 18, aber sie ist immer noch mein kleines Mädchen – mit mir auf die Demonstration. Für mich war es sehr erfreulich, dass wir zusammen gingen.“ Diese Frauen wissen bis ins Kleinste, was Widerstand kostet. Sie wissen auch, dass die Kosten viel höher sind, wenn man keinen Widerstand leistet.

Für die neue Generation von Feministinnen war die Konfrontation am 15. Juli vor dem Nationalen Fraueninstitut der Katalysator. An dem Tag, als die von den Putschisten ernannte Direktorin des Instituts eingesetzt wurde, versammelten sich *Feministinnen im Widerstand* zum Protest gegen die Übernahme „ihrer“ Institution. Lesly sagt: „Die Polizei benützte ihre Knüppel, die packten mich am Hals. Ich war so voller Zorn – ich ertrank darin.“ Für viele Frauen in der Organisation war dieser Tag ein Wendepunkt in ihrem Leben. Adelai erklärt: „(Das Institut) war mein Ort, etwas, was mir gehörte, und dort haben sie uns angegriffen. Das war ein direkter Angriff auf unser Dasein als Frau ... Was dort geschah, traf mich wirklich persönlich.“

Trotz der vielen schmerzlichen Erfahrungen sind sich die Frauen bei dem Treffen von *Feministinnen im Widerstand* einig, dass ihr Engagement durch die strapaziöse Dynamik der ständigen Mobilisierungen und Repression stärker wurde. Ihre Bewegung hat sich auch der allgemeinen Bewegung angenähert und engere Beziehungen geknüpft. Als bekannt wurde, dass die Feministinnen vor dem Fraueninstitut angegriffen werden, marschierten Teilnehmer der großen Demonstration der *Nationalen Front gegen den Putsch* sofort zum Institut, um die Frauen zu verteidigen und ihre Solidarität zu zeigen.

Obwohl die Spitze der *Front* weiterhin hauptsächlich männlich besetzt ist, erkannten Männer in der Bewegung öffentlich die Beiträge der feministischen Organisationen und der Frauen im Widerstand an. Frauenorganisationen haben eine entscheidende Rolle im Widerstand gegen den Staatsstreich gespielt, angefangen mit der Bergung der Verwundeten über tagtägliche Demonstrationen bis hin zur Entwicklung von Analysen und Strategiepapieren.

Während eines Treffens [...] zwischen der Spitze der *Front* und *Feministinnen im Widerstand* räumte Salvador Zuniga aus der Führungsspitze des Zivilen Rats der Basis- und indigenen Organisationen Honduras' (COPINH) und der *Front* ein, dass Frauen mit die Aktivsten und Mutigsten in der Widerstandsbewegung

sind. Er machte auch deutlich, dass die feministische Bewegung im Mittelpunkt der rechtsgerichteten Reaktion steht, die zum Putsch führte. „Einer der Gründe, die den Staatsstreich provozierten, war, dass der Präsident eine Petition der feministischen Bewegung bezüglich der *Pille danach* annahm. Opus Dei mobilisierte dagegen, die fundamentalistischen evangelikalen Kirchen mobilisierten dagegen, zusammen mit allen reaktionären Gruppierungen“, erklärte er.

Die völlig neue Rolle der Frauen im Kampf des Landes um Demokratie macht sie zu einer Zielscheibe der Repression. Zuniga schloss mit klaren Worten: „Ich kann sagen, dass die feministischen *Compañeras* in größerer Gefahr sind als die Mitglieder irgendeiner anderen Organisation. Das muss öffentlich gemacht werden.“

Neben der Tatsache, dass Frauen zusammen mit dem Rest der Bewegung den Knüppeln und Pistolen ausgesetzt sind, leiden sie unter spezifischen Formen der Repression und Gewalt. Ihr Körper ist Teil des Schlachtfeldes geworden. Menschenrechtsgruppen einschließlich der internationalen Delegation zur Menschenrechtswoche der Frauen dokumentierten Vergewaltigungen, Prügel, sexuelle Belästigung und diskriminierende Beleidigungen. Bei den immer häufigeren Konfrontationen zwischen Frauen und den Sicherheitskräften des Putsches rufen Armee- und Polizeieinheiten routinemäßig „Huren!“ und „Such dir doch einen Ehemann!“.

Aber es ist genau dieser Schritt heraus aus dem Privaten, der diese gefährlichen Zeiten so aufregend macht und den Frauen der Organisation Schwung verleiht. Viele erzählen, dass sie angetrieben werden von der Kraft, die ihnen das Wissen verleiht, dass sie dieses Mal ihre Geschichte selbst bestimmen. Sie befinden sich auf einer gefühlsmäßigen Berg- und Talfahrt, zwischen Euphorie und Verzweiflung. Aber immer ist da die Genugtuung darüber, dass sie mit anderen Frauen in einem politischen Projekt verbunden sind, Frauen, die den vollen Umfang ihrer Forderungen verstehen und ihre widersprüchlichen inneren Gefühle teilen.

[...] Während der rechte Flügel seine Macht und seine eigene abwegi-

ge Art von Institutionalismus konsolidiert, haben die Frauen das Gefühl, als blickten sie in ein Kanonenrohr, was ihre Rechte und Sicherheit betrifft. Es gibt Gerüchte, dass die Putschisten das Fraueninstitut auflösen wollen. Der Kongress ist dabei, die Militärpflicht einzuführen, was bedeutet, dass überall im Land die Mütter gezwungen sein werden, ihre Kinder vor Zwangseinziehung zu schützen. Redefreiheit, Bewegungsfreiheit, Versammlungsfreiheit der *Feministinnen im Widerstand* sowie aller anderen Regimegegner\_innen wurden unter dem Putsch eingeschränkt, nur dass für die Frauen die physische Erzwingung der reduzierten Freiheiten von sexueller Gewalt und sexuellen Drohungen begleitet ist.

Bei dem Treffen der honduranischen und internationalen Feministinnen stehen große Fragen an. Wie kämpft man für die notwendige Rückkehr zu einer institutionellen Ordnung, zu einer Zeit, wenn die Anfälligkeit und das Ungenügen eben dieser Institutionen bloßgelegt wurden? Wie vermeidet man, dass die Forderungen der Frauen in einer politischen Krisenzeit zurückgestellt werden? Wie durchbricht man einen Blackout in den Medien, der noch viel undurchdringlicher ist, wenn man gegen den Putsch und eine Frau ist? Und wie hält man ganz einfach nur Arbeit und Familie zusammen, wenn man täglich Stunden auf der Straße und in Besprechungen verbringt?

Bertha Cáceres, eine der Frauen an der Spitze von COPINH, ist in der Führung der *Front* und Mutter von vier Kindern. Sie hat ihre spezifischen Forderungen als Frau in ihre politische Arbeit integriert und glaubt, dass die organisierten Frauen im Widerstand gegen den Coup im Mittelpunkt und in vorderster Reihe stehen müssen.

„Zuerst einmal, weil (unser Kampf als Frauen) heißt, einer Diktatur zu begegnen, die auf verschiedenen Formen der Vorherrschaft basiert. Wir sagen, dass es nicht nur ein destruktiver Kapitalismus ist, nicht nur der Rassismus, der auch von dieser Diktatur verstärkt wurde, sondern auch das Patriarchat. Wir sind der Meinung, dass unser Widerstand als Frauen heißt, einen Schritt weiter zu gehen, hin zu einer eher strategischen Vision,

einer längerfristigeren Vision im Kampf um unser Land.“

Sie nennt eine nationale verfassungsgebende Versammlung als ein fundamentales Ziel für Frauen. „Zum ersten Mal könnten wir einen Präzedenzfall schaffen für die Emanzipation von Frauen, könnten wir beginnen, diese Formen von Vorherrschaft zu zerbrechen. In der derzeitigen Verfassung werden die Frauen nie erwähnt, nicht ein einziges Mal. Um also unsere Menschenrechte, unsere Reproduktions-, sexuellen, politischen, sozialen und ökonomischen Rechte als Frauen zu verankern, müssen wir diesem System der Vorherrschaft wirklich entgegentreten.“

Die Frauen von *Feministinnen im Widerstand* haben keine Illusionen über die Schwierigkeit dieser Aufgabe. Zusätzlich zu den oben erwähnten Herausforderungen befindet sich die Bewegung nicht nur im Übergang zu einer landesweit organisierten lokalen Organisation und der Entwicklung langfristiger Strategien, sondern ist auch mit wachsender Repression und steigenden Menschenrechtsverletzungen konfrontiert. [...]

Aber inmitten dieses sich rapide ändernden nationalen Szenarios haben die honduranischen Frauen eine Bewegung aufgebaut, die internationale Unterstützung von Frauen rund um die Welt und den Respekt der allgemeinen Widerstandsbewegung gewonnen hat, trotz geringer Aufmerksamkeit durch die Medien und trotz der Barrieren einer männlich dominierten Gesellschaft. Ihre Organisation wird weiterhin eine zentrale Rolle bei den nächsten Ereignissen in Honduras spielen – wird ein ausschlaggebender Faktor sein für den Kurs der Demokratie in dieser Hemisphäre.

Von **Laura Carlsen**, „Coup Catalyzes Honduran Women’s Movement“, Americas Program Special Report (Washington, DC: Center for International Policy, August 20, 2009). Laura Carlsen ist Direktorin des Americas Program ([www.americaspolicy.org](http://www.americaspolicy.org)). Sie nahm im August 2009 an der internationalen Delegation zur Menschenrechtswoche der Frauen in Tegucigalpa, Honduras teil.

Übersetzung: Eva-Maria Bach  
Redaktion: info-blatt

# Die Hoffnung im Keim erstickt?

## Die Regierungspolitik von Mauricio Funes (FMLN) in El Salvador lässt keine grundlegenden Veränderungen erwarten

[gf] „Nace la esperanza“ - Hoffnung entsteht. Mit diesem Wahlslogan war die FMLN (Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí) für die Präsidentschaftswahlen im März diesen Jahres in den Wahlkampf gezogen. Mit Erfolg. Am 15. März 2009 wurde mit Mauricio Funes zum ersten Mal nach dem Ende des Bürgerkriegs in El Salvador 1992 ein Kandidat der FMLN – der Partei, die aus der früheren Guerilla-Bewegung hervorging – zum Präsidenten gewählt. Raúl Moreno, Dozent an der Nationalen Universität in El Salvador und Mitglied des globalisierungskritischen Netzwerkes Alianza Social Continental beschreibt den Tag des Wahlsieges so: „Am 15. März war San Salvador rot.“ Die Menschen lagen sich in den Armen, weinten und lachten. Der Wahlsieg wurde als Triumph des Volkes gewertet. An die neue Regierung waren hohe Erwartungen an wirkliche Veränderung in El Salvador gerichtet. Doch wie realistisch ist es, dass die neue Regierung Funes diese Erwartungen erfüllen kann? Oder will? Welche Möglichkeiten hat sie? Welchen Spielraum kann sie nutzen? Welcher politische Wille zur radikalen Veränderung ist überhaupt vorhanden? Um dies zu diskutieren hatte das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.v. Raúl Moreno und Reina Portillo zu einer Rundreise nach Deutschland eingeladen. Eine Abendveranstaltung fand auch in München statt.

Reina Portillo arbeitet im Leitungsgremium der Organisation Pro-Búsqueda, die nach den Kindern sucht, die während des Bürgerkriegs von 1980 bis 1992 von Regierungstreitkräften entführt wurden und von denen ihre Familien seitdem kein Lebenszeichen mehr erhalten haben (ein ausführliches Interview mit Reina Portillo zu ihrer Arbeit siehe nächsten Artikel). Reina Portillo hat selbst auf diese Weise zwei Nichten verloren, die während des 1981 von dem Batail-



Foto: Ökumenisches Büro

lon Atlacatl ausgeführten Massakers von El Mozote entführt wurden. Es ist unklar, ob sie noch am Leben sind und wenn ja, wo und unter welchen Bedingungen. Die Organisation Pro-Búsqueda wurde 1992 von dem Jesuitenpater Jon Cortina gegründet, nachdem in dem damals vorgelegten Bericht der UN-Wahrheitskommission, die zur Aufklärung von Verstößen gegen das Völkerrecht eingesetzt wurde, nichts von den entführten Kindern zu lesen war. Bis heute setzen die Mitarbeiter\_innen der Organisation ihre Suche fort. 341 Kinder wurden im Laufe der vergangenen 17 Jahre gefunden, 895 wurden dokumentiert. Trotzdem sind noch zahlreiche Fälle offen. Mit ihrer Arbeit versucht Pro-Búsqueda zu verhindern, dass sich der Mantel des Vergessens über die Leere legt, die in den Familien entstanden ist. Dies ist nicht immer ungefährlich, denn verantwortlich für die Entführungen sind Militärs, die heute zum Teil noch im Amt sind und die durch das Amnestiegesetz, das 1993 durch die damalige rechtskonservative ARENA-Regierung als Reaktion auf den Bericht der UN-Wahrheitskommission erlassen wurde, zunächst keine Konsequenzen befürchten mussten.

Rein rechtlich wird sich daran auch unter der neuen FMLN-Regie-

rung nichts ändern. Mauricio Funes wird die Aufhebung des Amnestiegesetzes nicht anregen. Wie Raúl Moreno berichtet, habe der Menschenrechtsanwalt David Morales bei seiner Reise nach Washington zur Interamerikanischen Menschenrechtskommission zwar im Namen der neuen Regierung angekündigt, in der Hauptstadt San Salvador einen Platz nach dem von Todesschwadronen ermordeten Erzbischof Oscar Romero zu benennen, das Amnestiegesetz werde aber nicht angetastet. Funes wolle, so sagte er selbst, die Wunden der Vergangenheit nicht aufreißen. Dies ist ein Zeichen unter vielen, die die Hoffnung auf grundlegende Veränderungen in El Salvador trübt. Sicher – das machte Raúl Moreno auch in seinen Ausführungen deutlich – seit der Regierungsübernahme ist erst gut ein halbes Jahr vergangen. Trotzdem gibt es Hinweise, die nicht sehr ermutigend sind.

Mauricio Funes hat zwar unmittelbar nach seinem Amtsantritt Maßnahmen eingeleitet, um die Lebensbedingungen der Ärmsten im Land etwas zu verbessern – dazu gehören beispielsweise kostenlose Schuluniformen und Lernutensilien für die Kinder oder Medikamente für öffentliche Krankenhäuser. Doch auch wenn Raúl

Moreno diese Notfallpolitiken zu Beginn der Amtszeit grundsätzlich richtig findet und auch wenn er anerkennt, dass die Regierung ihre Politik transparenter gestaltet als die Vorgängerregierung, hegt er doch schwere Bedenken gegen die Wirtschaftspolitik, die die Regierung Funes betreiben wird. Funes hat das Amt in wirtschaftlich schwierigen Zeiten übernommen. Die weltweite Finanzkrise trifft auch El Salvador hart, da die salvadorianische Währung dollarisiert ist. Das heißt, der momentan schwache Dollar wirkt sich unmittelbar auf El Salvador aus, das die Möglichkeit einer eige-



nen Währungspolitik aus der Hand gegeben hat. Und auch hier hat die FMLN-Regierung keine Veränderung angekündigt. Sie wird an der Dollarisierung festhalten. Gleiches gilt für die Freihandelsverträge und die Assoziierungsabkommen, die momentan verhandelt werden. Die Verhandlungskommission setzt sich noch immer aus den selben Personen zusammen. An der grundsätzlichen Ausrichtung der Außenwirtschaftspolitik auf Freihandel wird sich nichts ändern. Auch bezüglich der Landreform, die zwar in den Friedensverträgen von 1992 vorgesehen war, aber die nie wirklich umgesetzt wurde, wird es so, wie sich die Situation im Moment darstellt, keine grundlegende Veränderung der Regierungspolitik geben. Zwar wurden, so räumt Moreno ein, einige Landtitel ausgestellt, die bislang nicht ausgestellt worden waren. Eine Landreform, die wirklich zu einer gerechteren Verteilung der Ländereien führen würde und somit vielen Bewohner\_innen El Salvadors das Überleben erleichtern könnte, ist aber nicht zu erwarten. Die Privatisierung vor allem der Rentenfonds wird beibehalten, die Beherrschung von zentralen Märkten wie Erdöl oder Saatgut durch ein oder zwei Großunternehmen wird weitergeführt, obwohl die

Verfassung El Salvadors Monopole verbietet.

Raúl Moreno sieht eine wesentliche Ursache für die geringe Bereitschaft der FMLN-Regierung, grundlegende Dinge zu verändern, in der Macht der Bourgeoisie in El Salvador. Aus seiner Sicht ist die Regierung zunächst nur Exekutivorgan. Die ökonomische Macht, die Medienmacht und das Militär liege in El Salvador noch immer in der Hand der Bourgeoisie, so dass sich nur dann etwas ändern könne, wenn sich die Regierung Funes tatsächlich gegen diese Macht der Bourgeoisie wendet. Damit könnte sie allerdings riskieren – das zeigt das Beispiel Honduras –, dass sich das Militär an die Macht putscht und so die Interessen der Bourgeoisie verteidigt. Vor diesem Hintergrund sieht Raúl Moreno ein wichtiges Indiz dafür, dass die Regierung Funes sich nicht gegen die Interessen der Bourgeoisie richten wird, in der Tatsache, dass als Antwort auf die steigende Kriminalität 3.500 Soldaten für die öffentliche Sicherheit eingesetzt werden. Diese Soldaten haben die gleichen Rechte wie die Polizei. Sie können also beispielsweise auch Hausdurchsuchungen durchführen. Welche Regierung würde, so fragt sich Moreno, die Befugnisse des Militärs erweitern, wenn sie sich gegen die Interessen der Bourgeoisie wenden will und damit Gefahr läuft, das Militär gegen sich zu haben? Für Moreno ist die Militarisierung der öffentlichen Sicherheit ein deutliches Zeichen dafür, dass sich unter der Regierung Funes nichts Grundlegendes ändern wird. „Wir sollten nicht denken, dass sich etwas ändert, wenn immer das gleiche getan wird“, schließt er seinen Vortrag und bezieht sich auf Oscar Romero, der sagte „Hay que cambiar de raíz todo el sistema“, man muss das System von den Wurzeln her verändern. Auch Funes bezog sich in seinem Wahlkampf auf Oscar Romero, setzt das aber nach den Ausführungen von Raúl Moreno noch nicht in praktische Politik um. Für ihn wäre es dringend notwendig, dass sich die Politik der Regierung Funes nach links wendet, um der Hoffnung der Bevölkerung auf grundlegende Veränderungen wieder Nahrung zu geben.

## Interview mit

Reina Dionila Portillo lebt in San Miguel und arbeitet für die Menschenrechtsorganisation Asociación Pro-Búsqueda.

*Wie ist es dazu gekommen, dass du bei Pro-Búsqueda mitarbeitest?*

Das hat damit begonnen, dass ich mich wegen meiner beiden Nichten an die Organisation wendete. Die Mädchen waren 1981 bei dem Massaker des Bataillons Atlacatl in El Mozote verschleppt worden. Bei dem Massaker wurden zehn Angehörige meiner Familie ermordet, nur die sechs Kinder – darunter meine zwei Nichten – wurden von den Militärs am Leben gelassen und entführt. Es gibt viele Zeugen, die sagen, sie hätten sie danach noch gesehen und mit ihnen gesprochen. Es gibt eine sehr wichtige Zeugin – die Patentante der beiden –, der die Mädchen für zwei Stunden von den Soldaten überlassen wurden. Sie wusch sie und kleidete sie um. In der Zeit konnten sie ihr berichten, was am Ort des Massakers geschehen war. Sie waren damals schon groß, 13 und 8 Jahre alt. Aber zwei Stunden später standen die Militärs wieder vor der Tür und sagten, es sei eine Anordnung ihres Generals, die Kinder mitzunehmen. Seitdem haben wir nichts mehr von ihnen gehört.

Mit diesen Informationen begannen meine Schwester – die Mutter der beiden – und ich, die beiden zu suchen. Zuerst suchten wir in Chalatenango, denn man hatte uns gesagt, dass die Soldaten von dort seien. Wir haben alles versucht, wir waren in Waisenhäusern, beim Roten Kreuz und sogar dort, wo uns angebliche Hellseherinnen hinschickten. Dann, im Jahr 1994 – 13 Jahre nach dem Verschwinden – habe ich mit meinem Mann zufällig im Radio gehört, dass es die Organisation Pro-Búsqueda gibt. Das sei eine Organisation, die Kinder suche, die im bewaffneten Konflikt verschwunden sind. Wir haben dort angerufen und ich erinnere mich genau, dass der Mann am Telefon antwortete, er würde in drei Tagen zu uns kommen. Mein Gott, erst in drei Tagen! Er kam dann aber

# Reina Dionila Portillo von Pro-Búsqueda



Reina Portillo  
Foto: Ökumenisches Büro

schon nach zwei Tagen. Ich erzählte den Fall, machte eine Anzeige und so kam es, dass ich anfang, bei der Organisation mitzuarbeiten. Seit 1999 bin ich im Leitungsgremium der Organisation. Das bedeutete, wesentlich mehr Arbeit und Verantwortung zu bekommen. Wir haben viele Erfolge und Misserfolge gehabt, aber im Ganzen ging es vorwärts. Als im Jahr 2005 der Gründer der Organisation, der Jesuitenpater Jon Cortina starb, fühlten wir uns völlig zerstört. Was sollte nur aus uns werden? Denn Padre Jon Cortina war das Herz der Organisation gewesen und sein Tod ließ uns als Waisen zurück. Wie sollten wir nach Europa fahren und die für die Suche nach den Kindern so wichtigen Gelder auf-treiben? Die meisten von uns dachten, das sei das Ende der Organisation. Aber in der Leitung haben wir eine sehr energische, tolle Frau: Ester Alvarenga. Sie hat uns Mut gemacht, dass es weiter gehen wird. Ich bin überzeugt davon, dass es ohne sie die Organisation heute nicht mehr gäbe.

*Wie sieht die Strategie aus, die ihr*

*bei eurer politischen Arbeit ver-folgt?*

Im Jahr 2003, als Padre Jon Cortina noch bei uns war, haben wir den salvadorianischen Staat vor dem Inter-amerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte verklagt<sup>1</sup> und haben als erste Organisation eine Verurteilung erreicht. In seinem Urteil hat der Gerichtshof dem salvadorianischen Staat viele Auflagen gemacht. Der Staat hat aber nicht alle seine Verpflichtungen erfüllt. Erfüllt hat er nur einige wenige, die ihm leicht gefallen sind, wie z. B. Geldforderungen. Aber die wichtigsten sind unerfüllt geblieben.

*Wie viele Fälle habt ihr dokumen-tiert?*

895. Davon sind 341 gelöst. Dazu gehören Tote und 100 Fälle, wo wir die Gesuchten nur lokalisieren konnten, es aber kein Treffen der Familienangehörigen gab.

*Sind die Toten gefunden worden?*

Die Toten, die wir gefunden haben, sind noch nicht exhumiert. Dies ist ein Projekt, das wir uns für 2010 vor-

genommen haben. Mit den DNA-Banken haben wir jetzt ein Werkzeug, von dem wir uns viel erhoffen.

*Wie werden solche Fälle gelöst?*

*Kannst du uns ein Beispiel geben?*

Wir gehen aufs Land und haben keine Ahnung, wem wir begegnen werden. Sogar Pistolen und Macheten hat man schon gegen uns erhoben und natürlich die Türen zugeschlagen. Die Kinder – heute sind sie natürlich schon junge Erwachsene – befinden sich ja zum Teil in den Händen von Militärs. Da ist zum Beispiel der Fall von einem Jungen, Alberto Guevara heißt er. Er war in den Händen eines Soldaten. Alberto ist aus Morazán. Der Soldat ist aus Chalatenango. Der Junge erzählt heute, der Soldat hätte ihn auf den Schultern mitgenommen. Seinen Patenonkel, mit dem er zusammen war, hatten die Soldaten zuvor getötet. Alberto wuchs dann bei diesem Soldaten auf, von dem er aber nicht gut behandelt wurde.

Wenn junge Leute ihre Familie suchen, dann vergleichen wir diese Suchanfragen mit Fällen, wo Familien ihre Kinder suchen. Dabei hilft uns natürlich die Gendatenbank sehr. Aber wir vermeiden es, falsche Erwartungen zu erwecken, und machen gegenüber den Suchenden keine Aussagen über Erfolgsaussichten.

Wir haben auch Familienzusammenführungen durch Interviews in Radio und Fernsehen bewirkt. Zum Beispiel hat ein Mann aus Washington, USA, uns angerufen, nachdem er ein Interview gesehen hatte. Er kannte den von uns dargestellten Fall der Frau, die als Kind verschleppt worden war und jetzt ihre Familie suchte. Der Mann aus Washington hatte damals das Mädchen selbst mitgenommen. Aber die Militärs sind gewöhnlich sehr verschlossen, vielleicht weil sie Angst haben. In anderen gelösten Fällen mit solchen Militärs mussten zwei oder sogar drei Personen zu den Ermittlungen gehen, denn die Militärs können gefährlich werden und uns bedrohen.

*Stoßt ihr bei eurer Arbeit auf viele Widerstände?*



**Demonstration zum Parlament**  
Foto: Pro-Búsqueda

Ja. Wir bekommen zu hören: „Warum sucht ihr die, sie sind doch tot“ oder dass wir alte Wunden aufreißen würden und unsere Arbeit zu nichts nütze. Wir hören viele solche Sachen. Aber diese Argumente lassen etwas ganz Wichtiges außer Acht: Da ist zum Beispiel dieser Junge, Eduardo, der glücklich in seiner Adoptivfamilie in Italien lebt. Er selbst sagt: „Meine Familie liebt mich. Mir geht es gut. Ich habe eine Arbeit, bin verheiratet und habe eine Tochter“. Aber dann sagt er auch: „Ich habe meine eigentliche Familie verloren, von der bin ich getrennt worden und ich weiß nicht, was aus ihnen geworden ist“. So etwas treibt einen um. Da ist eine Leere, die gefüllt werden muss. Ich kenne es ja selbst. Ich habe meine beiden Nichten verloren. Nachdem es im Jahr 2003 schien, als ob man ihre Gräber gefunden hätte, sie es aber dann doch nicht waren, ist für mich klar, dass sie nicht tot sind. Eine andere Situation, in der wir auf großen persönlichen Widerstand gestoßen sind, war der Fall eines Mädchens, das von einem Abgeordneten adoptiert worden war. Wir haben ihren Aufenthaltsort herausgefunden. Aber die Adoptiveltern haben nicht akzeptiert, dass das Mädchen eine leibliche

Familie hat und dass sie sich mit dieser treffen muss! Sie haben die Erlaubnis dazu nicht gegeben, und es vergingen Monate und Jahre. Wir haben dem leiblichen Vater erzählt, dass wir seine Tochter gefunden haben und der fragte natürlich: „Wann kann ich sie treffen und wo?“ Bis das Mädchen sich zum Schluss ein Herz fasste und sich mit seinem Vater traf. Später, als wir gerade den Geburtstag von Pro-Búsqueda feierten, kam die Adoptivmutter, die inzwischen herausbekommen hatte, dass sich ihre Adoptivtochter mit ihrem leiblichen Vater traf, und beleidigte uns und ihn. Aber das Mädchen sagte ihr, sie sei erwachsen und habe damit das Recht zu tun, was sie für richtig halte. Im Kreise solcher Menschen haben wir viele Feinde. Wenn wir bei ihnen Fälle untersuchen und die hören den Namen Pro-Búsqueda, dann machen die gar nicht erst die Tür auf. Außerdem haben sie diese großen geschützten Häuser und diese Monster mit den riesigen Pistolen. Andere leugnen einfach alles. Aber ich habe die unvergleichliche Freude gesehen bei diesen Wiedersehen, wo alle weinen mussten, die dabei waren. Sogar ich musste weinen, obwohl es nicht meine Familie war.

Das Ereignis anzusehen, wenn sie sich nach über 20 Jahren wieder treffen, bewegt einen sehr. Mir bereitet es Zufriedenheit, das Wiedersehen anderer Familien mitzuerleben, denn viele dieser Wiedersehen sind nicht einfach zu bewerkstelligen. Wie schon gesagt, viele Kinder sind in den Händen von Militärs. Andere sind in Adoptivfamilien in den USA oder Europa, die teilweise selbst nichts genaues über die Geschichte ihrer Adoptivkinder wissen und davon ausgehen, sie seien Kriegswaisen.

*Glaubst du, dass sich mit der neuen Regierung etwas ändern wird?*  
Die Vorgängerregierung hat eine Suchkommission gebildet, weil ihr das der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof auferlegt hatte. Aber wir wurden als Organisation gar nicht in diese Kommission berufen. Die Regierung Saca, oder genauer gesagt seine Außenministerin, hat dann noch um Vergebung gebeten, aber die haben nur eine Show abgezogen. Die Außenministerin hat einen Haufen Leute versammelt, sich ein Mädchen besorgt, dessen Eltern schon vorher wussten, wo sie war, und mit einem riesigen Medienrummel eine „Familienzusammenführung“ ver-

anstaltet. Aber Gott sei Dank waren die Rechtsanwälte der Familie sehr gerissen und haben die Show im letzten Moment verhindert, indem sie die Familie von der damit verbundenen Gefahr überzeugt haben.

Bei der aktuellen Regierung erscheinen die Menschenrechte zumindest ein bisschen in ihrer Agenda. Der Außenminister hat uns angerufen und angekündigt, dass er sich mit allen Beteiligten zusammensetzen und das Urteil im Fall der Schwestern Serranos Cruz neu behandeln will. Die vom Gerichtshof gemachten Auflagen sollen jetzt erfüllt werden und wir sollen in die neu gegründete Kommission<sup>2</sup> berufen werden.

*Was hältst du von den Worten Funes<sup>3</sup>, wo er davon gesprochen hat, dass man nach vorne schauen muss und dass er die Wunden der Vergangenheit nicht erneut antasten wird?*  
Das ist eine klare Aussage. Als man Funes gefragt hat, ob er das Amnestiegesetz aufheben würde, wenn er könnte<sup>4</sup>, hat er das verneint. Das wussten wir allerdings schon vor der Wahl und uns war klar, dass wir Druck ausüben müssen. In die schon erwähnte Suchkommission werden wir jemanden schicken, der wachsam sein wird. Wir vertrauen nicht blind darauf, dass es Verbesserungen geben wird, denn wir wissen, wie schwierig das in El Salvador ist. Wir erinnern uns an die Zeit, als Funes als Journalist arbeitete. In dem Programm mit dem Namen „Ohne Zensur“ hat er die Regierung hart kritisiert. Das führte dazu, dass das Programm abgeschafft wurde und der Sender wirtschaftliche Probleme bekam, weil die Firmen, die von der Regierung unter Druck gesetzt worden waren, keine Werbung mehr schalteten. All dies wissen wir. Es wird also nicht leicht werden. Andererseits muss man auch daran Zweifel haben, ob Funes sich wirklich für das Volk interessiert. Wenn es ihn interessieren würde, dann würde zum Beispiel dieses Staudammprojekt „El Chaparral“ (siehe Artikel im Infoblatt 69) nicht realisiert werden.

*Bearbeitet ihr nur die Fälle von Verschwundenen der Zeit des Krieges oder auch aktuelle Fälle?*

Das ist nicht immer klar zu trennen.

Es gibt einige Jugendliche, die bei uns eine Anzeige aufgegeben haben, aber nur wissen, dass sie adoptiert worden sind. Häufig kennen sie also den Kontext ihrer Adoption nicht genau. Zum Beispiel ist da der Fall des Jungen Eduardo (siehe Frage 6.). Er hat Fotos aus der Zeit, als er klein war. Das ist Material, mit dem man arbeiten kann. Bei ihm kann man aus den Fotos ableiten, dass alles auf ein Massaker zurück geht.

*Wie ist eure Organisation ganz konkret im Fall dieser Fotos vorgegangen?*

Wir haben die Leute befragt. Wobei uns geholfen hat, dass der Junge noch vage Erinnerungen an einige Orte hat. Aber in diesem Fall hat uns das leider nicht weiter gebracht. Aber es gibt andere Fälle. So haben wir in Pro-Búsqueda zum Beispiel Kontakte nach Italien knüpfen können und dort Unterstützer gefunden, die für uns suchen. Diesen ist es gelungen, vier Kinder zu finden. Es sind zwei Geschwisterpaare. Von dort ist vor kurzem eine DVD mit Fotos bei uns angekommen, die wir an die leibliche Mutter weitergeleitet haben. Und – so Gott will – wird eines der Mädchen den Jahreswechsel hier bei seinen Eltern verbringen. Die Mutter ist überglücklich [...]

*Eure Organisation hat eine Zeitschrift. Kannst du mir dazu etwas erzählen?*

Die Zeitschrift erscheint drei- bis viermal pro Jahr. In der letzten Ausgabe, die vor kurzem erschienen ist, berichten wir über die Feier im August anlässlich des 15-jährigen Bestehens von Pro-Búsqueda. Der Außenminister war bei der Feier anwesend. Dabei hat er uns öffentlich Versprechungen gemacht. Die Familien, die bei uns Anzeigen eingereicht haben, haben wir darüber informiert und ihnen gesagt, dass wir im Außenministerium Krach schlagen werden, wenn nichts passiert. In der Zeitschrift veröffentlichen wir auch gelöste Fälle. In diesem Jahr waren es bisher vier. [• c]

*Arbeitet ihr mit anderen Organisationen zusammen?*

Ja, zum Beispiel mit den Menschenrechtsorganisationen „Pro Memoria

Historica – von denen ist das Denkmal im Cuscatlán-Park<sup>5</sup> – und mit dem „Centro para la Promoción de los Derechos Humanos Madeleine Lagadec (CPDH), die an verschiedenen Stellen des Landes Exhumierungen durchgeführt haben. In bestimmten Fällen arbeiten wir alle zusammen, vor allem bei öffentlichen Kundgebungen. In diesen Fällen sind auch Organisationen dabei, die sich mit erwachsenen Verschwundenen beschäftigen.

*Sind es mehr Frauen oder mehr Männer, die ihre Familienangehörigen suchen?*

Frauen. Die Männer sind wohl kälter. Nur wenige Männer suchen ihre Kinder. Bei den Fällen, die wir bearbeitet haben, waren immer die Frauen in der Überzahl.

*Glaubst du, dass der Erfolg von Pro-Búsqueda damit zusammenhängt, dass mehr Frauen beteiligt sind?*

In der Organisation arbeiten Frauen und Männer. Wir hatten einen Fall, den ein Mann untersuchte und dabei den Aufenthalt eines Mädchens nicht ermitteln konnte. Es war ein besonderer Fall, denn drei Ermittler konnten ihn nicht lösen. Aber nachdem eine Frau damit beauftragt worden war, war der Fall schnell gelöst. Alle Beteiligten lebten im gleichen Dorf. Vielleicht haben Frauen mehr Talent, die Leute zum Reden zu bringen.

Interview Vera Suschko  
Übersetzung E. Albrecht

1 Reina Portillo bezieht sich hier auf den „Fall der Schwestern Serrano Cruz gegen El Salvador“ [http://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec\\_118\\_esp.doc](http://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec_118_esp.doc)

2 <http://www.radiolaprimerisima.com/noticias/resumen/59677>

3 Mauricio Funes. Präsident El Salvadors seit seinem Amtsantritt am 1. Juni diesen Jahres.

4 Über die Abschaffung des Amnestiegesetzes kann nur das Parlament entscheiden, der Präsident könnte aber einen Gesetzesvorschlag einbringen.

5 Seit 2003 gibt es im zentral gelegenen Parque Cuscatlán in der Hauptstadt San Salvador das Denkmal für Erinnerung und Wahrheit, das den Verschwundenen des Bürgerkrieges gewidmet ist.

# Fehlerhafte Demokratie und das (Fehl-)Urteil des Gerichts

(Mónica Baltodano) Bekanntlich werden in Nicaragua seit dem Pakt Alemán-Ortega (1999-2000) die Mitglieder der staatlichen Gewalten direkt von den beiden Caudillos ausgesucht. Seit damals teilen sich die beiden alle Institutionen gleichgewichtig untereinander auf, so dass jedes Staatsorgan öffentlich aus zwei Fraktionen besteht: Eine, die Alemán gehorcht und eine andere, die Ortega gehorcht. Unter diesen Bedingungen arbeitet die Justiz, werden die Gerichtsurteile fabriziert bzw. ausgehandelt, werden Wahlen „organisiert“ und ihre Ergebnisse, in der fehlerhaften Demokratie Nicaraguas, gedeutet.

Kaum hatte im Januar 2007 Daniel Ortegas Amtszeit als Präsident begonnen, eröffneten seine politischen Helfer die Debatte darüber, dass es möglichst bald mit seinem Partner Arnoldo Alemán zu Verhandlungen kommen müsste, um die Verfassung zu ändern. Zentraler Punkt der Änderung sollte die Reform des Artikels 147 der Verfassung sein, der derzeit ausdrücklich eine fortgesetzte Wiederwahl verbietet und damit jegliches derartiges Bestreben des Präsidenten Ortega in der nächsten Amtsperiode unterbindet.

Nun ist es so, dass die Betrügerei in Begleitung der Gemeindewahlen vom November 2008 dazu geführt haben, dass die Liberalen über 40 Ratshäuser verloren haben. Das hat Alemáns Möglichkeiten für weitere Tricks in seiner eigenen Partei geschwächt. Die liberale Parteibasis, die mittlere Funktionärsriege und nicht wenige Mitglieder der nationalen Leitung forderten den unmittelbaren Bruch mit der Politik der Pakte zwischen Alemán und Ortega.

Der Betrug bei den Gemeindewahlen – von dem viele sogar behaupten, er wäre mit Alemán verabredet worden – schränkte Alemáns Durchsetzungsvermögen für weitere Geschäfte ein. Noch nicht einmal die Drohungen des Präsidenten, ihn wieder ins Gefängnis zu schicken, ermöglichten



Oberster Gerichtshof, Foto: La Prensa

ein Abkommen über die Reformen. Inländischer und internationaler Druck nach Lösungen für den Wahlbetrug blockierte – zumindest vorübergehend – die Möglichkeiten zu Verhandlungen über einen neuen Pakt.

## Die Methoden der absoluten Macht

Ohne ein vorhergehendes Abkommen mit Alemán bestand keinerlei Möglichkeit, die von Ortega gefragten Reformen ins Parlament zu bringen und dort zu verabschieden. Die Situation war schlagartig eingefroren. „Der Dr. Alemán soll sagen, was er will. Wenn er einen weiteren Pakt aushandeln will, dann muss es die Reformen geben“ forderte öffentlich Ortegas wichtigster Helfer, der Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes<sup>1</sup>.

Dieser zeitweilige Engpass und die Unvorsichtigkeit einiger Führungspersonlichkeiten der Sandinisten wie Tomas Borge, die angesichts der Möglichkeit, dass die Kandidatur Ortegas nicht machbar sein könnte, die eventuelle Kandidatur Rosario Murillos proklamierten, ließen viel zu früh erahnen, dass Ambitionen und

Risse die Harmonie und Einheit des Danielismus gefährden könnten.

Im innersten Beraterkreis des Präsidenten begannen die Alarmglocken laut zu läuten. Die immerwährende Kandidatur Daniels, sein persönliches und politisches Projekt, wurde in Zweifel gezogen.

Zum Erstaunen des gesamten Landes ereignete sich am Montag, dem 19. Oktober 2009, im Verfassungssenat des Obersten Gerichtshof folgendes: Sechs Richter\_innen, drei ordentliche und drei Ersatzrichter\_innen, alle „Danielisten“, gaben das Urteil zu einer Verfassungsbeschwerde bekannt, die angeblich vom Präsidenten und den Bürgermeister\_innen seiner Partei eingebracht worden war. Niemand im Land wusste etwas von der Beschwerde, die nur einige Stunden zuvor gegen den Obersten Wahlrat eingebracht worden war und jetzt vom Verfassungssenat als rechtens anerkannt wurde. Dabei fiel auf, dass die drei ordentlichen Mitglieder des Senats, die der liberalen Partei Arnoldo Alemáns angehörten, abwesend waren. Dies wurde nicht erklärt.

In weniger als 48 Stunden und unter absoluter Geheimhaltung hatten

zwei Staatsorgane geschickt eine Verfassungsbeschwerde von nationaler und internationaler Tragweite zugelassen und erledigt. Der Verfassungssenat informierte die überraschte politische Klasse und die öffentliche Meinung, die den Mund nicht wieder zu bekam, dass der Präsident und die Bürgermeister\_innen seiner Partei bei den nächsten Wahlen, wenn sie dies wollten, wieder als Kandidat\_innen antreten könnten. Mit der Einstimmigkeit dieser sechs Mitglieder hatte der „Gerichtshof“, der aber Ortega gehört, zugunsten der angeblichen BeschwerdeführerInnen entschieden. Ohne, dass es jemand gemerkt hätte, hatte es soeben eine Verfassungsreform gegeben. Das dabei verwendete Verfahren kann man nur als ungewöhnlich, illegal und illegitim bezeichnen.

### Demokratie aus Brot und Angst

Bei diesem Schlag Ortegas waren die Risiken und vor allem die Schwächen der Gegner zweifelsohne gut eingeschätzt worden. In der Woche davor hatte die letzte Meinungsumfrage bestätigt, dass dies eine Regierung ist, der praktisch keine politische Opposition gegenüber steht. Die Zustimmung für alle Oppositionsparteien zusammen liegt im Augenblick bei weniger als 20 %<sup>2</sup>. Die politische Haltung der BürgerInnen ist so schlimm zersplittert wie noch nie. Sie sind entzweit und vor allem demobilisiert und ohne politische Führung. Daniel Ortega konnte in seinem dritten Amtsjahr seine Akzeptanz nicht vergrößern, scheint aber sein Zustimmungsniveau halten zu können. Die landesweite Meinungsumfrage bestätigte einmal mehr die augenblickliche Geringschätzung der BürgerInnen für die politische Klasse und die staatlichen Institutionen. Ausgenommen davon sind nur das Heer und die Polizei.

Der Präsident hatte die absolute Gewissheit, dass im nationalen Rahmen das Urteil, das ein Staatsstreich gegen die Verfassung ist, nicht unmittelbar zu bedeutenden Reaktionen führen würde, die ihn in Gefahr bringen würden. Außerdem sahen sich seither auch die kleinsten Mobilisie-

rungsversuche der Opposition mit danielistischen Schlägertrupps konfrontiert. Diese verprügeln, überfallen und ziehen jede/n aus dem Verkehr, der es wagt, auf die Straße zu gehen, es sei denn, zur Unterstützung der Regierung.

Im dritten Jahr der ausgerufenen „neuen Revolution“ ist Nicaragua weiterhin das zweitärmste Land der Hemisphäre. Unter diesen Bedingungen ist für die arme Mehrheit das Brot wesentlich wichtiger als die Demokratie und das weiß der Danielismus. Den Arbeitsplatz, so man einen hat, muss man bewahren wie einen Schatz und das ist wichtiger als die Verfassung. Wenn Daniel in irgend etwas unübertrefflich ist, dann ist es in seiner Beherrschung der Ängste und Trugbilder der Armen und die sind in Nicaragua die Mehrheit.

Deshalb unternimmt die Regierung mit ihrer sozialen Politik mitten in der Wirtschaftskrise Anstrengungen, die Unterstützung eines guten Teils der Ärmsten weiterhin zu garantieren. Die bekannten Programme wie *Hambre Cero*, *Usura Cero* und die Verbesserungen im Erziehungs- und Gesundheitswesen sind Teile einer klientelistischen Politik. Sie sind offensichtlich darauf gerichtet, die Unterstützung durch die WählerInnen aufrecht zu erhalten.

Diese Politik ist verflochten mit einer noch wesentlicheren Politik, die dazu bestimmt ist, die Reichsten zu begünstigen. Niemals hat das einheimische Finanzkapital und das Unternehmertum sich solch einer Stabilität erfreut wie heute. Man glaubt es kaum, aber Kapitalisten und Regierende marschieren Hand in Hand strategisch ausgerichtet nach den Programmen des IWF. Auch im dritten Jahr der „Revolution“ ist dem Kapital nicht ein einziges Haar gekrümmt worden. Im Gegenteil, Ortega zahlt sogar, ohne irgendwelche Bedingungen zu stellen, den Banken die betrügerisch zustande gekommenen Staatsschulden zurück und muss damit Investitionen im Gesundheits- und Bildungsbereich senken. Der Präsident weiß, dass die Interessen all dieser Leute, zumindest im Augenblick, auf seiner Seite sind.

Die wichtigsten Vertreter\_innen des Kapitals haben sich niemals so si-

cher gefühlt wie heute, wo der Präsident ein ehemaliger Revolutionsführer ist. Er und die ihm Nahestehenden sind heute neue einflussreiche Unternehmer\_innen, die ganz und gar PRIVAT – ohne von irgend jemandem



Mónica Baltodano  
Foto: Falk Diederich

kontrolliert zu werden – den großzügigen venezolanischen Entwicklungsfonds, der 500 Millionen Dollar übersteigt, verwalten.

Die korrupte politische Klasse des Paktes, angefangen mit Alemán, gerät ins Taumeln, wenn ihre angesammelten Privilegien in Gefahr geraten. Sonderbarerweise ist das Urteil des Gerichts die beste Eingangstür für eine neue Präsidentschaftskandidatur Alemáns im Jahr 2011. Wie immer ist die Mittelschicht gefangen von Angst und Schrecken. Vor allem angesichts der globalen Krise mit ihren lokalen Folgen für die Wirtschaft. In der Angst ihren Arbeitsplatz und ihre Stabilität zu verlieren, sind sie lieber still, bewegungsunfähige Opfer der Panik, wegen der öffentlichen Drohungen der Schlägertrupps des Danielismus.

Innerhalb der FSLN - mit einigen ehrenwerten Ausnahmen - gehen Loyalität und politische Disziplin Hand in Hand mit dem Arbeitsplatz im Staatsdienst oder in den sozialen Organisationen. Weiter unten geht es um den Zugang zu Kredit und zu den Wohltaten der sozialen Programme,

wobei man durch den Überwachungsfilter der Räte der Bürgermacht (siehe Artikel von Simone Schnabel) hindurch muss. Letztere werden von der Ehefrau des Präsidenten geleitet.

Kurz und gut, auf der inländischen Ebene ist die Wechselwirkung der Kräfte im Augenblick sehr ungünstig für die Demokratie. Hinsichtlich der politischen Rechten, weil ein guter Teil ihrer Hauptinteressen in den wesentlichen Punkten der Regierungspolitik vertreten ist. Was die Linke betrifft, weil Ortega von Anfang an einen gewalttätigen Zaun aufrecht erhalten hat, der bisher verhindert hat, alternative linke Kräfte zu bilden, die stark genug wären, ihm die Stirn zu bieten.

### Die Stunde des Widerstandes

In Wirklichkeit war es unwesentlich, und sollte es auch bleiben, ob Daniel Ortega 2011 kandidieren kann oder nicht. Die wirkliche Gefahr für Nicaragua ist, dass eine Wiederwahl gekoppelt mit der sicher zu erwartenden Neuauflage des Wahlbetrugs nur zum Wiederaufleben diktatorischer Systeme führen kann. Die wirkliche Gefahr ist die Etablierung des Autoritarismus, ist die Errichtung einer Dynastie. Ist die absolute Privatisierung der Frente Sandinista. Ist die Einführung eines Regimes, das sich auf die Angst und die Drohungen mit Unterdrückung gründet. Sind die Versuche die Streitkräfte zu politisieren und sie Ortega unterzuordnen. Ist die Durchsetzung der Korruption als Form der Demokratie. Ist schließlich und endlich die Aufrechterhaltung der gleichen Wirtschaftsordnung mit einer populistischen Rhetorik.

Wegen all diesem ist jetzt die Stunde des Widerstandes.

Übersetzung E. Albrecht: aus El Nuevo Diario

<sup>1</sup> Rafael Solís am 28. September 2009 <http://archivo.laprensa.com.ni/archivo/2009/septiembre/28/noticias/ultimahora/351823.shtml>

<sup>2</sup> In einer Meinungsumfrage der Firma M&R Consultores vom September ergaben sich die folgenden Zahlen: Unentschiedene 50,3 %, FSLN 32,8 %, Alle anderen Parteien zusammen 16,9 %

# Bürgermacht oder Parteikontrolle?

## Daniel Ortegas Partizipationsmodell unterminiert die Autonomie der Gemeinden in Nicaragua

Die Räte der Bürgermacht haben in den letzten Monaten in Nicaragua viel Aufsehen erregt: als Schlägertrupp zur Verteidigung der KandidatInnen der Regierungspartei FSLN bei den Kommunalwahlen im November in León sowie immer wieder als gegenrassistische Front zivilgesellschaftlicher Demonstrationen in Managua. Jene Szenarien kontrastieren mit der neuen Hoffnung vor allem armer Bevölkerungsteile, die in den Bürgerräten eine konkrete Aussicht auf Besserung ihrer Lebensumstände sehen.

Bereits vor den Präsidentschaftswahlen 2006 sprach Ortega davon, in Nicaragua die „direkte Demokratie“ einzuführen. Nach der mehrheitlichen Opposition in der Nationalversammlung, die zeitweilig in eine Krise zwischen Exekutive und Legislative gipfelte, setzte der Präsident am 29. November 2007 per Dekret sein Modell der Räte der Bürgermacht (CPC) durch. Die offizielle Absicht ist es, eine Demokratie der Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, die an der Entwicklung von sozialen Programmen der von Ortega postulierten „Regierung der Versöhnung und nationalen Einheit“ teilhaben sollen. Dem widerspricht allerdings die vertikale und mehr hierarchische als demokratische Organisationsstruktur der Räte, die sämtliche Verwaltungsebenen des nicaraguanischen Staates abdeckt: Die Bürgerräte setzen sich, ganz gleich auf welcher Ebene, jeweils aus 16 KoordinatorInnen zusammen, die für unterschiedliche Sektoren wie beispielsweise Umwelt, Kultur, Bildung oder Gesundheit verantwortlich sind und je nach Bedarf erweitert werden können. Die Bildung der Räte sowie deren Organisation und Leitung untersteht dem nationalen Rat für Kommunikation und Bürgerschaft, welcher der Exekutive untergeordnet ist. Der Rat soll sich in Zukunft aus jeweils

einem Vertreter oder einer Vertreterin der 16 Sektoren der insgesamt 15 Landkreise (departamento, die Redaktion) zusammensetzen. Den Kopf des Rates bildet die Präsidentengattin Rosario Murillo. Damit hat die von den NicaraguanerInnen aufgrund ihres politischen Einflusses gerne als mächtigste First Lady der Welt bezeichnete Murillo die Kontrolle über sämtliche Bürgerräte des Landes. Lediglich die nationale Leitung hat Entscheidungsbefugnis, während alle anderen Ebenen (Basis, Gemeinde und Kreis) Vorschläge einreichen dürfen beziehungsweise bei der Umsetzung von Programmen und Projekten der Zentralregierung assistieren.

Während die Räte in den Stadtteilen von den BewohnerInnen mitunter noch direkt gewählt werden, bestimmt der Parteiapparat der FSLN die Führungspersonen auf Gemeinde- und Kreisebene. Deren Aufgabe ist vor allem die Umsetzung von Sozialprogrammen der Zentralregierung und damit die Verteilung öffentlicher Güter wie Hühner, Schweine oder auch Kleinkredite über ein letztlich der Partei der FSLN untergeordnetes Partizipationsmodell. Damit verwischen die Räte nicht nur die Grenzen zwischen Partei und Staat, sie könnten vor allem die Rolle der Lokalregierungen und des Bürgermeisteramtes schwächen. Das Dekret der Bürgerräte ignoriert bereits existierende Gesetze zur Beteiligung der BürgerInnen an der Lokalpolitik, die seit Ende der 1980er Jahre im Kontext der Gemeindeautonomie geschaffen wurden, ebenso wie das 2003 verabschiedete Gesetz zur Bürgerpartizipation. Dieses legt aufbauend auf die bereits existierenden Gesetze sämtliche Partizipationsinstrumente und Beteiligungsmechanismen auf territorialer, kommunaler, Kreis- und nationaler Ebene fest und bildet ein ent-



*Bürger\_innen an die Macht? Die Regierung wirbt intensiv für die Bürgerräte. Foto: Lena Guyomarc'h*

scheidendes Zugeständnis an die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen und Bürgerkomitees vor allem auf Gemeindeebene.

Unklar bleibt, wie beide Modelle zusammen funktionieren sollen. Das Dekret der CPC erwähnt an keiner Stelle, wie die Eingliederung der Bürgerräte in bisherige Partizipationsstrukturen geschehen soll. Das Beispiel des Departments León macht deutlich, wie die CPC auf längere Sicht Gefahr laufen, bisherige Kommunikationskanäle zwischen Lokalregierung und den Bewohner\_innen zu vereinnahmen und die Autonomie der Gemeinden zu unterminieren.

Im Department León haben die BürgermeisterkandidatInnen der FSLN eine Vereinbarung über die Anerkennung der CPC als Partizipationsform und deren Integration in die Gemeindepolitik unterschrieben, wie

ein Mitarbeiter der NGO INGES auf der Mitgliederversammlung des Nicaraguanischen Netzwerks für Demokratie und lokale Entwicklung berichtet. Nach dem Sieg der FSLN bei den Kommunalwahlen vergangenen November werden nach und nach sämtliche bereits bestehende Komitees in den Wohnvierteln in CPC umbenannt und den BürgermeisterInnen die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen untersagt. Damit sind bisher gemeinsam zwischen Lokalregierung und Zivilgesellschaft ausgeführte Projekte zur lokalen Entwicklung erst einmal auf Eis gelegt. Die Aussicht auf einen Zugang zu Ressourcen der Regierung hat neben der Neugründung von CPC auf Stadtteilebene auch dazu geführt, dass bereits bestehende Basisgruppen sich der neuen Struktur unterordnen. In Ciudad Sandino, einer von Maquila-Industrie und städtischer Kriminalität

geprägten Gemeinde und ehemals Stadtteil von Managua, kommt es aufgrund der CPC zu Konflikten um Führungsansprüche auf lokaler Ebene.

Zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Fundación Nueva Generación, die seit vielen Jahren im Bereich der Bürgerpartizipation sowohl mit Basisgruppen als auch mit der Gemeinderegierung zusammen arbeiten, werden von CPC-Leitern einzelner Stadtteile als „rechts“ stigmatisiert, und den BewohnerInnen wird eine Zusammenarbeit mit diesen untersagt, wie eine Mitarbeiterin der Stiftung berichtet.

In Gemeinden mit schwachen Partizipationsstrukturen bieten die Bürgerräte trotz aller Kritik eine Möglichkeit die Organisation der BewohnerInnen anzustoßen und die Beteiligung an der Gemeindepolitik einzufordern. „Dort wo es eine Partizipationsmöglichkeit gibt, sind

auch wir als indigene Gemeinschaft da, um unsere Rechte einzufordern“, sagt Wilfredo Sánchez, Vertreter einer indigenen Gemeinde im Kreis Rivas. Trotz seiner Funktion als erster Sprecher im gesetzlich verankerten kommunalen Entwicklungskomitee, wurde er nicht wie vorgesehen vom Bürgermeister über den genauen Tag der öffentlichen Vorstellung des Gemeindehaushalts informiert, sondern vom CPC auf Kreisebene. Zwar weiß Wilfredo, dass die CPC der Zentralregierung unterstehen, doch bieten sie ihm und den BewohnerInnen seiner Gemeinde eine vielversprechendere Möglichkeit Bedürfnisse und Interessen zu artikulieren, als die derzeitige liberale Lokalregierung. Auch María de los Ángeles Vallejo, die zuerst in ihrer comunidad und dann auch auf kommunaler Ebene zur Koordinatorin für Frauenangelegenheiten gewählt wurde, hat mit den CPC eine Möglichkeit gefunden, sich für die Frauen in ihrer Gemeinde stark zu machen. Dabei arbeitet sie nicht nur direkt mit nationalen Institutionen wie dem Familienministerium zusammen, sondern hat auch Projektvorschläge bei der Gemeindeverwaltung eingereicht. So unterschiedlich die Konsolidierung partizipativer Mechanismen in den Gemeinden ist, so unterschiedlich fallen auch die Erfahrungen mit den CPC aus. Bisher lässt sich kaum ein einheitliches Bild zeichnen. In Kommunen mit traditionell liberaler Regierung, wie beispielsweise in einigen Gebieten im Norden des Landes sowie in der Atlantikregion, haben die CPC kaum Einfluss. In Gemeinden mit konsolidierten Beteiligungsstrukturen, wie beispielsweise in San Juan del Sur, werden die CPC in die kommunalen Entwicklungskomitees integriert, da sie wie andere Bewohner\_innenkomitees zur Entwicklung in den Gemeinden beitragen sollen.

Nichtsdestotrotz stellt sich die Frage, warum überhaupt ein neues System geschaffen wurde, wenn bereits zahlreiche Möglichkeiten der Partizipation bestehen und die Verfassung

des Landes regional als eine der partizipativsten gilt. Dies ist vor allem ein Erbe der sandinistischen Revolution, deren Regierung in den 1980er Jahren eine breite gesellschaftliche Beteiligung an politischen, sozialen und wirtschaftlichen Anliegen for-



Flyer des kommunalen Entwicklungskomitees, San Juan del Sur

cierte. Wirft man einen Blick zurück in die Geschichte Nicaraguas, vor allem die erste Hälfte der 1980er Jahre, entdeckt man schnell Ähnlichkeiten der CPC mit den Sandinistischen Verteidigungskomitees, die nach Jahrzehnten der Diktatur der nicaraguanischen Bevölkerung erstmals Beteiligungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene ermöglichten. Im Kontext des Krieges gegen die US-finanzierten Contras und der immer prekärer wer-

denden Lebensverhältnisse im Zuge der Hyperinflation wurden sie jedoch immer mehr zur Verteidigung des revolutionären Projekts innerhalb der Gesellschaft funktionalisiert.

Vor dem Hintergrund des nur knappen Wahlsiegs Ortegas im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen im November 2006 vermuten kritische Stimmen aus akademischen und zivilgesellschaftlichen Kreisen im Land hinter den CPC vor allem eine Strategie des Machterhalts von Ortega. So schreibt auch die sozialkritische Monatszeitschrift der Zentralamerikanischen Universität in Managua, Envío, die CPC seien vielmehr eine Fassadendemokratie hinter der sich das Projekt einer autoritären und zentralistisch regierenden Exekutive verberge. Mit den CPC versuche die FSLN eine Wähler\_innenbasis zu schaffen, die mit den Plänen einer entsprechenden Verfassungsänderung dem ehemaligen Revolutionär eine zweite Amtszeit beziehungsweise eine Fortsetzung durch dessen Gattin Murillo sichert.

Die WählerInnenbasis dürfte für einen weiteren Sieg mit den CPC noch nicht ausreichen: Umfragen zufolge beteiligt sich nur eine Minderheit von rund fünf Prozent der Bevölkerung an den Räten, während die restlichen 95 Prozent, darunter mehr als die Hälfte SympathisantInnen der FSLN, eine Beteiligung ablehnen. Im Schatten eines nach einer zweiten Amtszeit strebenden Präsidenten und dessen vermehrten Vorgehens gegen zivilgesellschaftliche Gruppen seit verganginem Jahr versprechen die Räte weniger die Hoffnung eines neuen Protagonismus von unten. Vielmehr bilden sie eine Gefahr für die verfassungsrechtliche Autonomie der Gemeinden und darin verankerte Partizipationsinstanzen ebenso wie die Tendenz eines neuen Klientelismus in den Gemeinden.

Text: Simone Schnabel

Ausgabe: <http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?artikel/3600.html>

# Der Kapitalismus ist patriarchal, aber nicht nur der Kapitalismus.

Norma Cacho ist Mitglied der mexikanischen Nichtregierungsorganisation CIEPAC (Centro de Investigaciones Económicas y Políticas de Acción Comunitaria) in San Cristóbal, Chiapas. Außerdem ist sie als feministische Aktivistin in mehreren Kollektiven aktiv, die sich gerade innerhalb des „Weltmarsches der Frauen“ (Marcha Mundial de las Mujeres) organisieren. Die Kollektive arbeiten punktuell, vor allem in San Cristóbal und einigen anderen Gemeinden. (Interview vom 14. Juli 2009. Fragen: Eva, Zara. Transkript: Yesenia. Übersetzung: Eberhard)

*Könntest du uns etwas über die Andere Kampagne im Allgemeinen erzählen?*

Die Andere Kampagne ist eine Initiative, die aus der Sechsten Erklärung des lakandonischen Urwaldes, verkündet durch die EZLN<sup>1</sup> im Juni 2005, entstanden ist. In Folge gab es eine Reihe von Treffen interessierter Leute - soziale Organisationen, Bauernorganisationen, indigene Gemeinden, Kollektive, Nichtregierungsorganisationen, Einzelpersonen. Es wurde sehr breit dazu eingeladen, es gab einige Treffen während der Monate Juli/August 2005. Im September wurden im allgemeinen Plenum die Ergebnisse dieser Treffen präsentiert und es wurde über die aktuelle Situation in Bezug auf die nahenden Präsidentschaftswahlen 2006 gesprochen. Man beschloss, einen alternativen Prozess zu der laufenden Wahlkampagne in Gang zu setzen. Geplant war, eine Rundreise durchs Land zu machen, Bewusstsein bei der Bevölkerung zu schaffen und vor allem Erfahrungen auszutauschen. Dieses Projekt wurde dann Andere Kampagne genannt. Man wusste von Anfang an, dass diese Andere Kampagne mehrere Etappen umfassen würde und dass es ein sehr langfristig angelegter Prozess sein würde - mit dem Hauptziel, einen Plan für einen landesweiten Kampf zu entwickeln. Dieser Plan müsste zahlreiche Aktionen umfassen, geeignet

dazu, das aktuelle politische und wirtschaftliche System zu verändern - kurz: eine antikapitalistische Alternative zu schaffen. Das ist das Hauptziel. Die Andere Kampagne begann offiziell am 1. Januar 2006. Der erste Teil der Kampagne bestand darin, dass die Kommission der Delegierten der EZLN durch verschiedene Bundesstaaten Mexikos reiste. Das Ziel war, die Erfahrungen, die Kämpfe, die Probleme des „Mexikos von Unten“ kennen zu lernen - gleichsam eine Art Röntgenaufnahme davon zu machen. Dazu mussten die Reisenden zu den sozialen Bewegungen in Beziehung treten und zu den täglichen Kämpfen jeder einzelnen Person oder Organisation, die sie auf dem Weg trafen. Nach der Repression in Atenco<sup>2</sup> im Mai 2006 entwickelte die Andere Kampagne Strategien, dieser Repression Widerstand zu leisten, und nahm dann den Weg wieder auf. Diese Etappe der Tour bis ins Jahr 2007 war nicht sehr eindeutig und ebte ziemlich ab. Dann bekam sie wieder Schwung und führte im Oktober 2007 zum Treffen der Indigenen Völker von Amerika in Vicam, Sonora. Im Augenblick befindet sie sich in einer neuen Phase. Man kann es als eine Art Umgruppierung beschreiben. Dabei entwickeln sich im Augenblick einige sehr interessante Prozesse.

*Welche Rolle haben Feministinnen in der Anderen Kampagne gespielt? Als wir das Manifest<sup>3</sup> lasen, schien es uns, als ob der Feminismus großen Einfluss gehabt hätte.*

Für uns Frauen war es sehr komplex und voller Brüche. Es wurde versucht zu spalten, wieder einmal die „Problematik der Frauen“ auf später zu verschieben. Als die verschiedenen Sektoren der Anderen Kampagne benannt wurden, wie Arbeiter, Bauern usw., versuchte man uns Frauen in einen Sektor zusammen mit den LGBTQ (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer) und den Minderheiten zu stecken. Viele von uns teilnehmenden Frauen haben entschieden, dass dies

nicht der Augenblick sei, uns so einzuordnen, denn wir wurden wieder einmal großen politischen Ideen, in diesem Fall dem Kampf für ein anderes System, untergeordnet. Obwohl sich die Andere Kampagne als antipatriarchal definiert, ist sie in der Praxis sehr patriarchal und ziemlich sexistisch. Also wir, die feministischen Kollektive, die wir unsgeschlossen haben, hatten dort Schwierigkeiten. Doch wir setzen den Kampf fort und wollen auch keinen eroberten Raum wieder aufgeben. Zum Beispiel wurde im Juni 2006 ein erstes Forum der Anderen Kampagne durchgeführt. Dabei stand im Programm, Strategien für einen landesweiten Kampf zu bestimmen. Kurz und gut, Gender kam darin nicht vor, bzw. fast nicht. Unter den 30 Punkten, die diskutiert werden sollten, hieß der letzte: die Rechte der Frauen respektieren.

Da hatten wir wieder einmal eine Diskussion. Nun gut, für September dieses Jahres 2009 wird wieder zu einem Forum aufgerufen. Mal sehen, wie weit unsere Kräfte reichen. Denn es verschleißt uns schon sehr, mitten in der sozialen Bewegung zu sein und immer wieder zu sagen: „Liebe Mitstreiter, wir müssen aber auch die Forderungen der Frauen berücksichtigen. Die Fragen von Gender und Patriarchat müssen diskutiert werden, meint ihr nicht?“

Es gibt diese Schwierigkeiten in der sozialen Bewegung, sei es in der Anderen Kampagne oder in irgendeiner anderen Organisation. Immer streiten wir um die selbe Sache. Wir Frauen stehen in einer doppelten Auseinandersetzung: sowohl mit dem patriarchalen System an sich, als auch innerhalb der sozialen Bewegung selbst, wo wir versuchen, die spezifischen Bedingungen, die wir mexikanischen Frauen haben, zu definieren und zu konkretisieren.

*Du hast gesagt, dass es eine Menge Sexismus innerhalb der Anderen Kampagne gibt. Welche Methoden habt ihr dagegen entwickelt?*

Das ist vielleicht nicht Sexismus... Im Diskurs wird definiert: Die Andere Kampagne ist antipatriarchal. Aber wenn es zu konkreten Strategievorschlägen kommt, zeigt es sich, dass alles nur Diskurs war. Das ist sehr anstrengend, wenn man Gender als fundamental ansieht. Denn wir wollen etwas anderes schaffen. Der Kapitalismus ist patriarchal, aber nicht nur der Kapitalismus, sondern auch viele politische Systeme und Bewegungen. Es reicht also nicht zu fordern, der Kapitalismus muss zerstört werden, und zu glauben, damit würden alle aufhören patriarchal zu sein. Und dass dies dann automatisch für die politische Praxis und für deine persönlichen Beziehungen gelten würde. Wir müssen die Unterschiedlichkeit der Problematiken und Räume zeigen. Zeigen, dass es dabei nicht um verschiedene Sektoren geht. Gender muss in allen Sektoren ein Thema sein. Wir brauchen einfach einen Raum innerhalb der Anderen Kampagne, um dort die konkrete Problematik zu diskutieren und konkrete Vorschläge machen zu können. Also nicht so sehr um Sexismus sondern um diese Dinge geht es. Ganz konkret, dass sie sich die Frage stellen: Wann schaffen wir es, euch einzuschließen? So wird es nicht gesagt, aber man spürt es so. Das Ganze ist komplex. Denn in der Praxis wird dieses „auf gleicher Ebene agieren“ sehr in Frage gestellt. Ja, die Formen sind immer noch sehr patriarchal. Aber wir wissen auch, dass es sich um einen Prozess handelt. Wir sind weiter im Kampf. Das geht nicht von heute auf morgen. Wir werden sehen, wie weit wir kommen können.

*Als wir diese 10 Punkte des Manifestes gelesen haben, ist uns besonders aufgefallen, dass auch Transsexuelle und Intersexuelle ausdrücklich aufgeführt werden. Kannst du sagen, wie es dazu kam?*

Für die Andere Kampagne wurde sehr intensiv und breit aufgerufen. Das richtete sich an jeden und jede, die in-



Norma Cacho  
Foto: Luz Kerkeling

teressiert war und Lust dazu hatte, diese andere Sache zu schaffen. Damit wurden auch Gruppen erreicht, die in der sozialen Bewegung traditionell am Rande stehen und sich unterordnen müssen. Es schloss sich also ein breites Spektrum von Organisationen an. Das ging von Bauernorganisationen und sozialen Gruppen mit langer Geschichte bis hin zu kleinen Kollektiven und Gruppen, die sich gerade bildeten und dabei waren, sich politisch zu positionieren. So kamen auch Gruppen, die die Anerkennung der Vielfalt geschlechtlicher Identitäten fordern, Trans- und Intersexuelle, und legten ihre Forderungen auf den Tisch, dass sie gleich zu achten seien wie jede andere Person in der Kampagne auch. Es ging darum, dass sich alle anschließen konnten, alle LGBTQ-Gruppen, also Lesben, Schwule, Intersexuelle, Transsexuelle, Transvestiten, wer auch immer. Aber auch das war schwer, denn wir haben weiterhin viele Vorurteile. Auch hier wird der Kampf weitergehen. Das Manifest ändert die Einstellung nicht. Wie schon gesagt, befindet sich die Andere Kampagne im Augenblick in einer neuen Etappe, in einer Umgruppierung. Lange Zeit befanden wir uns in einer nicht eindeutigen Situation. Wenn es keinen Aufruf der Sechsten Kommission gab, gab es auch keine Aktionen und die Koordination war

schwierig. Alles war sehr blass, hatte nicht den Zusammenhalt und die Wirkung, die man sich anfangs erhofft hatte.

Aber mit den Foren, die es jetzt wieder gibt, in Veracruz und in Jojutla, Morelos, versucht man wieder, sich zu artikulieren, die Kampagne wieder zum Brodeln zu bringen. Denn wir hatten wirklich Schwierigkeiten. Die massive Andere Kampagne ist uns entglitten. Es blieben regionale Zusammenschlüsse, wie die „Otra Chilanga“ in Mexico D.F., die „Otra Jovel“ in San Cristóbal und die „Otra Huasteca“ in der gleichnamigen Region. Jetzt gibt es wieder den Versuch, sich zu verbinden.

Aber zurück zu deiner Frage: Bisher gibt es die Straßenbrigade, die in der Hauptstadt mit Sexarbeiterinnen arbeitet, es gibt unabhängige Sexarbeiterinnen, die sich der Anderen Kampagne angeschlossen haben. Dann gibt es noch einige Gruppen von Transsexuellen und Transvestiten usw.

*Mir scheint es jetzt so, als ob es zwischen den verschiedenen Gruppen keine große Koordination gäbe?*  
Tatsächlich ist es so, dass wir kein genaues Bild davon haben, wer in der Anderen Kampagne ist. Wir wissen, dass es viele Organisationen sind, aber Namen und Adressen von allen, die dort mitarbeiten, haben wir nicht.

*Das hätte ich interessant gefunden, die Arbeiter\_innen und die Gewerkschafter\_innen und die Sexarbeiter\_innen...*

Wir wissen von ihnen, dass sie dabei sind, weil plötzlich Kommunikés kommen von den Gewerkschafter\_innen, den Telefonist\_innen, den Genoss\_innen von den sozialen Organisationen. Aber ihr Gesicht kennen wir nicht, weil wir uns nie getroffen haben. Vielleicht waren sie auch auf dem Plenum im September 2005 und vielleicht hat man sich da gesehen. Seither gab es keine nationale Versammlung der Anderen Kampagne mehr. Aber auch wenn es Versamm-

lungen gibt, kommen nur die Leute, die die Möglichkeit dazu haben.

Du hast schon recht, dass es interessant wäre, mehr über die einzelnen Gruppen zu wissen. Es ist nur ziemlich komplex. Die Unterschiede sind sehr groß bei der zur Verfügung stehenden Zeit, bei den Formen, den Strukturen. Jede Gruppe hat ihren eigenen Rhythmus. Oder anders ausgedrückt, es ist wirklich sehr komplex, wenn man in einer so breiten Initiative alles zusammenführen will. Ich glaube auch, dass dies eine der Ursachen ist, weshalb die Andere Kampagne nicht so richtig voran gekommen ist. Diese große Vielfalt bedeutet auf der einen Seite einen großen Reichtum, ist aber auch eine große Herausforderung. Es müssen die Formen gefunden werden, diese Diversität zu diskutieren. Gelegentlich spaltet sich das nach Regionen auf. Jemand ist Arbeiter mit seiner Problematik und kommt dann in ein breites Forum, wo alle ihre Problematik mitbringen, den Staudamm, die Bergarbeiter usw. Da kann es schon mühsam sein sich einzubringen.

#### *Was ist denn die spezifische Rolle von euch Feministinnen innerhalb der Anderen Kampagne?*

Es gibt nur wenige Feministinnen in der Anderen Kampagne. Ich rede von Frauen, die für sich in Anspruch nehmen, wirklich Feministinnen zu sein. Frauenkollektive und Gruppen, die mitmachen, gibt es viele. Aber auch unter denen besteht große Zurückhaltung, sich öffentlich dem Feminismus anzuschließen. Wir, die Feministinnen, sind konfrontiert mit einer Geschichte voller Vorurteile und Missverständnisse. Aber gerade deshalb versuchen wir, die wir uns als Feministinnen betrachten - entgegen allen Stereotypen und bei aller Stigmatisierung - gerade in der Diskussion der Anderen Kampagne unsere Vorschläge einzubringen. Es ist wirklich schwierig, immer wieder zu erklären, dass der Feminismus ein interessanter Vorschlag ist. Es geht nicht darum, dass die Andere Kampagne feministisch wird. Es geht uns einfach darum, dass der Feminismus anerkannt wird als eine der vielen Strömungen. Es gibt viele Strömungen und eine davon ist der Feminismus, mit unseren Vorschlägen, unseren Forderungen,

unseren Kämpfen und unseren besonderen Ansprüchen. Denn eine patriarchale Alternative wird keine Alternative sein. Darum streiten wir auf allen Ebenen. Das noch hinzuzufügen war mir wichtig. Wir sind zwar wenige, aber wir sind da. Wir haben auch am Marsch der zapatistischen Frauen teilgenommen und auch das war schwierig. Die Genoss\_innen sind in einem interessanten Prozess der Stärkung des Empowerments und das ist nicht immer so, wie wir es gern sehen würden. Aber auch wenn es nicht darum geht, dass etwas geschieht, wie wir es gerne hätten, gibt es doch noch einige sehr eigenartige Dinge.

#### *Welche zum Beispiel?*

Bei einem Frauentreffen im Dezember 2007 zum Beispiel haben wir auf viele Fragen keine klaren oder gar keine Antworten bekommen. Aber eine Sache war klar. Am Eingang der Gemeinde hing ein Transparent, auf dem stand zu lesen: In diesen Tagen können Männer nur dann an den Treffen teilnehmen, wenn sie dabei die Kinder versorgen und das Essen machen. Dies bezog sich auf ein dreitägiges Treffen. Das Transparent endete mit dem Satz: Nach Ende des Treffens wird alles wieder so sein wie früher.

#### *Das war doch bestimmt Ironie?*

Auf jeden Fall war es ein Transparent, das da hing. Mir erschien es auch ironisch gemeint zu sein.

Die EZLN hat öffentlich anerkannt, dass eine der Fragen, zu denen sie viel mehr arbeiten müssen, die Situation der Frauen ist. Wir erkennen das an. Außerdem sind wir davon überzeugt, dass die autonomen zapatistischen Gemeinden ihre Probleme selbst lösen müssen. Wir mischen uns auch aus einem anderen Grund nicht ein: Wir wissen, dass dort Gewalt für die Frauen immer noch eine Realität ist. Dort steht noch viel Arbeit im Inneren an. Selbstkritik ist notwendig. Es fehlt noch an Vielem.

#### *Wie wird der Feminismus in der mexikanischen Gesellschaft im Allgemeinen wahrgenommen?*

Huiii... Im Jahr 2001, im Rahmen des Marsches „Die Farbe der Erde“, sprach die Kommandantin Esther vor dem mexikanischen Kongress über

die Situation der Frau. Es gibt darin interessante Passagen zur dreifachen Unterdrückung als Indigene, Arme und Frau.

Aber zurück dazu, wie der Feminismus von der Gesellschaft gesehen wird. Am besten beginne ich mit den Bezeichnungen, mit denen wir belegt werden. Unter den grotesken Bezeichnungen sind immer: Lesben, Verbitterte und Männerfeindinnen. Dass wir unsere Rolle nicht akzeptieren oder dass wir schlechte Frauen sind. Dazu kommen noch einige Ausdrücke, die wesentlich beleidigender sind. Wir haben gelernt, damit umzugehen. Für die große Mehrheit, vor allem in den konservativen Städten, ist eine Feministin eine Frau, die nicht einverstanden ist. Aber es existiert eine sehr kleine Minderheit, die die Überzeugung teilt, dass die Frauen das Recht haben, eine Schwangerschaft abubrechen, und anerkennen, dass Feministinnen 30 Jahre dafür gekämpft haben. Es gibt auch Anerkennung dafür, dass Feministinnen 30 Jahre dafür gekämpft haben, dass es jetzt Gesetze gegen die Gewalt gibt und dafür, dass der 40 Jahre dauernde Kampf der Feministinnen zu Fortschritten bei der politischen Beteiligung der Frauen geführt hat. Dieser andere Teil der Gesellschaft, der unsere Errungenschaften anerkennt, ist sehr klein, aber er existiert.

#### *Wie gut, dass es Feministinnen gibt!*

Wir stellen weiter unsere Forderungen, auch wenn die Leute dies nicht mögen und uns schlimme Sachen sagen. Ich zumindest ertrage das Vorurteil mit Stolz und habe kein Problem damit. Komplizierter ist die Angelegenheit, dass Ablehnung nicht nur von normalen Leuten kommt. Auch in den Kreisen der Linken gibt es keine Öffnung, das heißt, es gibt sie schon, nur, die Genossen wollen ihren Machtstatus nicht verlieren. Wenn also eine Frau hergeht und das, was sie sagen, in Frage stellt, heißt es: „Moment mal!“. Es gibt natürlich sehr viel sensiblere Genossen, aber auch hier stellen sie nicht die Mehrheit. Ich bin bei den Linken einigen Machos begegnet, die waren sogar schlimmer als die bei den Rechten. Wir müssen diese konkreten Themen ansprechen. Es sind interessante Dinge erreicht worden, aber bei

den zwischenmenschlichen Beziehungen habe ich bei Linken Dinge gesehen. Uff! Viele Dinge werden einfach nur extern in Frage gestellt. Also wenn zum Beispiel ein Militär eine Frau vergewaltigt, dann sind alle empört. Aber wenn das intern passiert, wird es wenig thematisiert. Wir haben einige Fälle dokumentiert, die waren echt stark.

*Die Linke ist auch Teil der Gesellschaft...*

... die aus Machos und Patriarchen besteht, davon müssen wir ausgehen. Jeder beginnt bei sich, bei seiner Alltagsrealität und bei der Arbeit an sich selbst: Wie du deinen inneren Patriarchen dekonstruierst, denn du bist erzogen und unterrichtet worden. Wir sind zur Unterordnung erzogen worden und dies zu dekonstruieren ist auch sehr mühsam.

#### <sup>1</sup> Ejército Zapatista de Liberación

**Nacional** ist eine indigene Guerillaorganisation in Chiapas, einem der ärmsten Bundesstaaten Mexikos, die am 1. Januar 1994 mit einem bewaffneten Aufstand erstmals öffentlich in Erscheinung trat und sich seitdem mit politischen Mitteln für die Rechte der indigenen Bevölkerung Mexikos, aber auch generell gegen neoliberale Politik und für autonome Selbstverwaltung einsetzt.

<sup>2</sup> Bekannt wurde Atenco durch den Widerstand seiner Einwohner gegen einen geplanten Neubau des internationalen Flughafens von Mexiko-Stadt 2001/2003, der eine Enteignung der meisten ihrer Ländereien bedeutet hätte. Die Einwohner, organisiert in der „Frente de Pueblos en Defensa de la Tierra“, wehrten sich mit Protesten und Besetzung öffentlicher Ämter. Anfang Mai 2006 geriet Atenco erneut in die Schlagzeilen, als die Polizei gegen Blumenhändler aus dem Ort vorging, die in Texcoco ihre Waren anboten. Die sich entwickelnden Zusammenstöße arteten in Straßenschlachten aus. Von San Salvador Atenco aus eilten Bauern zu Hilfe und blockierten die nahe gelegene Schnellstraße. Bei dem folgenden Einsatz von mehr als 2000 Polizisten gab es zwei Tote, mehrere Schwerverletzte, fast 300 Verhaftete. Infolgedessen werden schwerwiegende Anklagen über sexuellen Missbrauch, Vergewaltigungen, Misshandlungen und Folter erhoben, die eine Verletzung der fundamentalen Menschenrechte darstellten.

<sup>3</sup> Deutsche Gruppe B.A.S.T.A., Übersetzung von Dana: <http://projekte.free.de/bankrott/basta/c20060702.html>, Quelle: <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/la-otra-campana/370/>

# Campeche, Mexiko: Teilerfolge nach Protesten

(Peter Clausing) Im September war Campeche, die Hauptstadt des gleichnamigen mexikanischen Bundesstaates, Schauplatz von Kundgebungen und Demonstrationen. Am 15. September wurde der neue Gouverneur, Fernando Ortega Bernés, in sein Amt eingeführt. Das nutzte das „Netzwerk des zivilen Widerstandes gegen die hohen Stromtarife“ (MRCATEE in spanischer Abkürzung) für eine nationale Mobilisierung, die vom 13.-15. September 2009 stattfand. Neben der Abstimmung künftiger Aktivitäten des Netzwerks, ging es bei dem Treffen um die Unterstützung von fünf inhaftierten Aktivist\_innen und um die Solidarität mit den 52 Familien des Dorfes San Antonio Ebulá, die zuvor von einem mexikanischen Unternehmer vertrieben worden waren, weil er sich deren Land aneignen wollte.

## Nationale Mobilisierung

Die Bewohner\_innen von San Antonio Ebulá erlangten am 24. September, 42 Tage nach der gewalttätigen illegalen Vertreibung durch den Unternehmer Eduardo Escalante, die dieser mit Hilfe von Paramilitärs und der

staatlichen Polizei durchgeführt hatte, die ersten 31 Hektar ihres Territoriums zurück. Trotzdem besteht Grund zur Unzufriedenheit, denn die Regierung von Campeche hat sich nicht zu einem Schadensersatz bekannt, obwohl die staatliche präventive Polizei jene in Schutz genommen hat, die die Bewohner\_innen am 13. August angegriffen und vertrieben haben und trotz der schweren Menschenrechtsverletzungen, die die Ebuleños erlitten haben.

Die fünf Aktivist\_innen des Widerstandes gegen die hohen Stromtarife - Sara López, Joaquín Aguilar, Elmer Castellanos, Guadalupe Borjas und Guadalupe Lizcano - stammen aus dem Landkreis Candelaria und wurden am 10. Juli 2009 wegen angeblicher Freiheitsberaubung eines Mitarbeiters der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft (CFE) und wegen der „Behinderung der Bereitstellung einer öffentlichen Dienstleistung“ (der Stromversorgung) inhaftiert. Die „Freiheitsberaubung“ hatte der CFE-Mitarbeiter später selbst dementiert. Die Anschuldigung, die Stromversorgung behindert zu haben, ist eine Ver-



Wenn sie einen angreifen, greifen sie uns alle an. Quelle: <http://argentina.indymedia.org>



drehung der Tatsachen. Ist es doch das erklärte Anliegen des Netzwerks MRCATEE, Zugang zur Versorgung mit Strom für alle zu erkämpfen. Doch gerade die neoliberalen Privatisierungsbemühungen und die damit verknüpfte Preistreiberei bei den Stromtarifen für die Haushalte sind es, die die „Bereitstellung einer öffentlichen Dienstleistung“ behindern. Insbesondere in den verarmten ländlichen Regionen der südlichen Bundesstaaten weitet sich der zivile Widerstand dagegen aus. Immer mehr Menschen haben es satt, mit unbezahlbaren Stromgebühren konfrontiert zu sein, die sich seit 2002 teilweise verdreifacht haben, während dem industriellen Sektor zur gleichen Zeit Rabatte gewährt werden. So wächst die Bewegung gegen die hohen Stromtarife kontinuierlich an.

### Versorgung mit Strom für alle

Die Inhaftierung der fünf Aktivist\_innen erfolgte drei Tage vor einem mit dem Innenminister von Campeche anberaumten Vermittlungsgespräch. Diese Verfahrensweise kristallisiert sich als ein Art neues Verhaltensmuster des mexikanischen Staates gegenüber oppositionellen Bewegungen heraus. So gab es in letzter Zeit mehrere Beispiele dafür, dass die Machthaber Verhandlungsbereitschaft vortäuschten, dann aber wenige Tage vor dem vereinbarten Gesprächstermin zuschlugen. Das wohl prominenteste Beispiel der jüngsten Zeit war die fristlose Entlassung der 41.000 Mitar-

beiter der zweiten staatlichen Stromgesellschaft (*Luz y Fuerza del Centro*, LFC) bei gleichzeitiger Besetzung von 91 der 103 Einrichtungen dieser Stromgesellschaft durch Polizei und Militär in der Nacht vom 10. zum 11. Oktober 2009, vor allem in der Absicht, die unabhängige Gewerkschaft der Mexikanischen Elektrizitätsarbeiter (SME) zu entmachten.

### Die „rebellischen“ Landkreise

Die fünf Inhaftierten von Campeche stammen alle aus dem „rebellischen“ Landkreis Candelaria. Die dortige Bewegung gegen hohe Stromkosten, *Movimiento Resistencia Civil contra las Altas Tarifas de la Energía Eléctrica de Candelaria* (MRCATEEC) trat am 13. Juli 2007 mit einer Deklaration an die Öffentlichkeit, in der sie ihre politisch motivierte Zahlungsverweigerung für Stromrechnungen erklärten und gerechte Strompreise forderten. Die Manifestationen Mitte September, bei denen ihre Freilassung gefordert wurde, wären noch eindrucksvoller ausgefallen, hätte die Regierung des Bundesstaates nicht einiges daran gesetzt, die Proteste zu verhindern. Zum Beispiel, indem sie Busunternehmen zur kurzfristigen Kündigung von Verträgen zwang, mit denen diese sich verpflichtet hatten, zahlreiche Menschen aus dem 400 Kilometer entfernten Landkreis Candelaria zu den Demonstrationen und Kundgebungen zu bringen.

Trotzdem, die Mobilisierung reichte auch hier für einen Teilerfolg.

Nach einem Platón (Dauerkundgebung) vor dem Gouverneurspalast, Kundgebungen vor dem Bundesjustizgebäude und den Büros der Generalstaatsanwaltschaft und einer Demonstration Hunderter Unterstützer\_innen durch das historische Zentrum von Campeche (und Reaktionen aus dem Ausland, u.a. Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko) wurden zwei der fünf Aktivist\_innen frei gelassen.

Elmer Castellanos und Guadalupe Lizcano sind seit dem 23. September auf freiem Fuß, wenngleich nur gegen Kautions. Die Bemühungen sind nun darauf gerichtet, die anderen drei, Sara López, Joaquín Aguilar und Guadalupe Borjas, ebenfalls aus dem Gefängnis zu befreien. (siehe die diesem Infoblatt beiliegende Postkarte)

Auch wenn die Freilassung der ersten beiden und hoffentlich auch der anderen drei Aktivist\_innen als Erfolg gefeiert werden kann, gehört die „Umlenkung“ personeller und finanzieller Ressourcen, die eigentlich für die Proteste gegen die hohen Stromtarife hätten eingesetzt werden können, unter Umständen zum Kalkül des mexikanischen Staates. Doch es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass gerade dies einen gegenteiligen Effekt haben kann - die mobilisierende Wirkung von Inhaftierung und Unterdrückung. Nicht zuletzt der Aufstand in Oaxaca im Jahr 2006 eskalierte von einer „simplen“ Repression streikender Lehrer zu einem breiten Volksaufstand.

# Anmerkungen zum Leben des mexikanischen Bauern und Umweltschützers Felipe Arreaga

(Susana Nistal) Felipe Arreaga war einer der bekanntesten Umweltschützer Mexikos. In den Jahren 2003 und 2005 war er in Deutschland, im Herbst 2003 auf Einladung des Ökumenischen Büros auch in München. Im Alter von 60 Jahren, am 16. September 2009, kam Felipe Arreaga bei einem Unfall in der Gemeinde Petatlán, Guerrero, ums Leben. Er starb an den Verletzungen, die er erlitten hatte, als der Quad (leichtes, vierrädriges Geländefahrzeug; d. Red.), mit dem er unterwegs war, von einem Kleinlaster überfahren wurde. Der Fahrer des Kleinlasters beging Fahrerflucht.

Felipe Arreaga starb genau drei Jahre nach dem Tag, an dem er aus dem Gefängnis entlassen worden war. Eine Mitarbeiterin der Organisation Tlachinollan erklärte: „Mein einziger Trost ist, dass er zum Schluss doch nicht von den Kaziken oder den Militärs umgebracht worden ist.“ Wegen vermehrter Interventionen des Heeres und paramilitärischer Gruppen in der Gegend von Petatlán waren in den letzten Monaten für Felipe Arreaga neue Risiken aufgetreten. In einem Interview mit den Internationalen

Friedensbrigaden (PBI) hatte er selbst erklärt, dass sein Name „in den Listen des Heeres stünde und dass die Kaziken der Holz-Mafia ihn nicht vergessen hätten“.

## Der sozial engagierte Aktivist

Felipe Arreagas Leben war eine rastlose Suche nach Gerechtigkeit. Gerechtigkeit nicht nur für ihn, sondern auch für die Gemeinden, in denen er lebte. Diesen Weg begann er schon in jungen Jahren zu gehen, als er das Amt des Ejido-Vertreters in der Gemeinde übernahm, in der er damals lebte. Später, in den 1960er und 1970er Jahren, arbeitete er sowohl aktiv an der Basis der sozialdemokratischen Partei Mexikos mit als auch in christlichen Basisbewegungen und Bauernvereinigungen. Er forderte Zugang zu Bildung in den Gemeinden, gerechte Preise für die landwirtschaftlichen Produkte, bessere Lebensbedingungen für die Landbevölkerung und Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Festlegung der Modelle für die ländliche Entwicklung. In den 1990er Jahren entdeckt Felipe

Arreaga den Umweltschutz, der von da an immer stärker zum Zentrum seiner sozialen Forderungen wird. Die Liebe zum Leben auf dem Land und zur Schönheit der Wälder, die sein ganzes Leben geprägt haben, wird der Antrieb für sein politisches Engagement. Im Umweltschutz und im Umgang mit der Natur nach ökologischen Kriterien sieht er eine Chance, die Lebensbedingungen der Landbevölkerung zu verbessern.

In seiner Funktion als Mitbegründer der Ökologischen Bauernorganisation der Sierra de Petatlán, OCESP, unterstützt er 1998 aktiv die Errichtung von Straßensperren in der Gemeinde. Der Protest richtet sich gegen die maßlose Abholzung der Wälder und die Folgen für die Umwelt und das Leben der Bevölkerung. Auf diese Aktionen hin, mit denen es gelang, die massive Abholzung zu bremsen, werden einige Mitglieder der OCESP ermordet. Die mexikanischen Streitkräfte nehmen Rodolfo Montiel als Rädelführer und Teodoro Cabrera als Beteiligten fest. Weil Felipe Arreaga um sein Leben fürchtet, verlässt er seine Gemeinde und versteckt sich acht Monate in den Bergen. Im Jahr 2000 gründet er zusammen mit seiner Ehefrau Celsa Valdovinos die Vereinigung der Umweltschützer\_innen der Sierra de Petatlán, OMESP.

Im Oktober 2004 wird er des Mordes bezichtigt und festgenommen. Obwohl es dafür keinerlei Beweise gibt, wird er zehn Monate im Gefängnis festgehalten, bis im September 2005 ein Gericht seine Unschuld bescheinigt. Die Menschenrechtsorganisation Centro de Derechos Humanos de la Montaña Tlachinollan übernimmt seine Verteidigung vor Gericht und macht den Fall international bekannt. Im Jahr 2005, als er im Gefängnis ist, erkennt ihn Amnesty International als Gefangenen aus Gewissensgründen an. Unter an-



*Im Gefängnis von Zihuatanejo (2005)*

*Foto: Centro de Derechos Humanos de la Montaña, Tlachinollan*

deren fordern Greenpeace, die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko und WOLA (Washington Office on Latin America) seine Freilassung. Im selben Jahr erhält er vom Sierra Club den Chico-Mendes-Umweltpreis und den Preis Sergio Méndez Arceo der gleichnamigen Organisation aus Cuernavaca. Auf Grund von Drohungen gegen Felipe Arreaga und Celsa Valdovinos werden die beiden auf Initiative der Menschenrechtsorganisationen S.O.S Bahía und Tlachinollan ab 2005 bei ihrer Arbeit für den Umweltschutz von PBI begleitet.

„Ja, es hat sich gelohnt, denn obwohl wir verfolgt und geschlagen wurden, sind wir durch den Kampf vorwärts gekommen.“<sup>1</sup>

Ein Leben, das von Gewalt gezeichnet ist

Felipe Arreaga wurde 1949 geboren und verbrachte sein ganzes Leben in der Sierra de Petatlán in Guerrero, Mexiko. Man muss die schwer zugänglichen Ortschaften der Sierra mit ihren ungeteerten Straßen gesehen und mit den Bewohner\_innen gesprochen haben, wenn man den Kämpfer für soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz auf dem Land, Felipe Arreaga, verstehen will.

„Wenn wir von Petatlán sprechen, dann sprechen wir davon, dass das Militär und die Kaziken die Sierra de Petatlán kontrollieren. Das Thema Wälder ist eine Sache von Kaziken, Drogenhändlern und Militär. Warum? Beim Wald geht es darum: Wer kontrolliert den Wald, wer kontrolliert, was in den Wäldern wächst? Wir wissen, dass dort Mohn und Marihuana angebaut werden. Der Bauer fühlt sich gefangen genommen. Rodolfo, Teodoro und Felipe fangen an, auf die Zerstörungen, die maßlose Abholzung zu reagieren. Sie sagen sich: Wir werden den Wald verteidigen. Dabei hatten sie niemals daran gedacht, dass dies ein tiefer Eingriff in das Machtgeflecht der Kaziken ist. Nie hatten sie damit gerechnet, dass die Verteidigung der Natur in den Bergen ihr Leben in Gefahr bringen würde, dass die Militärs sie verfolgen und foltern würden.“<sup>2</sup>

Als Kind wurde er Zeuge des gewaltsamen Todes seines Vaters, der umgebracht wurde, weil er öffentlich



Felipe Arreaga in der Baumschule mit Pflanzen für die Wiederaufforstung in der Sierra de Petatlán  
Foto: PBI

die Leute anklagte, die das Vieh der Gemeinde gestohlen hatten. Nicht nur, dass dieses Verbrechen ungesühnt blieb, die Familie musste sogar aus berechtigter Angst um ihr Leben den Ort, in dem sie lebten, verlassen. Diese Elemente – Forderung nach Gerechtigkeit, straffreie Gewalt, Tod und die daraus resultierende Notwendigkeit, den Wohnort zu wechseln – wiederholten sich immer wieder in seinem Leben. Als er schon erwachsen ist, wird er Opfer eines gewaltsamen Angriffs, weil er für seine Gemeinde arbeitet. Seine Mutter und seine Tante kommen dabei um, er selbst überlebt schwer verletzt. Dieser Überfall, bei dem sein Haus stundenlang mit Maschinengewehren beschossen wurde und bei dem seine Ehefrau Celsa und sein erster Sohn mit Glück überlebten, traumatisierte sein gesamtes weiteres Leben. Wieder einmal muss er mit seiner Familie in einer anderen Gemeinde neu anfangen. In den 1980er Jahren wird er vom Militär festgenommen und angeklagt, zur Guerilla zu gehören. Erst im allerletzten Augenblick, als man ihn schon exekutieren will, kommt er wieder frei. In den 1990er Jahren, wie schon gesagt, führt sein Kampf gegen die Abholzung dazu, dass er monatelang, ohne Kontakt zu seiner Familie, versteckt in den Wäldern leben muss. Und zum Schluss, im Jahr 2004, wird er für elf Monate ins Gefängnis geworfen.

### Die sozialen Protestbewegungen in Guerrero seit 1950

Der mexikanische Bundesstaat Guerrero wird immer wieder von Widerstandsbewegungen der Basis erschüttert, die aus Landkonflikten herühren. Abel Barrera<sup>3</sup> ist der Meinung, dass die autoritäre und repressive Art und Weise, in der der Staat schon immer regiert wurde, wo es um Unterwerfung und Kontrolle geht, entscheidend für Guerrero ist. Das Kazikentum und die bewaffnete Macht des Heeres, die Gewalt und der Gebrauch der Folter schufen Notlagen in der Bevölkerung und ließen auch diese zu den Waffen greifen. Die Entstehung sozialer Bewegungen, sowohl der zivilen als auch der bewaffneten, ist eine Konsequenz der dauernden gewaltsamen und ungesühnten Unterdrückung aller Demokratisierungsbestrebungen. In den 1950er und 1960er Jahren entstanden soziale Bewegungen, in der Bauernschaft und bei den Lehrer\_innen. Sie demonstrierten gegen die niedrigen Preise der landwirtschaftlichen Produkte, die Verarmung, die strukturelle Gewalt und die Straflosigkeit in den ländlichen Gebieten, Ergebnisse der Kazikentums und der Korruption unter den Regierungen der Partei der institutionellen Revolution (Partido Revolucionario Institucional

– PRI). Im Jahr 1959 gründete der Lehrer Genaro Vázquez Rojas die Bäuer\_innenorganisation Asociación Cívica Guerrerense (ACG) und später auf nationaler Ebene die Central Campesina Independiente (CCI). In Atoyac gründete der Lehrer Lucio Cabañas Barrientos die Partei der Armen (PDLP), eine Student\_innen- und Bäuer\_innenorganisation. Die Proteste dieser Organisationen wurden von der Polizei des Bundesstaates stark unterdrückt, was dazu führte, dass sich einige dieser Bewegungen radikalisierten und schließlich zu den Waffen griffen. 1967 gründete Cabañas die Brigadas Campesinas Justicieras und im Jahr darauf gründete Vázquez die Acción Cívica Nacional Revolucionaria (ACNR).

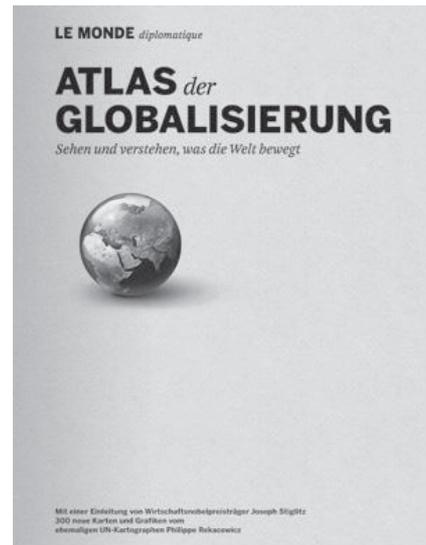
Daraufhin entwickelte der mexikanische Staat eine militaristische Vorstellung der nationalen Sicherheit.<sup>4</sup> Zusammen mit der Bundespolizei und der Polizei des Einzelstaates führte das Militär einen irregulären Krieg, der bis Anfang der 1980er Jahre dauerte, die Zeit des schmutzigen Krieges. Opfer der Repression waren sowohl die sozialen Organisationen als auch die Bevölkerung im Allgemeinen. Hauptsächliches Ziel war es, die bewaffneten Organisationen von Vázquez und Cabañas zu erledigen. Die dabei verwendeten Methoden umfassten willkürliche Verhaftungen, Machtmissbrauch, Folter, Hinrichtungen und vor allem das Verschwindenlassen von Personen. Aus dieser Zeit sind mehr als 640 Fälle von Verschwundenen dokumentiert. Festgenommene wurden den Militärs übergeben, weswegen diesen die direkte Verantwortung für all diese Ereignisse zugewiesen wird.<sup>5</sup>

Wir, das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit, möchten Celsa Valdovinos und ihrer Familie unser tiefstes Beileid aussprechen. Es war für uns alle, die wir die Gelegenheit hatten, mit Felipe Arreaga zusammen arbeiten zu dürfen, eine große Ehre. Wir werden OCESP und OMESP in ihrer wertvollen Arbeit beim Umweltschutz und bei der Förderung der Grundrechte der bäuerlichen Bevölkerung Guerrereros weiterhin unterstützen. Dabei stehen wir im Angedenken des Umweltschützers und Verteidigers der Wälder Guerrereros, Felipe Arreaga.<sup>6</sup>

## Sehen und verstehen, was die Welt bewegt?

[zp] Sehen und verstehen, was die Welt bewegt – ein großes Versprechen, welches der neue von der LE MONDE diplomatique herausgegebene **Atlas der Globalisierung** selbstbewusst im Untertitel gibt. Dass sich so ein Versprechen auch auf über 200 Seiten und mit den rund 300 Karten und Grafiken von Phillippe Rekacewicz nicht so einfach einhalten lässt, verwundert kaum. Aber eins nach dem anderen.

*Neue Weltkunde - Kapitalismus in der Krise - Die Zukunft der Energie - Viele Hauptstädte: viele Ansichten - Kompliziertes Afrika - Ungelöste Konflikte:* In diese sechs Kapitel, die wiederum jeweils eine Einleitung und zwischen 13 und 18 Aufsätze umfassen, gliedert sich der Atlas der Globalisierung. Die einzelnen Artikel beinhalten auf je einer Doppelseite ausführliche Karten und/oder Grafiken sowie einen kurzen erklärenden Text unterschiedlicher Autor\_innen und unterschiedlicher Qualität, die ihr Thema kurz beleuchten. Die Auswahl der Themen, die Überschriften wie *Das Handy drängt ins Internet, Steueroasen trocknen nicht aus, Die Krise erreicht Weltbank und IWF, Wettlauf der Religionen* tragen, ist breit gestreut, erscheint aber auch mehr oder weniger willkürlich. Die Stärke des Globalisierungsatlas liegt in jedem Fall im Kartenmaterial und in den Grafiken. Besonders gelungen sind die Buntstiftzeichnungen im vierten Kapitel, die mit dem üblichen Kartenmaterial brechen und neue Perspektiven eröffnen. Solche Brüche mit gewohnten Sichtweisen hätte sich



der Globalisierungsatlas durchaus öfter erlauben dürfen.

Der Atlas der Globalisierung eignet sich vor allem als informative und kurzweilige Lektüre, um einen ersten Einblick in eines der behandelten Themen zu bekommen. Ärgerlich nur, dass immer genau die gesuchte Karte gerade nicht zu finden ist. Eine Sortierung nach Ländern und Regionen im Anhang sowie ein alphabetisch geordnetes Schlagwortverzeichnis wären in jedem Fall hilfreich gewesen. Schade ist auch, dass nur der gebundene Premiumversion eine CD-Rom mit den Grafiken beigelegt ist.

LE MONDE diplomatique: Atlas der Globalisierung: Sehen und verstehen, was die Welt bewegt. Hrsg.: Serge Halimi und Philippe Rekacewicz (Illustrator). Broschiert 13,00 EUR, Gebunden 23,00 EUR

<sup>1</sup> Felipe Arreaga Sánchez, OCESP/OMESP, in einem Interview mit PBI am 19 Juli 2007

<sup>2</sup> Interview mit dem Anthropologen Abel Barrera, Direktor des Centro de Derechos Humanos de la Montaña Tlachinollan, 24 Juli 2007.

<sup>3</sup> Siehe<sup>2</sup>

<sup>4</sup> Centro de Derechos Humanos de la Montaña Tlachinollan, *Militarización en Guerrero, San Cristóbal de Las Casas, Primer encuentro hemisférico frente a la militarización, del 6 al 9 de mayo de 2003* <<http://www.laneta.apc.org/sclc/desmilitarizacion/encuentro/ponencias/santiago.htm>>.

<sup>5</sup> Interview mit Tita Radilla, Vizepräsidentin von AFADEM, 19 Juli 2007.

<sup>6</sup> Für weitere Informationen verweisen wir auf die Websites von Amnesty Internacional, Tlachinollan, Cencos, Cimac Noticias, Sierra Club und die Internationalen Friedensbrigaden.

# ¿El Pueblo unido?

(ea) Auf fast 600 Seiten finden sich in dem Sammelband von Jürgen Mittag und Georg Ismar „Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas“ insgesamt 25 Beiträge zu fast allen Aspekten dieses Themas.

Der Band beginnt mit ausgewählten Beiträgen zur Geschichte der sozialen Bewegungen in den größeren Ländern und vermittelt einen Eindruck davon, welche Vielfalt sich in dem Thema verbirgt. Vervollständigt wird diese Darstellung durch thematische Beiträge, welche die Breite der von sozialen Bewegungen behandelten Themen zeigen: Kampf um Landbesitz, indigene

Rechte, Stadtviertel-initiativen, Frauenbewegungen, Menschenrechte, Gewerkschaften usw.

Die Autor\_innen bemühen sich, aus der Menge der empirischen Befunde die spezifisch lateinamerikanischen Rahmenbedingungen herauszuarbeiten und deren gemeinsame Fundamente aufzuzeigen. Im Vergleich mit sozialen Bewegungen in der westlichen Welt empfinden sie die Bewegungen Lateinamerikas als pluralistischer; zum Beispiel engagieren sich Frauenbewegungen dort auch für Menschenrechte (in Argentinien) und gerechte Arbeitsbedingungen (in den Minengebieten Boliviens) und indigene Bewegungen kämpfen immer auch für ökonomische Ziele (Cocaleros).

Genau darin spiegeln sich die besonderen Bedingungen Lateinamerikas. Die Bewegung der Madres de Plaza de Mayo war zuerst eine Reaktion auf den Staatsterror der Militärdiktatur in Argentinien ab 1976 und die Comités de Amas de Casa im Minengebiet Boliviens war zuerst ein Kampf von Hausfrauen um bessere Lebensbedingungen. Erst später wurde daraus auch ein Kampf um die Anerkennung dieses Kampfes. Von zentraler Bedeutung für die Entstehung und die Formen des Kampfes sozialer Bewegungen in Lateinamerika ist die dortige soziale Ungleichheit. Lateinamerika ist die Region mit der größten sozialen Ungleichheit weltweit. Die gravierenden ökonomischen Mängellagen – seit Jahrzehnten leben über 40% der lateinamerikanischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze – führen immer wieder zu tiefen sozialen Konflikten und zur Entstehung neuer sozialer Bewegungen.

Im letzten Beitrag „Soziale Bewegungen in Lateinamerika: Bilanz und Perspektiven“ fragt Dieter Boris nach deren Erfolg. Dabei beschäftigt er sich mit dem aktuellen Trend in Lateinamerika zu linken Regierungen und der Ambivalenz der Folgen, wenn diese versuchen, die Bewegungen in das Regierungshandeln einzubinden. In einer Gesamtbilanz kommt Boris zu einem eher pessimistischen Urteil. „Generell muss man vom relativen



oder vollständigen Scheitern vieler Bewegungen und Protestversuche sprechen (wenn man die direkten Ziele als Maßstab nimmt).“ Ihr Erfolg ist ein indirekter. Am meisten haben sie mit ihrer Vielfalt und Beharrlichkeit zur Verbesserung der politischen Kultur in Lateinamerika beigetragen. Für Dieter Boris ist es vor allem ihr Verdienst, dass die lateinamerikanischen Demokratien heute partizipativer sind als früher.

Für jemanden, der/die sich intensiver mit dem Thema Soziale Bewegungen in Lateinamerika im Allgemeinen beschäftigen will, ist das Buch wegen seiner ausführlichen historischen und theoretischen Passagen ein Gewinn. Wenn jemand in dem Buch aber konkrete aktuelle Informationen zu ganz bestimmten sozialen Bewegungen sucht, wird er/sie wahrscheinlich enttäuscht sein. Zentralamerika fehlt zum Beispiel ganz.

Jürgen Mittag, Georg Ismar (Hrsg.)  
 ¿“Pueblo unido“?, Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas,  
 Westfälisches Dampfboot 2009,  
 576 Seiten, 39,90 EUR  
 ISBN: 978-3-89691-762-1

**LATEIN AMERIKA**  
 NACHRICHTEN  
 // die monatszeitschrift



verlinkt mit der basis  
 // solidarisch // kritisch  
 // unabhängig  
 probeabo bestellen und unverbindlich testen  
 www.lateinamerika-nachrichten.de

Ich will  
keine  
andere!



spendenkampagne der buko

[HTTP://BRAUCHE.BUKO.INFO](http://BRAUCHE.BUKO.INFO)



Mit dem Flugdienst  
zum Faulenzen

Flugdienst des  
Ökumenischen Büros  
für Frieden und Gerechtigkeit e.V.  
Gustav-Otto-Bogen 19  
80997 München  
Tel.: 089 - 89 22 49 61  
Fax: 089 - 89 22 49 62  
e-mail: [flug@oeku-buero.de](mailto:flug@oeku-buero.de)  
homepage: [www.oeku-buero.de/flug](http://www.oeku-buero.de/flug)

